

Preussische Allgemeine

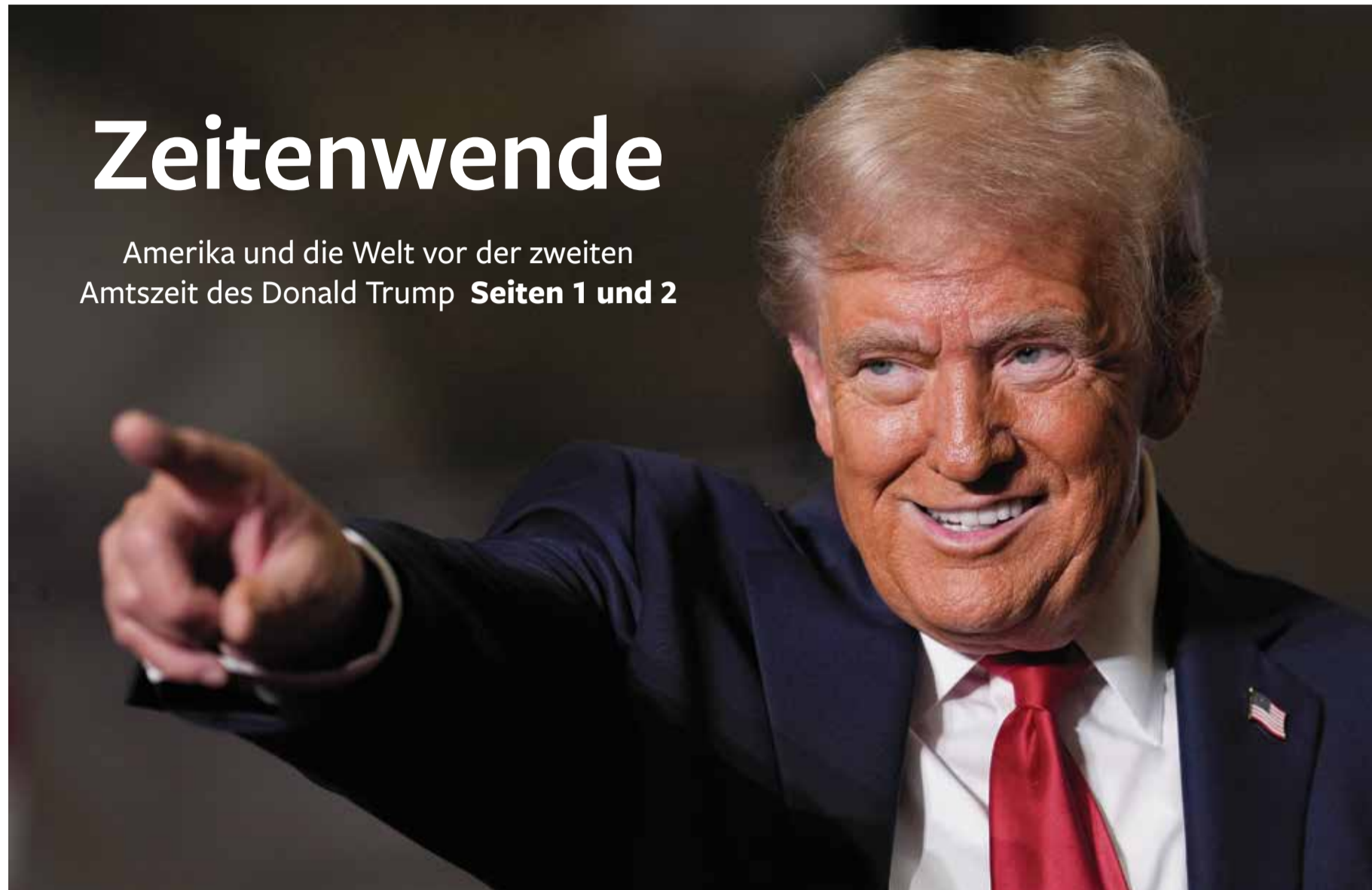


75 Jahre

Nr. 3 · 17. Januar 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Zeitenwende

Amerika und die Welt vor der zweiten Amtszeit des Donald Trump **Seiten 1 und 2**



Stil Der zweifelhafte Meinungskampf des Grünen Robert Habeck **Seite 3**



Flucht Die Evakuierung Ostpreußens über See vor 80 Jahren **Seite 11**

VON RENÉ NEHRING

Selten wurde der Amtsantritt eines US-Präsidenten dermaßen mit Spannung erwartet wie die zweite Vereidigung von Donald Trump in wenigen Tagen. Seit seiner Wahl am 5. November 2024 verkündet der Republikaner fast täglich, mit welcher radikalen Schritten er mal die innenpolitischen Verhältnisse in seinem Land zu verändern und mal außenpolitisch neue Realitäten zu schaffen gedenkt.

Aus europäischer Sicht bisher am gravierendsten war die Ansage Trumps, den Ukraine-Krieg binnen Wochen beenden zu können, indem er die wichtigsten Akteure an den Verhandlungstisch bringt. Galt dies bei Kritikern eher als Maulheldentum, lassen sowohl jüngste Aktivitäten auf dem Schlachtfeld als auch Berichte aus Moskau, Kiew und Washington erahnen, dass sich sowohl die Ukraine als auch Russland auf baldige Verhandlungen vorbereiten.

Durfte Trump bis hierher noch mit Sympathien vieler Europäer rechnen, so sorgte er vor wenigen Tagen mit verstörenden geopolitischen Vorstellungen weltweit für Empörung. Konkret spielte Trump laut mit dem Gedanken, sowohl Kanada, das zweitgrößte Land der Erde, als auch Grönland, die größte Insel der Welt, in die USA einzugliedern. Wobei er militärischen Druck nicht ausschloss (siehe hierzu auch die Seite 2). Damit hat nach Russland (durch die Invasion der Ukraine) und China (mit seiner Erklärung, auf dem Weg zur Wiedervereinigung mit Taiwan keinesfalls auf den Einsatz von Waffen verzichten zu wollen) nun der Führer einer weiteren Großmacht die bestehende Weltordnung offen in Frage gestellt.

Was Trumps Attacke so besonders macht ist, dass hier erstmals ein Vertreter der westlichen Staatengemeinschaft, die sich eigentlich einer durch Werte und Verträge geleiteten Außen- und Sicherheitspolitik verschrieben hat, die bestehende Ordnung angreift. Hinzu kommt,

dass der künftige US-Präsident nicht etwa verfeindete Staaten brüskiert, sondern mit den NATO-Gründungsmitgliedern Kanada und dem grönländischen „Mutterland“ Dänemark zwei der langjährigsten und engsten Bündnispartner der USA. Was Trump mit der Provokation enger Alliierten bezweckt, darüber kann im Moment nur spekuliert werden. Fakt ist, dass er mit seinen Forderungen eine Weltordnung angreift, die maßgeblich von früheren US-Regierungen zum eigenen geopolitischen Vorteil geschaffen wurde.

Schwach nach außen, lautstark nach innen

Was der künftige US-Präsident in jedem Fall offenlegt, ist die Schwäche der Europäer, namentlich der EU. Seit Jahrzehnten lautete eine der wesentlichen Begründungen für die „immer engere Union“ ihrer Mitglieder, dass diese zusammen ein größeres Gewicht auf der Weltbühne hätten. Doch nun offenbart sich, dass der Präsident einer Weltmacht keine Sorgen davor hat, Ärger mit den Europäern zu riskieren, wenn er in aller Öffentlichkeit ankündigt, einem EU-Mitgliedstaat ein Schlüsselterritorium entreißen zu wollen. Damit zeigt sich erneut, was sich bereits im Ukraine-Krieg andeutete: Beherrschten die Europäer vor hundert Jahren als Kolonialmächte noch weite Teile der Erde, so sind sie heute selbst bei Konflikten auf ihrem eigenen Kontinent nur Zuschauer.

REALPOLITIK

Harte Lehrstunden für einen kriselnden Kontinent

Bereits vor seinem Amtsantritt offenbart der neue US-Präsident, dass die Europäer auf internationaler Bühne nur noch Zuschauer sind

Umso verstörender, wenn sich die EU stattdessen dort aufbläst, wo sie es eigentlich nicht dürfte – bei den inneren Angelegenheiten ihrer Mitglieder. Vor 25 Jahren, Anfang 2000, isolierten die damals übrigen 14 Staaten der Union Österreich, weil die dort aus einer demokratischen Wahl als Sieger hervorgegangene Parteien ÖVP und FPÖ eine Regierung bildeten, die den seinerzeit überwiegend sozialdemokratisch geführten Partnerländern nicht genehm war. Auch wenn die Sanktionen bald wieder aufgegeben wurden, wurde hier ein gefährlicher Weg beschritten, von dem insbesondere die EU-Bürokratie in Brüssel nicht mehr abgewichen ist.

Welchen Anspruch die Europäische Union in Sachen Kontrolle ihrer – immer noch souveränen – Mitgliedstaaten inzwischen verfolgt, zeigte sich gerade erst wieder, als vergangene Woche das Nachrichtenportal „Politico“ meldete, dass 150 EU-Beamte das Gespräch zwischen dem US-Unternehmer Elon Musk und der AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel auf der Plattform „X“ belauschten, um zu verfolgen, ob dabei gegen EU-Recht verstoßen wurde.

Dass es längst nicht nur darum geht, etwaige Rechtsverstöße zu ahnden, offenbarte derweil der ehemalige EU-Kommissar Thierry Breton. In einem TV-Interview zum Musk-Weidel-Gespräch brachte der Franzose ohne Scham eine Annullierung der kommenden Bundestagswahl ins

Gespräch, falls diese die „falschen“ Ergebnisse brächte. In Anspielung auf die jüngst erfolgte Aufhebung der Präsidentschaftswahl in Rumänien durch das dortige Verfassungsgericht erklärte Breton, eine Annullierung der Wahlergebnisse sei auch in Deutschland nicht ausgeschlossen: „Wir haben es in Rumänien getan, und wir werden es offensichtlich, falls nötig, auch in Deutschland tun müssen.“

Dass die offensichtliche Diskrepanz aus außenpolitischer Schwäche und hartem Auftreten gegenüber unbotmäßigen Mitgliedern kein Zufall ist, zeigte sich im vergangenen Juli. Als der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán zu einer diplomatischen Mission nach Kiew, Moskau, Peking und Washington aufbrach, um Ansatzpunkte für Verhandlungen über einen Frieden in der Ukraine zu erörtern, wurde er von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, dafür scharf attackiert. „Besser“ hätten die Spitzen der Brüsseler Verwaltung nicht darlegen können, warum die EU auf internationaler Bühne kaum eine Rolle spielt.

Dass eine solche Union nun auf einen US-Präsidenten trifft, der vor aller Augen zeigt, wie wenig er von den Verbündeten seines Landes auf dem „alten Kontinent“ als geopolitischem Machtfaktor hält, lässt für europäische Interessen in naher Zukunft nichts Gutes erahnen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Dem BSW droht bei der Wahl das Scheitern an der Fünfprozenthürde **Seite 4**

Kultur

Eine Kriminalerzählung aus dem Nachlass Caspar von Schrenck-Notzings **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Der steinige Weg des Königsberger Tiergartens zu einem modernen Zoo **Seite 13**

Lebensstil

Eine Schiffscrew erprobt die Steuermannskünste der polynesischen Seefahrer **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Die Inauguration von Donald Trump als weltpolitische Zeitenwende – Grenzverschiebungen im Putin-Stil mit Militärgewalt angedroht – Zeigt der frühere Anhänger von „Big Deals“ jetzt sein wahres Gesicht?

Die große Verwirrung

Wenn der 78-jährige New Yorker am 20. Januar zum 47. US-Präsidenten vereidigt wird, bricht eine neue Ära an

VON JENS EICHLER

Noch nicht im Amt, aber schon geht es los: Donald Trump bringt bereits vor seiner Inauguration die Welt in Aufruhr. Und das nach typischer Manier. Denn niemand, weder sein engster Kreis noch seine entferntesten Kritiker wissen, was hinter seinen teilweise skurrilen Ankündigungen steckt. Meint er es wirklich ernst? Ist all das, was er so unbedarft hinausposaunt, nur einer spontanen Laune entsprungen? Ist es vielleicht doch der Beweis schlichter Unwissenheit und ein erschreckender Mangel an Kompetenz? Oder ein Beleg schlechter Manieren und dazu die gewollte Ignoranz von jahrhundertelangen Traditionen und diplomatischen Gepflogenheiten? Ist es ein Desinteresse an der verbindlichen Realität? Vielleicht ein Mix aus allem? Man weiß es nicht. Nur eines scheint sicher: Ob vor oder nach der Inauguration – der nächste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wird unkonventionell, unvorhersehbar und ebenso unberechenbar sein. Der Welt stehen ab dem 20. Januar vier unruhige, spannende Jahre bevor.

Eines steht indes fest: Die Welt wird einen anderen Trump als noch 2016 erleben. Einen, der von seinem Sieg nicht überrascht war und in aller Eile gute bis sehr gute Mitarbeiter um sich scharen musste, um einigermaßen bestehen zu können. Diesmal war der Sieg fest eingeplant und man hatte sich vorbereitet. Umso schwerwiegender sind die jüngsten Äußerungen des bald 47. US-Präsidenten zu bewerten, der zumindest schon verbal mit dem Säbel rasselte. Alle diejenigen, die ihn nahezu infantil naiv zu einem US-Friedensengel erkoren hatten, um ihn und seine Kandidatur irgendwie zu rechtfertigen, nur weil er in seiner ersten Amtszeit keinen Krieg aktiv begonnen, aber auch keinen aktiven beendet hatte, bleiben nun ad hoc konsterniert zurück.

Als Trump nämlich bei einer bizarren Pressekonferenz am 7. Januar auf seinem Privatanwesen Mar-a-Lago im US-Bundesstaat Florida Besitzansprüche auf das von Dänemark seit 600 Jahren verwaltete Grönland erhob und drohte, zur Erfüllung

dieses Anspruchs notfalls auch die US-Armee einzusetzen, wollte man gar nicht glauben, was man da hörte. Die vermeintliche Friedenstaube war plötzlich zu einem amerikanischen Putin mutiert. Grenzen verschieben, fremdes Territorium annekieren wollen, notfalls auch mit Gewalt – solche verstörenden Töne gab es seit gefühlten ewigen Zeiten von einem US-Präsidenten nicht mehr zu vernehmen.

Und Kanada, der nördliche Nachbar der USA, soll plötzlich gemäß Trump 51. US-Bundesstaat werden. Er rüttelt an einer Grenze auf dem 49. Breitengrad, die seit dem Beitritt der Provinz British Columbia zur Kanadischen Föderation im Jahr 1871 unbestreitbaren Bestand hat. Und da Trump mit dem Begriff Respekt nachweislich wenig anzufangen weiß, nennt er den kanadischen Premier schon mal vorsätzlich herabwürdigend Gouverneur, als ob der samt des riesigen Landes Kanada sein niederer Vasall sei.

Auch gegen den einst von Ex-Präsident Jimmy Carter ratifizierten Vertrag um die Nutzungsrechte und Ansprüche

des Panamakanals interveniert Trump. Deutlich wird so, dass geschlossene Verträge für Trump nichts bedeuten und ebenso nicht zählen. Amerikanische Verlässlichkeit? Schnee von gestern.

Trumps Mauer als Luftnummer

Auch das von ihm so verhasste Mexiko dürfte unruhigen Zeiten entgegensehen. Denn mit Sicherheit wird es der nächste Präsident nicht weiter tatenlos zulassen, dass ungehindert immer mehr Latinos – auch aus Venezuela, Guatemala, Costa Rica oder Kolumbien – illegal in die Vereinigten Staaten strömen. Gut so. Und natürlich hat Trump recht, wenn er die damit verbundene ungehinderte Flut an Kriminalität, Zuwanderungsarmut und Überfremdung deutlich anprangert, die mit der illegalen Einwanderung einhergeht. Ob allerdings eine noch stärker gesicherte Grenze zu Mexiko helfen wird, darf bezweifelt werden. Diese gehört schon jetzt zu den am intensivsten gesicherten der Welt. Trumps stets angepriesene Mauer war nach seiner ersten Amts-

zeit daher auch eher ein laues Versprechen als ein Projekt mit nachhaltigem Lösungseffekt. Von der 728 Kilometer langen Grenze wurden nur knapp 129 Kilometer neu errichtet – davon 74 Kilometer als Grenzmauer und 53 Kilometer als Verstärkung zur schon existierenden. Vielmehr eine laue Luftnummer statt eines wirksamen Schutzwalls.

Zur Wahrheit aber gehört auch, dass Latinos primär im Niedriglohnssektor und niedrigsten Dienstleistungsgewerbe tätig sind. Jobs, die kein US-Amerikaner übernehmen und machen will. Auch, weil hier Löhne gezahlt werden, die ein Überleben nahezu unmöglich machen.

Zölle treffen die eigenen Wähler

Außenpolitisch wird somit unter Trump der Fokus auf der Nachbarschaft liegen, und der pazifische Raum wird zudem mehr im Spektrum des Interesses stehen – allen voran der Handel mit und das militärische Gebaren von China. Europa hingegen, dass der kommende Präsident ohnehin als Nerven strapazierend emp-

findet, muss sich die Aufmerksamkeit des einst engsten Freundes und Verbündeten erst wieder verdienen – und zugleich ein Stück weit zurückkaufen.

Auch durch bilaterale Verhandlungen, um Trumps groteske Zoll-Vorstellungen zu thematisieren und abzufedern. So will er zum Schutz der eigenen Märkte und produzierenden Wirtschaft Importe mit hohen Einfuhrzöllen belegen, wenn keine adäquaten Gegenleistungen der anderen Seite erfolgen. Eine Rechnung, die für die USA selbst zum Bumerang werden könnte, wenn man konservativen Wirtschaftsexperten glaubt. Beispielsweise die US-Autoindustrie, die sich gerade erholt, müsste für Teile von Zulieferern hohe Preise zahlen, was wiederum ihre Produkte verteuern und somit die Kundschaft im Land trübe. Würden Exportnationen gleichermaßen Zölle erheben, würden die dann bereits verteuerten US-Produkte im Ausland noch teurer werden und wären somit unattraktiv gegenüber der Konkurrenz. Zölle treffen vor allem den heimischen Markt und die Inlandskunden, wie Volkswirte wissen. Trumps Ziel ist es jedoch, die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von ausländischen, insbesondere chinesischen, Lieferketten zu verringern und mehr Produktion in die USA zu verlagern. Mit Zöllen aber würde er vor allem eine Preissteigerung erreichen, die dann aufgrund des verringerten Absatzes zu einem Effekt führt: Diejenigen, die Trump für günstigere Preise, mehr Jobs und eine besser laufende Wirtschaft gewählt haben, wären die Verlierer.

Das aber stört Trump sicherlich nicht. Auch nicht, dass er als erster verurteilt, wenn auch unbestrafter, Präsident in die Geschichte der USA eingehen wird. Vorbei die Zeiten einer republikanischen Ikone wie Ronald Reagan, der mit Aura, rhetorischer Gewandtheit und politischem Gespür die Welt und sein Land positiv prägte und den „American Spirit“ verströmte – weil er ein verantwortungsbewusster Patriot mit festen moralischen Grundsätzen und klaren politischen Visionen war. Moral und Anstand bedeuten Trump hingegen nichts, sondern nur der nächste Deal, und der soll am liebsten vor allem einem nützen: ihm selbst.



Donald Trump vor seiner neuen Weltkarte, wie er sie wohl am liebsten hätte: Cartoonist Benedikt Kobel zeigt auf ironisch-sarkastische Weise die plötzlich deutlich verbalisierte Lust am Imperialismus des 47. Präsident der Vereinigten Staaten

MACHTSPIEL

Wenn die Welt nicht mehr genug ist

Warum Elon Musk wirklich im politischen Spiel der Vereinigten Staaten von Amerika mitmacht

Es gibt eigentlich nur drei mögliche Gründe, warum sich jemand in der Politik engagiert. Entweder ist so jemand ein wahrer Überzeugungstäter und echter Patriot, oder die Person ist ein Machtmensch. Die dritte Möglichkeit findet sich häufiger im deutschen Bundestag wieder – man hat es einfach zu nichts anderem gebracht. Projiziert man die drei Varianten auf den gebürtigen Südafrikaner Elon Musk, kann es bei ihm nur mit nagendem Machthunger zu tun haben, dass er plötzlich Handlanger, Erfüllungshelfer und Aushängeschild der künftigen Trump-Administration ist.

Dort soll er für Donald Trump das personifizierte Aufräumkommando spielen, den Entrümpler vom Dienst, indem er spürbar Bürokratie und damit überflüssige

Stellen abbaut. Gute Idee, notwendig dazu. Aber dennoch bleibt die Frage im Raum stehen: Warum Musk?

Dieser Visionär, der mit seinen phantastischen Ideen teilweise die Welt revolutioniert hat. Damals, als er im Jahr 2000 mit PayPal sein freies Online-Bezahlungssystem auf den Markt brachte. Man denke auch an Tesla – es war Musk, der die E-Mobilität 2004 ins Rollen brachte und als erster 2008 verlässliche E-Autos baute.

Mit Space X eroberte Musk plötzlich den Weltraum. Seine Mission und Vision: die Besiedlung des Planeten Mars und eine zivile Raumfahrt für jedermann (der es sich leisten kann). 2021 schaffte er es, erstmals Touristen mit der „Falcon“-Rakete ohne einen professionellen Astronauten ins All zu schießen. Heute ist sein

Programm bereits so erfolgreich, dass er der US-Raumfahrtbehörde NASA bei diversen Missionen hilfreich unter die Arme greifen konnte. Als er 2022 schließlich noch die Online-Plattform Twitter kaufte, sie in X umtaufte, stand ihm nun auch eine „Meinungsmaschine“ zur Verfügung.

Der gebürtige Südafrikaner, der inzwischen einen US-amerikanischen Pass besitzt, ist mittlerweile der reichste Mann der Welt mit einem geschätzten Vermögen von rund 416,2 Milliarden US-Dollar. Geld, dass er sich redlich verdient hat.

Doch nun die Frage: Warum soll so jemand die Bürokratie für Trump entrümpeln? Weil er nichts mehr zu tun hat? Weil er ein so hilfsbereiter Mensch ist? Nichts davon dürften die wahren Beweggründe des ADHS-gestörten Superreichen sein.

„All die verschiedenen Gerüchte, dass ich die Präsidentschaft an Elon Musk abgetreten haben soll – nein, nein, das ist nicht wahr ...“

US-Präsident Trump verärgert bei einer Veranstaltung in Phoenix, weil Musk inzwischen öfter im Rampenlicht steht als er

Vielmehr ist Musk perfekt aufgestellt – er kontrolliert den Zahlungsverkehr, beeinflusst Meinungen via Social Media, hat Wirtschaftsmacht und -größe, hat den Weltraum erobert und besitzt Geld im absoluten Überfluss. Was treibt so jemanden noch an? Richtig – Macht! Pure Macht! Herrschaft! Und da er einem Trump intellektuell weit überlegen ist, nutzt er diesen wie ein Virus seinen Wirt, saugt sich an ihm fest und dringt mehr und mehr ins politische Machtspektrum ein. Man darf sicher sein, dass Musk bald eine andere Rolle auf dem politischen Parkett spielen wird. Nicht mehr nur auf dem in Washington, sondern eher auf der Weltbühne, die er dann nach seinen Vorstellungen prägen wird. Denn die Welt ist ihm schon jetzt nicht mehr genug. J.E.

Roberts Kampf

Der grüne Vizekanzler Habeck ist Rekordhalter im Bundeskabinett bei Strafanzeigen gegen Kritiker. Längst zeigt sein Verhalten autoritäre Züge. Und es gehört zu einem ausgeklügelten emotionalen Geschäftsmodell

VON HOLGER FUSS

Noch vor seiner Veröffentlichung macht der Umschlag eines Buches in den Sozialen Medien Furore. Anfang Februar erscheint im Droemer Verlag der Band „Zu dumm für die Demokratie? Wie wir die liberale Ordnung schützen, wenn der Wille des Volkes gefährlich wird“. Die Titelfarben leuchten grün und gelb, von Weitem wirkt das Buch wie eine Programmschrift der Grünen. Dazu passt, dass der Autor Mark Schieritz als stellvertretender Politik-Chef bei der „Zeit“ dient, einem regierungstreuen Leitmedium links der Mitte.

Bemerkenswert an diesem Buchtitel ist, dass er in wenigen Worten die Lage der Nation zusammenfasst. Die viel beraunte Spaltung der Gesellschaft wird hier unverhohlen postuliert: Ein ominöses „Wir“ soll die liberale Ordnung schützen vor einem Volk, das zu dumm ist für die Demokratie. Doch wer ist „Wir“? Ganz klar: all jene linksgrünen Zeitgeistmarschierer in Politik, Medien und Zivilgesellschaft, die Habeck-Gutfinder, die Baerbock-Verteidiger und die Scholz-gar-nicht-so-schlimm-finder. Und das „Volk“? Sind alle, die das anders sehen. Und dies ist, wie alle Umfragen belegen, die Mehrheit der Menschen im Lande. Selten hat sich die Verächtlichkeit des Establishments gegenüber der Bevölkerung so ungeniert gezeigt wie auf diesem Buchtitel.

Szenen eines Kulturkampfes

Längst ist zwischen der progressiven Machtelite und breiten liberal-konservativen Bevölkerungskreisen ein Kulturkampf entbrannt. Die AfD und mittlerweile das BSW sind nur Symptome, die eruptiven Randzonen dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung, keineswegs ihre Ursachen. Die Vorgeschichte dieses mentalen Bürgerkrieges reicht ein halbes Jahrhundert zurück – bis in die Studentenunruhen von 1968. Drei Jahrzehnte benötigte diese linksdurchtönte Generation von damals, um politische Institutionen, das Bildungswesen und die Medien zu erobern und schließlich in Gestalt von Gerhard Schröder und Joschka Fischer erstmals die Republik regieren zu können. Und weil die nachfolgende CDU-Kanzlerin Angela Merkel ihre Partei auf rot-grün umhänkelte, ist es bei der einschlägigen Diskursheftigkeit bis in unsere Tage der Ampel-Dämmerung geblieben.

Was in 16 Jahren Merkel-Regierung an Fortschrittsprojekten angeschoben wurde, etwa Energiewende, offene Grenzen für Migranten, Ehe für alle, Abschaffung der Wehrpflicht, sollte in der Fortschrittskoalition der Ampelparteien vollendet werden. Doch kaum war das Kabinett vereidigt, fiel Putin über die Ukraine her und den Transformationsakrobaten lag plötzlich der gallige Geschmack der Realität auf der Zunge. Auf einmal musste Annalena Baerbock feststellen, dass sie mit feministischer Außenpolitik keine Kriegsdiplomatie betreiben kann. Und Robert Habeck wurde gewahr, dass Seiteneinsteiger für die Politik zwar als erfrischende Impulsgeber gelten, für ein Wirtschafts- und Klimaschutzministerium gleichwohl entsprechender Sachverstand ratsam ist.

Im Ergebnis hat Baerbock die deutsche Außenpolitik als Einflussfaktor faktisch lahmgelegt, sie wird nur noch als Geldgeberin empfangen. Und unter Habeck ging die schon seit Beginn der Corona-Krise anno 2020 schwächelnde deutsche Wirtschaft vollends in die Knie – explodierende Energiepreise, wuchernde Bürokratie und mangelnde öffentliche Investitionen bremsen das Wachstum. Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Otto Zander spricht von einer „Scholz-Habeck-Rezession“ und von der „längsten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik“.



Zweifelhafter Debattenstil: Während Robert Habeck am Küchentisch den plaudernden Kumpeltyp gibt, verfolgt der grüne Vizekanzler wie kein zweiter Politiker unliebsame Äußerungen im Internet
Bild: pa/photothek/Thomas Trutschel

Daimler-Aufsichtsratschef Joe Kaeser bescheinigt Habeck, er werde „in die Geschichte eingehen als der sympathischste und schlechteste Wirtschaftsminister Deutschlands“.

Dass Habeck gescheitert ist, muss der als empathisch geltende Vizekanzler spätestens am Abend des 6. November mindestens gespürt haben, als die Koalition zerbrach. Später erzählte er bei „Maischberger“, seine Söhne hätte ihn überredet, noch einmal anzutreten. Aber vielleicht ist einfach auch sein Haus in Flensburg noch nicht abbezahlt? Geschichtliche Entwicklungen haben mitunter banalste Ursachen.

Kriminalisierung von Spott gegen die Mächtigen

Längst wirkt Habeck wie ein Getriebener, ein chronisch Erschöpfter, der seit Eintritt ins Ministeramt gegen die eigene Überforderung anrudet. Wie blank seine Nerven immer schon lagen, kam heraus, als der Grüne einen Strafantrag gegen einen 64-jährigen Rentner aus Bayern stellte, der auf dem Kurznachrichtendienst „X“ ein Bild gepostet hatte, auf dem Habeck als „Schwachkopf Professional“ verhöhnt wurde. Der Mann wurde daraufhin frühmorgens von Polizisten zur Hausdurchsuchung aus dem Bett geklingelt. Es stellte sich heraus, dass Habeck Spitzenreiter ist, wenn es darum geht, aufmüpfige Bürger mit Strafanzeigen einzuschüchtern.

Ein Ranking der Strafanzeigen durch Bundesminister zwischen September 2021 und August 2024 weist Habeck mit 805 Anzeigen den ersten Platz zu, gefolgt von der Parteifreundin Baerbock mit 513 Anzeigen. Bereits beim Drittplatzierten Marco Buschmann (FDP) sind es nur noch 26 Anzeigen. Offensichtlich sind die beiden grünen Frontleute besonders dünnhäutig, wenn es um Widerspruch geht. Vordergründig geben sie vor, gegen Hass und Hetze insbesondere im Internet vorgehen zu wollen, aber ein Jurist wie der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki sagt dazu: „Hass und Hetze sind keine rechtlichen Kategorien, und gefährlich wird es, wenn wir weiter harmlosen Spott über die Mächtigen kriminalisieren.“

So hatte eine Kinderpflegerin aus Bayern die Außenministerin im März 2023 auf „X“ in zwei Tweets als „Hohlbratze“ bezeichnet. Baerbock hatte Strafantrag gestellt; die Pfl-

gerin wurde Ende 2023 zu 6000 Euro Geldstrafe verurteilt, sie legte Berufung ein und wurde in zweiter Instanz freigesprochen. Doch nun hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Wer so etwas liest, kann nur den Kopf schütteln ob der Unsouveränität einer sich sonst progressiv gebenden Ministerin im Umgang mit Obrigkeitsbeschimpfungen. Mit solchen Harmlosigkeiten die Justiz zu behelligen legt eine Maßlosigkeit offen, die mit Beeinträchtigungen in der eigenen Kompetenz und im Selbstvertrauen korrespondieren dürfte. Dass ausgerechnet zwei herausragend schwache Fachminister Rekorde bei Strafanzeigen halten, dürfte kein Zufall sein.

Rückkehr der Majestätsbeleidigung

Noch 2018 wurde unter Kanzlerin Merkel mit dem Paragraphen 103 die sogenannte Majestätsbeleidigung aus dem Strafgesetzbuch als „nicht mehr zeitgemäß“ gestrichen. Im Gesetzentwurf der oppositionellen Grünen hieß es damals, der Paragraph sei „ein Relikt aus der Zeit, als es noch eine Monarchie in Deutschland gab“. Kaum zogen grüne Minister 2021 ins Bundeskabinett ein, wurde der angeblich antiquierte Straftatbestand mit zeitgemäßen Instrumenten wiederbelebt. Auf einmal war von „Hass und Hetze“ die Rede, von der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ und vom „Kampf gegen Rechts“. Viel halbherziger wird indes ein „Kampf gegen Links“ betrieben. Üblicherweise werden linksradikale Antifa-Eiferer in zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen integriert und mit Steuergeldern alimentiert. Und eine Bundesinnenministerin Nancy Faeser schreibt für die Zeitschrift „Antifa“ der als linksextremistisch eingestuften VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten) schon mal einen Gastbeitrag.

Der gegenwärtige Kulturkampf ist also ein Scharmützel von selbst ernannten Demokratie-Monopolisten links der Mitte wider Bürger rechts der Mitte, die demokratische Grund- und Freiheitsrechte einfordern. Wir könnten auch von einem Schlagabtausch durch zweierlei Demokratie-Definitionen sprechen. Für Linke ist der Demokratie-Begriff inhaltlich angelegt, also mit linksgrüner Programmatik deckungsgleich. Konservative und Liberale verstehen Demokratie eher institutionell und strukturell, also ver-

bunden mit Rechtsstaat, freien Wahlen und freier Rede. Deshalb können Rechte mit Andersdenkenden häufig unbefangener diskutieren als Linke, die jeden Andersdenkenden als Antidemokraten betrachten.

Genau dieser Frontverlauf hat das Projekt „Kampf gegen Rechts“ zum Scheitern verurteilt. Denn wer eine freiheitliche Demokratie mit einem Alleinvertretungsanspruch der Wahrheit gegen ihre Feinde verteidigen will, nimmt unweigerlich selbst einen totalitären Habitus an. Der Kampf gegen Rechts hat die AfD als rechten Popanz immer stärker werden lassen, weil sich immer mehr Menschen von den totalitären Anmaßungen des linksgrünen Milieus abwenden. Das Gleiche gilt für die Brandmauer, mit der sich Friedrich Merz und die Union heillos verzettelt hat. „Einmal ’33 reicht in Deutschland“, sagte der CDU-Chef unlängst in den „Tagesthemen“ über eine Zusammenarbeit mit der AfD. Merz wollte die blaue Partei halbieren, bislang hat er sie verdoppelt. Und er lernt nichts daraus. Er ist in dieselbe Falle des Kampfes gegen Rechts getappt wie die Parteien links von ihm. Denn „Rechts“ muss nicht bekämpft werden; es müssen die Probleme gelöst und die Anlässe beseitigt werden, die Wähler dazu bringen, populistische Parteien zu wählen.

Entweder-Oder-Gegensätze

Dass Merz dies nicht begreift, ist eine Tragödie. Dass Habeck dies nicht begreift, ist nicht verwunderlich. Schließlich besteht in der Entweder-Oder-Setzung von den grün Erleuchteten und den rechts Verfinsterten sein politisches Geschäftsmodell. Der unter Faschismusverdacht gestellte Antipode lässt Habecks Auftritt umso dramatischer und euphorischer erscheinen. So lahm er als Wirtschaftsminister ist, umso glänzender seine emotionale Performance. Seine Küchensprache: „Ich bin der Robert, ist das okay für dich?“ – darauf muss man erst mal kommen. Seine Wahlwerbungsprojektion auf dem Münchner Siegestor: Über der Inschrift „Dem Sieg geweiht, vom Krieg zerstört, zum Frieden mahnend“ flackert Habecks Konterfei mit der Unterzeile „Bündniskanzler. Ein Mensch. Ein Wort.“ Bündniskanzler? Als ob jemand Reichskanzler schreiben wollte und mit dem Stift abgerutscht ist. Habeck: „Jetzt weiß es aber ganz Deutschland!“

Die drei Jahre als Wirtschaftsminister und Vizekanzler haben dem Apothekersohn Robert aus Heikendorf bei Kiel nicht gutgetan. Immer wieder flackern Allmachtsphantasien auf, so im vergangenen Oktober, als er das Internet schärfer kontrollieren wollte: „Ich will keinen Hehl daraus machen, dass ich glaube, dass diese unregulierte Form der Sozialen Medien inzwischen nicht mehr akzeptabel ist.“ Auch Baerbock forderte ein schärferes Eingreifen: „Wenn man Algorithmen hat, die ganz bewusst nicht nur Fake News, sondern Hass und Hetze ausspielen, dann ist das Zersetzung unserer demokratischen Lebenswirklichkeit.“ Zuletzt bot Habeck sogar auf einem „Spiegel“-Cover dem reichsten Mann der Welt die Stirn: „Finger weg von unserer Demokratie, Herr Musk!“

Und doch versteht es Habeck stets aufs Neue, seine autoritären Allüren mit menschelnder Geste einzufangen. Dann wird er wieder zu unserem Robert – ein Mensch, ein Wort. Etwa, als er auf einer Veranstaltung in Mannheim gestand: „Ich war nicht gut in Rechtschreibung früher und hatte einen leichten Schlag in Richtung Legasthenie.“ Schon zu Schulzeiten also begann Roberts Kampf. Erst mit sich selbst und später gegen andere.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt regelmäßig für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über das Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt“ (FinanzBuch Verlag).

www.m-vg.de/finanzbuchverlag

Mit Harmlosigkeiten die Justiz zu behelligen legt eine Maßlosigkeit offen, die mit Beeinträchtigungen in der eigenen Kompetenz und im Selbstvertrauen korrespondieren dürfte. Dass ausgerechnet zwei herausragend schwache Fachminister Rekorde bei Strafanzeigen halten, dürfte kein Zufall sein

● MELDUNGEN

Deutschland ist unvorbereitet

München – Die Krankenhäuser in der Bundesrepublik seien weder auf einen Katastrophen- noch auf einen Kriegsfall ausreichend vorbereitet, was letztlich auch für die Bundeswehrkrankenhäuser gelte. So lautet die Einschätzung des ehemaligen bayerischen Gesundheitsministers Klaus Holetschek (CSU) und des Experten der Bundesärztekammer Peter Bobbert. Müssen massenhaft Verletzte versorgt werden, drohe akuter Personalmangel, außerdem lasse die Koordinierung innerhalb der Kliniken und zwischen den einzelnen Häusern zu wünschen übrig. Bobbert verweist darüber hinaus auf die fehlende digitale Abwehrfähigkeit auf Cyberattacken. Holetschek leitet daraus die Forderung ab, dass die neue Bundesregierung der Resilienz der Kliniken höchste Priorität einräumen müsse: „Unsere Krankenhäuser stehen vor einer Zeitenwende.“ W.K.

Weniger Gewalt von Rechten

Berlin – Die Zahl der Straftaten, die von der Polizei als rechtsextremistisch eingestuft werden, hat 2024 einen neuen Höchststand erreicht. Laut Bundesinnenministerium registrierte die Polizei bundesweit bis zum 30. November im vergangenen Jahres 33.963 Delikte im Bereich „politisch motivierte Kriminalität – rechts“. Im Vorjahr hatte das Bundeskriminalamt insgesamt 28.945 rechtsmotivierte politische Straftaten verzeichnet. Die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten lag 2024 nach vorläufigen Angaben bei 1136. Im Vorjahr hatte die Polizei 1270 registriert. Den größten Anteil der Straftaten machten 2024 Propagandadelikte (21.311) und Volksverhetzungen (5097) aus. Zu beachten ist, dass in den Bereichen Linksextremismus, Ausländerextremismus und Islamismus/Fundamentalismus keine so strengen Regelungen zu Propagandadelikten existieren wie beim Rechts-Extremismus. H.M.

Wird Frauentag abgeschafft?

Berlin – Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sprechen sich dafür aus, Feiertage wie den Frauentag und den Einheitstag zukünftig immer auf einen Sonntag zu legen. Die Unternehmensverbände verweisen dabei auf die anhaltende Wirtschaftskrise und auf Berechnungen der Bundesbank sowie des Ifo-Instituts zu den volkswirtschaftlichen Kosten eines Feiertages. Im Fall von Berlin würde nach Angaben der UVB ein zusätzlicher Arbeitstag immerhin 230 Millionen Euro zusätzliche Wertschöpfung bringen. Der Frauentag am 8. März wurde in Berlin als arbeitsfreier Feiertag erst 2019 unter der damaligen rot-rot-grünen Landesregierung eingeführt. Der CDU-Wirtschaftspolitiker Christian Gräff erklärte, er könne sich durchaus vorstellen, dass der 8. März künftig kein gesetzlicher Feiertag mehr sei. Der Linken-Bundestagsabgeordnete Christian Görke hat unterdessen vorgeschlagen, auf einen Sonntag fallende gesetzliche Feiertage durch einen arbeitsfreien Montag nachzuholen. H.M.



Macht gute Miene zum bösen Spiel: Nach kurzem Höhenflug droht der Absturz für Sahra Wagenknechts BSW-Truppe

WAHLKAMPF

Für Sahra wird es eng

Die Wagenknecht-Partei droht an der Fünfprozenthürde zu scheitern

VON ROBERT MÜHLBAUER

Das noch junge Parteiprojekt „Bündnis Sahra Wagenknecht“ steckt gut ein Jahr nach seiner Gründung in einer Krise. Für das BSW, das schnell in drei Landtage und sogar zwei Landesregierungen kam, könnte die Bundestagswahl jedoch in einem Desaster enden. Gleich mehrere Umfrageinstitute sehen Sahra Wagenknechts Partei unterhalb von fünf Prozent.

Die Forschungsgruppe Wahlen, GMS und Forsa glauben derzeit, dass es für das BSW mit nur vier Prozent nicht für den Einzug in den kommenden Bundestag reichen wird. Lediglich INSA sieht das BSW über der Hürde. Im Schnitt aller Umfragen dümpelt die junge Partei, die am Wochenende ihren Parteitag in Bonn abhielt, exakt auf der Fünfprozentlinie. Damit hat das BSW in den vergangenen drei Monaten massiv an Zustimmung bei den Wählern verloren. Noch im Oktober lag diese bei acht Prozent.

In zig TV-Runden durfte Wagenknecht als Talkshow-Königin und Linken-Dissidentin seit Jahren ihre Positionen bewerben. Inzwischen aber hat der BSW-Ballon viel heiße Luft abgelassen. Es macht sich Krisenstimmung breit. Einzelne Landesverbände sind tief zerstritten, so etwa Hamburg, wo die Ex-Linken-Abgeordnete Zaklin Nastic erst angeblich hingeschmissen hat und sich aus der Politik zurückziehen wollte, einen Tag später dann aber doch Spitzenkandidatin wurde. Viele der angeblich 25.000 registrierten Unterstützer des BSW fragen verbittert, warum man bisher nur 1100 Mitglieder, offenbar handverlesen, aufgenommen hat. Es fehlt nun an Kräften, die im Wahlkampf an Ständen stehen oder Plakate kleben.

Eine Art linker Führerkult

In der Bonner Parteitagshalle, dem Bonner World-Conference-Center im ehemaligen Regierungsviertel am Rhein, wollte Wagenknecht von schlechter Stimmung nichts hören. „So gut, wie die Stimmung hier ist, wird auch unser Wahlkampf wer-

den“, gab sich die 55-Jährige optimistisch. Wie ein schillernder Popstar betrat sie zu dramatischer Musik die Bühne. Auf einem großen Bildschirm flatterten orange-rötliche Friedenstauben. In seinem Programm betonte das BSW in vehement deutlicher

„So gut, wie die Stimmung ist, wird auch unser Wahlkampf werden“

Sahra Wagenknecht
BSW-Namensgeberin

Art seinen klaren programmatischen Antiamerikanismus. „Ami go home“, skandizierte die Berliner. Zudem sprach sich die Listen-Zweitplatzierte Sevim Dağdelen strikt gegen Waffen oder eine sonstige

IMPFNEBENWIRKUNGEN

Traurige Wahrheit über Corona-Spritzen

Das Paul-Ehrlich-Institut offenbart Fehler bei Impfchargen – Hat die Arzneimittelaufsicht versagt?

Die Vermutung, dass manche Chargen der Corona-Impfstoffe besonders nebenwirkungsträchtig oder gar tödlich seien, galt lange als sogenannte Verschwörungstheorie. Noch am 25. November behauptete das für die Zulassung und Chargenfreigabe von Impfstoffen zuständige Paul-Ehrlich-Institut (PEI), es gebe „keine chargenabhängige Häufung von Verdachtsfallmeldungen“ hinsichtlich etwaiger Nebenwirkungen. Allerdings stellte das PEI kurz darauf eine Tabelle mit fast einer Million Zeilen ins Internet, die genau das Gegenteil besagt.

Für den Zeitraum von Anfang 2021 bis Ende 2023 listet das Institut insgesamt 974.932 konkrete Nebenwirkungen auf, die bei 345.540 Personen nach einer Impfung gegen das SARS-CoV-2-Virus auftraten. Das heißt, im Normalfall erlitten die

Betroffenen mehrere Nebenwirkungen. Und dabei zeigten sich auch ganz eindeutig gravierende Unterschiede zwischen den Chargen der verschiedenen Hersteller, wobei offen bleibt, wie viele Impfungen jeweils pro Charge erfolgten. Auf jeden Fall existierten Chargen, bei denen nur ein einziger Fall einer Nebenwirkung beobachtet wurde, denen 145 schadens-trächtige Chargen mit zahlreichen Verdachtsmeldungen gegenüberstanden.

An der Spitze rangierten hier die Produktionslose EX8679 und FE6975 des Pfizer-BioNTech-Vakzins Comirnaty. Die erste Charge bewirkte bei der Erstimpfung die meisten Nebenwirkungen und die zweite Charge bei der Wiederholungsimpfung. Im Falle des absoluten Rekordhalters EX8679 registrierte das PEI 10.579 Nebenwirkungen, die insgesamt

3750 Personen betrafen. Und es gab offenbar auch „Todeschargen“, welche mehr plötzliche Sterbefälle verursachten als andere Fertigungseinheiten.

Über alle Chargen hinweg führt der PEI-Datensatz 1604 Todesfälle auf. Dazu kommen tausende Lungenembolien, Herzinfarkte, Herzmuskelerkrankungen und ähnliches. Angesichts dessen kann das Institut, welches bis Ende 2023 unter der Leitung des Biochemieprofessors und Bundesverdienstkreuzträgers Klaus Cichutek stand, nicht behaupten, ahnungslos gewesen zu sein. Das ist auch die Ansicht des Rechtsanwaltes Tobias Ulbrich, der zahlreiche Impfgeschädigte vertritt: Das PEI habe „sehr wohl von einer chargenabhängigen Schadensträchtigkeit gewusst“, aber „unternahm nichts“. Ja, mehr noch: „Das PEI log die Presse und

Unterstützung für die Ukraine aus. Die AfD attackierte Wagenknecht ebenfalls. Alice Weidel nannte sie ein „Musk-Fangirl“ nach deren Gespräch mit dem amerikanischen Tech-Milliardär und Eigentümer von X (früher Twitter). Das BSW will Migration zwar stärker kontrollieren, einige Sozialleistungen aber dafür ausweiten und Vermögende höher belasten.

Doch das Programm ist zweitrangig. Herausragend ist für das BSW als Zugpferd nur die Namensgeberin Wagenknecht. Doch die Zuspitzung auf eine Person gefällt nicht allen. Manche sprechen von einem „Führerkult“, wie BSW-Mitgründer Thorsten Teichert, langjähriges SPD-Mitglied und Ex-Mitarbeiter des Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi. Laut Teichert werden Kritiker vom „willfähigen Vorstand kaltgestellt“. Eine kleine Gruppe bestimme den Kurs der Partei. „Aus dem BSW ist eine Sektiererpartei geworden, die Dir noch blind folgt“, so Teichert in einem offenen Brief an Wagenknecht. Er kritisiert, dass sie die Linke in Deutschland spalte und damit in die Bedeutungslosigkeit führe. Solche Kritik richten viele auch an Wagenknechts Ehemann, den Ex-SPD- und Ex-Linken-Vorsitzenden Oskar Lafontaine.

Katastrophale Mitgliedsaufnahme

Scharfe Kritik äußerte vor dem Parteitag auch der Europaabgeordnete Friedrich Pürner, Mediziner und ehemaliger Leiter eines Gesundheitsamts in Bayern, der sich in der Corona-Zeit als Maßnahmenkritiker hervorgetan hat. Pürner denkt sogar über einen Parteiaustritt nach, wie er der „Berliner Zeitung“ sagte. Gegenüber dem „Spiegel“ schimpfte er: „Die Mitgliederaufnahme ist katastrophal. Man soll für die Partei arbeiten und zahlen, aber Mitglied darf man nicht sein. Auf der anderen Seite werden Leute Mitglieder, die die anfänglichen Visionen des BSW kaputt machen.“ Seiner Meinung nach sind im BSW alte Seilschaften der Linken vorherrschend. Zur Regierungs-beteiligung des BSW in Thüringen hatte Pürner schon heftig kritisiert, dass ein BSW-Abgeordneter, der in den 1980ern aktiv bei der DDR-Stasi war, nun Minister wurde. Aus dem Wagenknecht-Lager heißt es, der Europaabgeordnete plane ohnehin seinen Abschied. Man werde Pürner wohl bald bei der AfD sehen.

Zwischen BSW und AfD besteht eine klare Rivalität. Viele linke Medien hatten gehofft, dass BSW werde der AfD massenhaft Stimmen wegnehmen. Danach sieht es nicht aus. Sollte das BSW den Einzug in den Bundestag verpassen, so könnte dies nach Einschätzung von Beobachtern die Konflikte und Spannungen in der bislang straff geführten Wagenknecht-Partei verschärfen. Der totale Abstieg droht.

Wolfgang Kaufmann

INNERE SICHERHEIT

Was die Silvesterkrawalle verraten

60 Prozent deutsche Tatverdächtige? Nur wenige von ihnen hatten auch einen „deutschen“ Vornamen

VON HERMANN MÜLLER

Lange Zeit stand der 1. Mai in Berlin für Krawall von Linksextremisten, Straßenschlachten und verletzte Polizisten. Inzwischen scheint sich für bestimmte Jugendliche immer mehr der Jahreswechsel als fester Termin zum hemmungslosen Ausleben von Gewalt zu etablieren. In der deutschen Hauptstadt begann das neue Jahr mit einem Déjà-vu-Erlebnis. Wie schon zum Jahreswechsel 2023/2024 war die Polizei mit mehr als viertausend Beamten im Einsatz.

Das Großaufgebot konnte allerdings nicht verhindern, dass Teile Berlins wieder ins Chaos abglitten. Berlins Polizei registrierte zum Jahreswechsel insgesamt 1453 „silvesterbezogene“ Straftaten. Im Vorjahr waren es 1328 solcher Straftaten. In der ersten Sitzung des Senats im neuen Jahr haben Landesbranddirektor Karsten Homrighausen und Polizei-Vizepräsident Marco Langner laut einem rbb-Bericht die Lage zu Silvester als „hochproblematisch“ bezeichnet. Der Landesbranddirektor warnt: „Es darf kein ‚Weiter so‘ geben.“

Besonderes Aufsehen erregten zwei Fälle: Der arabische Internet-Influencer Atallah Younes filmte sich selbst, wie er in Berlin-Neukölln eine Silvesterrakete in das Fenster eines Mehrfamilienhauses schoss. Die Rakete flog durch ein offenes Fenster und explodierte im Kinderzimmer einer libanesischen Familie. Obendrein veröffentlichte der 23-jährige arabische Internetstar das Video dieser Aktion auch noch auf seinen Social-Media-Kanälen. Younes, der aus dem Westjordanland stammt und mit einem Visum zu Besuch in Berlin war, wurde von der Polizei am Flughafen BER festgenommen, bevor er wieder ausreisen konnte. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm versuchte schwere Brandstiftung, versuchte gefährliche Körperverletzung und Sachbeschädigung vor.

„Problem ist Parallelgesellschaft“

Ein zweiter spektakulärer Fall heizte in Berlin die Diskussion um sogenannte Kugelbomben an. Eine derartige Bombe führte in der Silvesternacht in Berlin-Schöneberg zu massiven Schäden. Die Wucht der Detonation beschädigte an der Kreuzung von Belziger Straße und Hauptstraße sieben Häuser und diverse Autos. 36 Wohnungen waren vorübergehend unbewohn-



Oft Ziel von Angriffen: Polizisten in der Silvesternacht in Neukölln

Bild: picture alliance/dpa/Julius Schreiner/Julius Schreiner

bar. „Die Detonation kam aus dem Nichts – alles hat gebebt. Die Fenster waren eingedrückt“, so ein Anwohner. Die Neuglasung der bis in die vierten Etagen zu Bruch gegangenen Fensterscheiben kostete mehr als 100.000 Euro. Die Wucht der Explosion war sogar so stark, dass die Bauaufsicht einen Statiker prüfen ließ, ob bei einem der Wohnhäuser Einsturzgefahr besteht.

Ein Anwohner sagte dem rbb, er könne sich vorstellen, dass Jugendliche aus dem Kiez die Explosion verursacht haben. Der Mann erklärte: „Böller sind nicht das Problem. Das Problem ist, dass sich hier eine Parallelgesellschaft entwickelt hat. Sobald der Schleier der Silvesternacht da ist, lassen die alles raus.“

Nach Polizeiangaben wurde im Zusammenhang mit der Explosion in der Belziger Straße eine Person festgenommen. In ganz Berlin fasste die Polizei zu Silvester insgesamt 670 mutmaßliche Straftäter, zumeist Jugendliche. Wie

schon im Vorjahr wird nun diskutiert, wie hoch der Anteil von Tatverdächtigen ist, die ausländische Wurzeln haben. Nach Polizeiangaben haben 406 der mutmaßlichen Täter eine deutsche Staatsangehörigkeit, 264 eine andere. Somit haben etwa 40 Prozent der Tatverdächtigen keinen deutschen Pass.

LKA spricht von „Diskriminierung“

Wie bereits in der Vergangenheit steht nun aber die Frage im Raum, wie viele der Besitzer eines deutschen Passes einen Migrationshintergrund haben. Die AfD-Fraktionschefin im Berliner Abgeordnetenhaus, Kristin Brinker, kündigte kurz nach dem Jahreswechsel an, über eine parlamentarische Anfrage an den Senat die Vornamen der Tatverdächtigen abzufragen, die zu den deutschen Tatverdächtigen gezählt wurden.

Mittlerweile ist die Liste mit Vornamen vermutlich aus Sicherheitskreisen an das Nachrichtenportal „Nius“ durchge-

stochen worden. Laut „Nius“ finden sich auf der Liste vergleichsweise wenige Vornamen deutschen Ursprungs. Demnach beginnt die Aufstellung mit den Vornamen Abdul Kerim, Abdulhamid, Abdulkadir, Abdul Karim und Abdullah. Von den 256 Namen seien maximal 90 Vornamen, die sich als „deutsch“ kategorisieren lassen könnten, so das Fazit der Nachrichtenseite. Trifft die Analyse zu, dann ging die Silvester-Gewalt ganz überwiegend von Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus.

Das Landeskriminalamt Berlin ermittelt inzwischen, wer die Vornamenliste aus dem internen Polizeisystem an die Öffentlichkeit durchgestochen hat. Wie die Polizei erklärte, verletzte die Herausgabe persönlicher Daten ohne rechtliche Grundlage Datenschutzprinzipien und befeure „einen unverhältnismäßigen sowie diskriminierenden Erklärungsansatz für individuelle, strafrechtliche Verhaltensweisen“.

FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

Massage-Kurs im „dienstlichen Interesse“

Rechnungshof rügt Grünen-geführtes Bezirksamt für massive Steuergeldverschwendung

Der Berliner Landesrechnungshof hat schwere Vorwürfe gegen das Grünen-geführte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg – letztlich gegen die 39-jährige grüne Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann – erhoben. Herrmann ist im Geschäftsverteilungsplan des Bezirksamts für den Personalbereich zuständig.

In ihrem Bericht listen die Rechnungsprüfer ungerechtfertigte Gehaltszahlungen und Sonderleistungen auf. Eine Mitarbeiterin wurde demnach in die Entgeltgruppe 11 (bis zu 5600 Euro brutto monatlich) eingruppiert, obwohl nach Aktenlage nicht einmal ihr Arbeitsgebiet definiert war. Ihr wurden zwölf Jahre Berufserfahrung zuerkannt, obwohl in diesem Fall maximal drei Jahre angerechnet werden durften. So wurde auch eine Elternzeit von insgesamt 22 Monaten als

einschlägige Berufserfahrung gewertet. Eine Verwaltungsmitarbeiterin hat der Bezirk im August 2019 als „Bürokräft“ mit der Entgeltgruppe 9 (etwa 4600 Euro brutto) eingestellt. Der hierfür erforderliche Studienabschluss ist jedoch nicht aktenkundig. Eine andere Mitarbeiterin wurde im August 2017 eingestellt. Den im Auswahlverfahren geforderten Studienabschluss konnte sie aber genauso wenig nachweisen wie die Berufserfahrung. Der Rechnungshof: Die „Beschäftigte wurde zu Unrecht ausgewählt“.

Auf die Beschwerden des Rechnungshofs erklärte das Bezirksamt zunächst, man sei angesichts des demographischen Wandels und eines steigenden Personalbedarfs darauf angewiesen, „Mitarbeiter zu gewinnen und vorhandenes qualifiziertes Personal zu halten“. Im Übrigen mein-

te das Amt, die Beanstandungen seien „hilfreiche Hinweise“. Bei den dokumentierten rechtswidrig gewährten Prämien handele es sich lediglich um „Dokumentationsfehler des Bezirksamts“. So sei die Finanzierung einer Fortbildung in japanischer „Shiatsu“-Massage im „dienstlichen Interesse“ gewesen. Mehrfach wurden Leistungsprämien in vierstelliger Höhe gewährt, ohne dass sich in den Verwaltungsakten dafür eine Begründung fand.

CDU klagt: „Betrug und Untreue“

Um zu verhindern, dass diese Vorfälle im Verwaltungsdschungel „verschwinden“, haben nun die beiden Kreuzberger CDU-Abgeordneten Kurt Wansner und Timur Husein Strafanzeige erstattet – zunächst nur gegen „Unbekannt“, da der Bericht des Rechnungshofes die mutmaßlich ver-

antwortliche Bezirksbürgermeisterin Herrmann nicht namentlich benannt hat. Wansner: „Die Grünen haben sich das Bezirksamt zur Beute gemacht, das zeigt die Skrupellosigkeit der Partei. Man hat ein ganzes Bezirksamt so umgedreht, dass man offenbar machen kann, was man will. Husein geht noch weiter: „Es liegen offensichtlich Betrug und Untreue vor. Es wurden explizit eigene Leute in die Behörde geholt.“

Angesichts des heraufziehenden Ungemachs versuchte das Bezirksamt, „Trotz der teils abweichenden Bewertung einzelner Fälle dokumentiert der Rechnungshofbericht Fehler, die nicht hätten passieren dürfen, und er zeigt große Herausforderungen, denen sich der Bezirk bereits stellt oder stellen wird.“ Frank Bücker

KOLUMNE

Brandmauer

VON VERA LENGSELD

In jedem Jahr veröffentlichen linke „Experten“ das Unwort des Jahres. Diesmal soll es „biodeutsch“ sein. Was das erlauchte Gremium übersehen hat, ist, dass dieses Wort von der woken Blase, die sich jetzt echauffieren soll, erfunden und in die verbale Schlacht geworfen wurde.

Die „Junge Freiheit“ hat, statt sich über die ideologischen Scheuklappen der Unwort-Erfinder zu ärgern, eine eigene, alternative Umfrage gestartet. Mehr als 37.000 Menschen haben daran teilgenommen. Bis zum 12. Januar 2025 gaben sie ihre Stimme bei einer deutschlandweiten Online-Umfrage der „JF“ ab, die über Social-Media-Netzwerke wie X, Telegram, Facebook, YouTube und Instagram verbreitet wurde.

And the Winner is: „Brandmauer“. Das dürfte der Realität viel näherkommen als die Wahl der linken Wissenschaftler. Auf „Brandmauer“ entfielen 12.459 Stimmen, das sind 33 Prozent. Auf Platz 2 folgen die „demokratischen Parteien“ mit 7389 Stimmen oder 20 Prozent. Für das Unwort „Selbstbestimmungsgesetz“ auf Platz 3 stimmten 5520 Menschen (15 Prozent). Die „Geheimkonferenz“ schafft es mit 4793 Stimmen oder 13 Prozent auf Platz 4 und auf Platz 5 folgen die „Trusted Flagger“ mit 4469, was zwölf Prozent entspricht. Mehrfachnennungen waren möglich, wie die Zeitung in einer Presseerklärung mitteilt.

Die „demokratischen Parteien“ wurden deshalb zum Unwort, weil sie mit undemokratischen Mitteln die Demokratie zu verteidigen vorgeben. Das „Selbstbestimmungsgesetz“ verlangt von den Bürgern, bei Strafe zu lügen, indem sie biologische Männer Frauen nennen sollen. Die „Geheimkonferenz“ war eine Erfindung des staatsfinanzierten „Correctiv“, und „Trusted Flagger“ sind ebenfalls staatsfinanzierte Denunzianten. Die Unwörter der Teilnehmer spiegeln also genau den Zustand unserer Gesellschaft wider.

MELDUNG

Potsdams OB soll gehen

Potsdam – In der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam haben 38 Stadtverordnete einem Abwahlverfahren gegen Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) zugestimmt. Wie Spitzenvertreter von CDU, Grüne-Volt-Die Partei, Die Andere, Linke, BSW, Freie Wähler und FDP am 6. Januar erklärten, ist ein entsprechender Antrag abgegeben worden. Die Zahl der abgegebenen Unterschriften erreicht bereits jetzt die zur Abwahl erforderliche Zweidrittel-Mehrheit. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin hatte gegen Schubert wegen des Verdachts der Vorteilsannahme ermittelt. Das Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit kostenlosen Karten für Sportveranstaltungen ist gegen eine Geldauflage eingestellt worden. Wie es im Abwahlantrag heißt, habe das Ergebnis der Ermittlungen und der Umgang des Oberbürgermeisters mit dem Verfahren „seine Integrität in der Stadt beschädigt und seine Handlungsfähigkeit eingeschränkt“. H.M.

● MELDUNGEN

Russlands Volk schrumpft

Moskau – Eines der größten Probleme Russlands ist seine demographische Entwicklung. Die Gesamtbevölkerung wird für 2024 noch auf knapp 145 Millionen Einwohner geschätzt, aber Statistiker rechnen mit einem kontinuierlichen Rückgang. Laut Prognosen sollen es im Jahr 2050 nur noch 136 Millionen Einwohner sein. Hinzu kommt, dass die Geburtenrate auf dem niedrigsten Stand der letzten 25 Jahre liegt, während die Sterberate ansteigt. Im ersten Halbjahr 2024 wurden 2,7 Prozent weniger Kinder geboren als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Ukrainekrieg verbunden mit der Flucht Hunderttausender gut ausgebildeter junger Menschen verschärft diesen Trend noch. Versuchte der Staat bisher, mit Subventionen Frauen zum Gebären zu bewegen, so greift er nun zu drastischeren Mitteln. Ende November wurde ein Gesetz verabschiedet, das „Propaganda für Kinderlosigkeit“ unter Strafe stellt. **MRK**

Warnung vor Klima-Eingriff

Brüssel – Eine Wissenschaftlergruppe zur Beratung der EU-Kommission unter der Leitung von Nicole Grobert von der Universität Oxford warnt in ihrem neuesten Forschungsbericht eindringlich vor absichtlichen Eingriffen in den Strahlungshaushalt der Erde, um „überschüssige“ Sonnenstrahlung durch Aerosole oder Spiegel ins Weltall zurückzuwerfen. Das Solar Radiation Management (SRM) berge erhebliche ökologische, soziale und geopolitische Risiken. Die Maßnahmen würden einen starken Einfluss auf die globalen Niederschlagsmuster und damit auch auf die Ernährungssicherheit und die Trinkwasserversorgung haben. Außerdem fiele der Kühlungseffekt ungleichmäßig aus, was in manchen Regionen zur weiteren Erwärmung oder zu Temperaturstürzen führen könnte. Dadurch drohten Schäden an Ökosystemen, Spannungen zwischen einzelnen Staaten und Regionen oder gar Verteilungskämpfe sowie Einbußen bei der Stromausbeute der Photovoltaikanlagen. **W.K.**

Grönland ins Staatswappen

Kopenhagen – König Frederik X. hat das Staatswappen des dänischen Königshauses überarbeiten lassen. In der seit Jahresanfang gültigen neuen Fassung sind ein Eisbär und ein Widder als Symbole für Grönland und die Färöer-Inselgruppe größer abgebildet. Drei Kronen als Symbol der mittelalterlichen Kalmarer Union zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark sind dafür vom neuen Wappen verschwunden. Beobachter werten das neue Königswappen als Signal, dass Dänemark seinen Anspruch auf Grönland und die Färöer-Inseln aufrechterhält. Auf Grönland wird seit einigen Jahren immer vehementer die Unabhängigkeit von Dänemark gefordert. Zudem hat Donald Trump schon in seiner ersten Amtszeit Interesse an einem Kauf Grönlands bekundet. Kürzlich bezeichnete er den Besitz und die Kontrolle Grönland sogar als eine Notwendigkeit für die nationale Sicherheit der USA. **H.M.**



Leitete einen Wendepunkt in den gegenseitigen Beziehungen ein: Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007

RUSSLAND

Vom Freund und Partner zum geschmähten Diktator

25 Jahre an der Macht – Wladimir Putin begann seine politische Karriere als Retter der Nation und als Mitgestalter eines „Europäischen Hauses“

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Es war der 31. Dezember 1999, als Wladimir Putin nach dem vorzeitigen Rücktritt Boris Jelzins die Aufgaben des Präsidenten übernahm. Kaum jemand hätte damals damit gerechnet, dass der schmächtig wirkende 47-jährige Mann aus St. Petersburg, von dem nur wenig bekannt war, über ein Vierteljahrhundert lang die Geschicke seines Landes nachhaltig verändern, den Krieg nach Europa bringen, und die bestehende Weltordnung in Frage stellen würde.

Trotz der immer autoritärer werdenden Staatsmacht, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche infolge des Ukrainekriegs steht auch heute noch die Mehrheit der Russen hinter ihrem Präsidenten. In einer Umfrage des Levada-Zentrums Ende Dezember gaben 67 Prozent

der Befragten an, dass sie unter den Politikern in erster Linie Putin vertrauen.

Die anhaltende Beliebtheit Putins liegt in den „Wilden 90ern“ begründet. War durch den Zusammenbruch der Sowjetunion schon der Status einer Weltmacht verloren gegangen, büßten in den 1990er Jahren Millionen Russen durch Rubelkrisen auch noch ihre kompletten Lebensersparnisse ein, die Renten wurden entwertet, Biographien zerstört.

In seiner ersten Amtszeit gelang Putin die wirtschaftliche Konsolidierung. Er schloss einen Pakt mit den Oligarchen, in dem er Konsum, Stabilität und Wohlstand garantierte. Er sanierte den Staatshaushalt, führte ein Steuersystem für den Ölsektor ein, das es dem Staat erlaubte, seine Aufgaben zu erfüllen. Mit dem zweiten Tschetschenienkrieg signalisierte er, dass mit Russland als erstarkter Großmacht zu

rechnen sei. Wie er mit Widersachern verfahren ist, zeigen die Beispiele der Oligarchen Boris Beresowskij, dessen Medienimperium zerschlagen und der Jahre später im Exil vergiftet wurde, und des Ölmilliardärs Boris Chodorkowskij, der sein Bestreben, gegen Putin als Präsidentschaftskandidat anzutreten, mit zehn Jahren Haft bezahlte.

Als einer der außenpolitischen Höhepunkte ist Putins Rede im Deutschen Bundestag von 2001 zu nennen. Damals sprach er sich für die europäische Integration Russlands aus. Florierende Wirtschaftsbeziehungen sollten den „Aufbau des europäischen Hauses“ begleiten.

Nach dem 11. September 2001 in New York beschlossen die USA und Russland, gemeinsam gegen den radikalen Islam zu kämpfen. Zwischen 2003 bis 2014 war jedoch eine zunehmende Gegnerschaft zwi-

schen Russland und dem Westen zu beobachten. EU-freundliche Umstürze wie die Rosenrevolution 2003 in Georgien, die Michail Saakaschwili ins Präsidentenamt hob, oder auch die Orangene Revolution 2004 in der Ukraine, in deren Folge der im Westen ausgebildete Viktor Juschtschenko Präsident wurde, wie auch das Bestreben beider Staaten, EU-Mitglieder zu werden, haben das Misstrauen Russlands geweckt.

Putins tief sitzendes Trauma

Hatte Putin im Jahr 2001 das westliche Militärbündnis noch nicht als feindliche Organisation betrachtet, so änderte sich das mit der NATO-Osterweiterung 2004, als nach Polen, Tschechien und Ungarn nun auch Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien beitraten, Länder, die Russland zu seinem Einflussbereich zählte. 2005 offenbarte Putin sein tief sitzendes Trauma, indem er den Zusammenbruch der Sowjetunion als größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnete. Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 läutete einen Wendepunkt in den Beziehungen ein. Er bezeichnete die NATO-Osterweiterung als ernsthafte Provokation und machte keinen Hehl daraus, dass er einen NATO-Beitritt der Ukraine nicht zulassen würde.

Mit der Weltfinanzkrise 2008 war Putins Stern im Sinken begriffen. Um seine Position zu sichern, etablierte er die „Machtvertikale“, das Durchregieren von oben nach unten. Die manipulierte Parlamentswahl 2011 und die anhaltenden Massenproteste 2012 führten zur Abkehr Putins von demokratischen Grundwerten. Seine Rhetorik wurde schärfer, die Geschichtspolitik wurde revisionistisch, die Rüstungsproduktion nahm Fahrt auf. Putins Regime machte auch Jagd auf Zivilpersonen. Mit dem „Gesetz über ausländische Agenten“ wurden Organisationen und Presseorgane, die Geld aus dem Ausland erhielten, praktisch mundtot gemacht.

Als Barack Obama 2014 Russland im Zuge der Krim-Krise als Regionalmacht verspottete, ahnte der damalige amerikanische Präsident wohl nicht, dass er damit Öl ins Feuer der Ukrainekrise goss. Putin musste auf einen Westen, der ihn nicht respektierte und die geforderten Sicherheitsgarantien nicht geben wollte, keine Rücksicht mehr nehmen. Dass er vom Freund und Partner zum geächteten Diktator wurde, ficht ihn offenbar nicht an.

Putins Grundbild heute ist das eines Verteidigers der Russen vor inneren und äußeren Feinden, eines Gegners des unipolaren Weltbilds unter US-amerikanischer Führung. Er sieht sich als Verfechter einer multipolaren Weltordnung, in der Russland den Status einer Weltmacht einnimmt. Ob seine neuen Partner ihn allerdings mehr achten, wird sich zeigen.

UKRAINE

Im Teufelskreis der Mobilmachung

Immer mehr Ukrainer drücken sich vor dem Fronteinsatz – Harter Streit mit Veteranen steht bevor

Der Ukraine mangelt es nicht nur an Waffen, sondern auch an Soldaten. Obwohl das Land theoretisch mehr als elf Millionen Männer im wehrpflichtigen Alter besitzt, dient lediglich eine Million beim Militär. Und an der Front sollen sogar bloß 200.000 bis 250.000 Mann stehen – so die übereinstimmende Schätzung verschiedener ukrainischer Quellen.

Ursachen: Mindestens eine Million potentielle Rekruten leben im Ausland. Dazu kommt eine weitere Million, die im eigenen Land untergetaucht ist, um nicht eingezogen zu werden. Außerdem sitzen mehrere Millionen Männer in von Russland eroberten Gebieten. Des Weiteren gibt es drei Millionen gesundheitlich ungeeignete oder Freigestellte, die in Unternehmen der Kritischen Infrastruktur arbeiten.

Gleichzeitig gehen dem Militär zahlreiche Ukrainer verloren, die sich vom Wehrdienst mit Beträgen von bis zu 15.000 US-Dollar freikaufen, indem sie Ärzte oder Beamte der Territorialen Zentren für Rekrutierung und soziale Unterstützung (TCC) bestechen. Und wenn jemand dann doch Uniform trägt, kann er durch das System des sogenannten Shabuning schnell zu einer „Toten Seele“ werden. Das heißt, er verschwindet im Einvernehmen mit seinem Kommandeur – gegen Entgelt – unter fadenscheinigen Vorwänden aus dem Frontbereich.

Ansonsten herrscht dort auch deshalb Personalmangel, weil alles in die rückwärtigen Dienste drängt. Beispielsweise sind die Stellen in den TCC sowie militärischen Bildungseinrichtungen allesamt voll besetzt. Diese Zustände sind ein offe-

nes Geheimnis und werden von einheimischen Medien wie dem Portal „Strana“ kritisch thematisiert.

Und dann gibt es noch bloße Deserteure, die nach Jahren an der Front ausgebrannt sind. Laut dem britischen Blatt „Economist“, das sich auf Quellen im Kiewer Generalstab beruft, setzt sich bereits jeder fünfte Soldat unerlaubt ab.

Die Reaktion auf den Personalmangel an der Hauptkampflinie ist nicht selten Aktionismus. So fordern Hardliner vom Schlage der Leiterin des Kiewer Militärsanitätsdienstes Alina Michaljowa und des Nationalistenführers Dmytro Kortschynskij, auch Frauen und jüngere Männer im Alter zwischen 14 und 24 Jahren einzuziehen. Ebenfalls ins Visier der Rekrutierer geraten aufgrund des neuen Befehls 204 des Verteidigungsministeriums

Männer mit Krankheiten wie HIV oder Tuberkulose sowie Sprachstörungen und geistigen Behinderungen, wie das Mitglied im Ausschuss für nationale Sicherheit, Alexander Fedienko, berichtet hat. Gleichzeitig schicken die TCC immer öfter Greiftrupps los, welche potentielle Wehrpflichtige von der Straße weg in Kleintransporter zerren und zu den Rekrutierungszentren schleppen. Zahlreiche Videos im Internet dokumentieren das brutale Vorgehen der TCC-Leute.

Damit steckt die Ukraine in einem Teufelskreis, aus dem es kein Entrinnen zu geben scheint. Darüber hinaus ist das Ganze auch eine schwere Hypothek für die Zeit nach dem Krieg. Denn dann steht zu erwarten, dass Frontveteranen und Kriegsdienstverweigerer auf das Heftigste aneinandergeraten. **Wolfgang Kaufmann**

VON PETER ENTINGER

Es ist Wahlkampfzeit. Da dienen sich die Mächtigen gerne den Problemkindern der deutschen Wirtschaft an und versprechen Abhilfe. Unter diesen Voraussetzungen muss man den Vorstoß der bayerischen Christsozialen sehen, die ein Ende des Irrwegs mit Grünem Stahl versprochen haben, der angeblich mit umweltfreundlichen und „nachhaltigen Methoden“ hergestellt wird. Dabei werden in der Regel erneuerbare Energiequellen genutzt, Kohlendioxid-Emissionen reduziert und Abfälle während des Produktionsprozesses minimiert und recycelt. Das Problem: Grüner Stahl ist sündhaft teuer, und die ohnehin stark kriselnde deutsche Stahlbranche dürfte auf Jahre nicht konkurrenzfähig sein.

Die Branche steht für etwa 30 Prozent der CO₂-Emissionen der Industrie in Deutschland. Die gescheiterte Bundesregierung ist nach dem Motto verfahren: Erst diese Branche als Vorreiter, dann folgen die anderen von allein. Deshalb überschüttete man die Stahl-Produzenten mit milliardenschweren Subventionen. Doch die Krise ist dennoch da.

„Wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“ Mit einem Zitat des früheren Oberbürgermeisters von Essen und späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann untermalte Miguel Lopez, Konzernchef von Thyssenkrupp, die Ambitionen des Stahlherstellers. Etwas anderes bleibt ihm nicht übrig. Mehr als drei Milliarden Euro Miese hat der angeschlagene Riese in den vergangenen beiden Jahren eingefahren. Die Umstellung auf Öko-Stahl muss irgendwie funktionieren, schließlich hängt man schon zu sehr am Staatstropf.

Vorschlag ohne rechtlichen Rahmen

Die CSU-Landesgruppe hat kürzlich in einer Beschlussvorlage für ihre Winterklausur in Kloster Seeon festgehalten, dass sie „den Irrweg des grün produzierten Stahls beenden“ und „stattdessen auf CO₂-Abscheidung und -speicherung setzen“ wolle. Für Letzteres fehlt derzeit noch ein rechtlicher Rahmen. Auch deswegen reagierten die Stahlkonzerne eher kühl auf die Offerte. Man bleibe offen für weitere technologische Entwicklungen, hieß es von Thyssenkrupp Steel. „Aktuell befindet sich die Technologie und Regulatorik zur CO₂-Abscheidung jedoch noch nicht in einem Reifegrad, der konkrete Planungen ermöglicht.“

„Die Branche setzt alles auf eine Karte“, schrieb ZDF-Online im Oktober, als im saarländischen Dillingen eine weitere milliardenschwere Investition beschlossen wurde. Eine Direktreduktionsanlage (DRI) und zwei Elektrolichtbogenöfen



Stahlkochen bei Thyssenkrupp in Duisburg: Grüner Stahl bleibt vorerst eine Illusion, weil die Produktion viel zu teuer ist

STAHLINDUSTRIE

CSU will das Märchen vom Grünen Stahl beenden

Für die Branche gibt es kaum noch einen Weg zurück, da man schon zu intensiv am Staatstropf hängt – Wichtigste Forderung: niedrigere Strompreise

zum Preis von zwei Milliarden Euro kaufte die Stahl-Holding-Saar (SHS) für ihre Produktionsstätten in Dillingen und Völklingen. Gekauft wurde natürlich auf Pump und mit Unterstützung aus dem Subventionstopf. 4,6 Milliarden Euro kostet der Umbau auf eine Grüne Stahlproduktion insgesamt. 2,6 Milliarden gaben Bund und Land, die restlichen zwei Milliarden finanziert das Unternehmen über Kredite. Die Mittelzusage überbrachte Noch-Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) persönlich, auch deshalb reagierte man im Saarland verhalten auf den Vorstoß aus Bayern. „Wir beobachten das natürlich, was da passiert. Aber wir machen hier unser Ding und wir schauen auch nur auf uns“, sagte der Vorstandsvorsitzende Stefan Rauber im Oktober selbstbewusst, als die Probleme bei Branchenprimus ThyssenKrupp deutlich wurden.

Damals wurde im Ruhrgebiet erstmals laut über einen Baustopp der Grünstahl-Anlage nachgedacht. Habeck intervenierte und seitdem ist davon keine Rede mehr. Auch im Saarland setzt man nur noch auf den Grünen Stahl. Ein Zurück scheint schwer möglich, auch wenn man wohl noch massig gutes Geld Schlechtem hinterherwerfen muss.

„Die Bundesregierung muss alles dafür tun, um den Strompreis nach unten zu kriegen – und zwar nicht nur wegen uns, sondern wegen der gesamten deutschen Wirtschaft, wegen der gesamten deutschen Industrie“, sagt Rauber. Die Forderungspalette ist groß und sie zeigt, dass Grüner Stahl wohl auf absehbare Zeit nicht konkurrenzfähig sein wird. Industriestrompreis und Schutz vor subventionierten Billigimporten sind zentrale Forderungen.

Beim Kampf mit der übermächtigen, weil viel billigeren Konkurrenz aus China soll die EU-Kommission helfen. „An der grünen Transformation führt kein Weg vorbei“, behauptet Thyssen-Boss Lopez und fügt hinzu: „In kaum einer anderen Industrie ist der Hebel zur Senkung der Emissionen so groß wie beim Stahl.“ Was er nicht sagt: Mehr als 700 Millionen Euro der zugesagten zwei Milliarden hat man bereits abgerufen. Branchenkenner prognostizieren bereits, dass diese Summe nicht reichen wird. Weitere Probleme tun sich bereits am Horizont auf. Der Strombedarf für die Herstellung von Wasserstoff ist enorm. Und Strom ist in Deutschland bekanntermaßen teuer. Am Ende dürfte der Steuerzahler für die Illusion vom Grünen Stahl aufkommen. Es sei denn, nach der Wahl handelt die CSU tatsächlich.

MELDUNGEN

USA und Indien setzen auf Kohle

Washington – Die USA werden während der Trump-Präsidentschaft wohl wieder verstärkt auf die Verbrennung einheimischer Kohle setzen, weil diese rentabler ist als der Export. Das ergibt sich unter anderem aus den Ausführungen von Steven Milloy vom Energy & Environment Legal Institute, der während der ersten Amtszeit Trumps in der staatlichen Umweltschutzbehörde EPA tätig war. Damit erfolgt eine Abkehr vom kohlefeindlichen Kurs der Biden-Regierung, welche die erneuerbaren Energien bevorzugte. Parallel dazu steht in Indien die Energieerzeugung mit Hilfe von Kohle weiterhin hoch im Kurs. Derzeit decken Kohlekraftwerke 70 Prozent des Strombedarfes des Landes, und bis 2032 sollen noch 90 Gigawatt an Kohlekraftwerkskapazitäten hinzukommen. Deshalb importiert Indien Kohle aus dem Ausland, obwohl es selbst um die 970 Millionen Tonnen pro Jahr fördert. Der Bedarf dürfte bald auf 1,4 Milliarden Tonnen steigen. **W.K.**

Anti-Wokes Investment

New York – Das Unternehmen Azoria Partners bietet Anlegern seit Jahresanfang in den USA einen Fonds an, der sich primär auf die unternehmerische Leistung von Unternehmen fokussiert und dafür Firmen ausschließt, die auf Diversity-Quoten setzen. Der Exchange-Traded Fund „Azoria 500 Meritocracy ETF“ orientiert sich am Aktienindex S&P 500, der die 500 größten börsennotierten US-Unternehmen umfasst. Nicht berücksichtigt werden bei der Anlagestrategie des Fonds allerdings Unternehmen, die eine Diversity-Politik verfolgen. Wie James Fishback, einer der Gründer von Azoria, erklärt, wollen die Amerikaner, „ob sie nun für Trump gestimmt haben oder nicht, nicht in Unternehmen investieren, die ‚woke‘ wissenschaftliche Experimente durchführen“. Laut einem Bericht der „Financial Times“ ist ein erstes Unternehmen, das von den Machern des ETFs wegen seiner Diversity-Politik ins Visier genommen wurde, die Coffeeshopkette Starbucks. **H.M.**

Teure Rettung der Meyer Werft

Papenburg – Auf die Meyer Werft kommen höhere Kosten zu, als im Gutachten zur Sanierungsfähigkeit der Werft veranschlagt. Letzteres erbrachte im Ergebnis eine positive Prognose. Nach Recherchen der „Osnabrücker Zeitung“ fällt der Gewinn der Werft durch die Fertigung von Bauteilen für vier Offshore-Konverterplattformen und den Bau eines Kreuzfahrtschiffs um 185 Millionen Euro geringer aus. Im September hatten das Land Niedersachsen und der Bund Verträge zur „vorübergehenden“ Übernahme von 80 Prozent der Firmenanteile unterzeichnet und Bürgschaften für Darlehen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro gestellt. Das niedersächsische Wirtschaftsministerium wurde Oktober über die Mehrkosten informiert. Laut einem Ministeriumssprecher ändere sich dadurch aber nichts am Prüfungsergebnis, dass die Meyer Werft sanierungsfähig und -würdig sei. **JES.**



PAZ ein Jahr kostenlos

Wahrheit, Klarheit, Information & Heimat –
Das ist die *Preußische Allgemeine Zeitung*

Sie erhalten die PAZ
für eine Empfehlung zum **halben Preis**
oder für zwei Empfehlungen **kostenlos**

Einfach Abschnitt rechts ausschneiden, in ein Kuvert stecken und entsprechend ausgefüllt senden an:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg
oder eine Mail mit dem Stichwort „Aktion“ senden an: Redaktion@paz.de

Mein Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

1. Empfehlung

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

2. Empfehlung

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

KOMMENTARE

Die Grenze ist die Grenze

JENS EICHLER

Der Aufschrei war laut, als dieser Tage herauskam, dass uns unser lieber Nachbar im Süden Europas illegal 12.841 Asylsucher ins Land geschickt, aber nur drei von diesen wieder zurückgenommen hat. Dabei sind diese Menschen allesamt in Italien angekommen und haben dort auch erstmals europäischen Boden betreten. Somit ist Bella Italia das zuständige Erstaufnahmeland – Deutschland nicht. So viel zum Thema Wirkung von innereuropäischen Lösungen, Absprachen und Verträgen. Seit zehn Jahren wird den EU-Bürgern nun dieses Laienschauspiel schon geboten und das Märchen von der angeblich gerechten Verteilung erzählt. Komisch, dass Deutschland als Land ohne europäische Außengrenzen aber trotzdem die Nation ist, das die meisten Migranten aufnimmt.

Doch so beklagenswert und ungerecht dieser Zustand auch sein mag, es ist nur die halbe Wahrheit. Denn die Frage muss erlaubt sein: Warum lassen deutsche Grenzbeamte diese über 12.000 Asylsucher überhaupt ins Land?

Obwohl Italien deren Erstaufnahmeland ist und somit auch zuständig? Und wohlwissend, dass die zur Normalität mutierte Regel lautet: Einmal im Land, wird man sie kaum wieder los. Das bedeutet: Hier liegt weniger ein Abschiebersagen als vielmehr ein eklatantes Einlass-Versagen vor.

Sowohl Bundeskanzler Olaf Scholz als auch Innenministerin Nancy Faeser wissen, dass es fast unmöglich ist, jemanden abzuschicken oder in sein Heimatland zurückzuführen. Schon allein deswegen sind die vollmundigen, in regelmäßigen Abständen wiederholten Abschiebe-Ankündigungen pure verbale Nebelkerzen. Es geht nicht ums Abschieben, sondern darum, niemanden mehr ins Land zu lassen, der nicht hundertprozentig ein Recht auf Asyl hat. Dass es klappt, wurde im Sommer 2024 deutlich, als die Grenzkontrollen wegen der Fußball-EM verschärft wurden und die Zahl der Illegalen signifikant sank. Italiens Verhalten ist der Beweis: Eine EU-weite Lösung gibt es nicht, gab es nie und wird es nicht geben – trotz aller scheinheiligen Bekundungen.



Löschen bei Böllerbeschluss: Die Feuerwehr im Einsatz in Berlin-Neukölln

Bild: imago/Marius Schwarz

Historischer Rückschlag

HANS HECKEL

Wenn die Opportunisten auf deine Seite wechseln, hast du gewonnen. Im Sinne dieser alten Weisheit hat der freiheitlich gesinnte Teil der Weltöffentlichkeit die Entscheidung von Meta-Chef Mark Zuckerberg (Facebook, Instagram), die zweifelhaften „Faktenprüfer“ aus seinem Unternehmen zu fegen, als wichtigen Erfolg gefeiert. Entsprechend versichert und erbot reagiert das links-autoritäre Lager.

Gleich nach Zuckerbergs Schritt hat eine womöglich viel weitreichendere Maßnahme die verglimmende Vormacht des links-woken Zeitgeistes weiter erschüttert: BlackRock, der weltgrößte Vermögensverwalter, ist aus dem Netzwerk von Weltkonzernen, Vereinten Nationen und Banken unter dem Dach des Weltwirtschaftsforums ausgeschieden, das die globale Ökonomie mit vereinter Macht zur „Klima-Neutralität“ zwingen will. BlackRock verwaltet ein Vermögen

von mehr als zehn Billionen US-Dollar, was einem Zehntel der gesamten Weltwirtschaftsleistung entspricht.

Als Großaktionär, der an praktisch allen bedeutenden Konzernen der westlichen Welt beteiligt ist (so an allen DAX-40-Unternehmen) kann BlackRock Vorstände auf Linie bringen. Mit einem Punktesystem wurden so auch „Klimaschutz“-Maßnahmen erzwungen. Die Banken in der globalen Klima-Liga lenken derweil die Kreditströme nach den entsprechenden Vorgaben.

Dass BlackRock mit dieser einmalig mächtigen Liga bricht, hat vor allem wirtschaftliche Gründe. So sehr drückte die ideologische Ausrichtung auf die Gewinne, dass dem Vermögensverwalter in den USA sogar Prozesse drohten, weil das Geld der Kunden nicht in deren bestem Interesse angelegt werde, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. Für die „Klimafront“ bedeutet BlackRocks Ausstieg jedenfalls einen historischen Rückschlag sondergleichen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto:

Commerzbank AG,
IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01,
BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:

redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

HERMANN MÜLLER

Ist immer noch aktuell, was Franz Josef Strauß im Jahr 1986 als Routineaktion der Politik auf schreckliche Verbrechen beschrieb? Laut der damaligen Diagnose des einzigartigen CSU-Urgesteins folgt nach dem Verbrechen als Akt eins, Bestürzung und Empörung als Akt zwei. Darauf folgend Akt drei: Der Ruf nach harten Maßnahmen. Akt vier besteht dann in der Warnung vor einer Überreaktion. „Fünfter Akt: Gar nichts. Sechster Akt: Übergang zur Tagesordnung“, so der damalige CSU-Chef.

Der Verdacht, dass diese Beschreibung auch nach Jahrzehnten immer noch gültig ist, stellt sich regelmäßig in den ersten Januar Tagen ein: Wie schon in den Vorjahren hat es auch beim letzten Silvester wieder bundesweit Gewaltexzesse gegeben. Im Raum steht nun sogar die Forderung, Böller in Privathand komplett zu verbieten. In Teilen der deutschen Hauptstadt war die Lage durch Böller-Attacken bereits so, dass sich Familien gar nicht mehr aus dem Haus getraut haben. Sie verzichteten aus Rücksicht auf Leib und Leben lieber gleich darauf, mit Knallern und Raketen das alte Jahr zu verabschieden.

Bomben aus Böllern bauen

Derweilen tobten sich gewalttätige Jugendliche, oftmals mit Migrationshintergrund, auf den Straßen Berlins mit illegalen Polen-Böllern und mit Kugelbomben aus. Gezündet werden dürfen diese besagten Kugelbomben hierzulande eigentlich nur von fachkundigen Personen. Ein Händler für Feuerwerkskörper kommentierte die drastische Wirkung solcher „Knallkörper“: „Da kannst du auch gleich mit Handgranaten Silvester feiern.“

Dessen ungeachtet sind in Polen und Tschechien Kugelbomben bislang frei verkäuflich. Auch die mittlerweile eingeführten Grenzkontrollen sind offenbar so lückenhaft, dass diese Silvester-Bomben in großer Zahl ins Land kamen. Die EU selbst hatte bereits 2014 gewarnt, dass Terroristen Silvester-Böllern zum Bombenbau nutzen können. Während Brüsseler Bürokraten sonst gern bis ins Detail regulieren oder schnell mal verbieten, wo es eher weniger zu verbieten gibt, sind die gefährlichen Kugelbomben in Polen und Tschechien noch immer frei verkäuflich.

In beiden Nachbarländern dürfen solche Silvesterartikel sogar das ganze Jahr über verkauft werden. Für eine bestimmte

Klientel, denen Gesetze offenbar ohnehin egal sind, dürfte es sowieso kaum einen Unterschied machen, ob Böller in Deutschland künftig verboten sind oder nicht. Resultat der Verbotsdiskussion könnte es sein, dass der Familienvater im Allgäu oder der Uckermark künftig auf

„Gewalttäter, die Polizei- und Einsatzkräfte angreifen, müssen die volle Härte des Gesetzes spüren“

Nancy Faeser
Bundesinnenministerin

das private Silvesterfeuerwerk verzichten muss, weil Polizei und Justiz in den Großstädten jugendliche Intensivtäter nicht davon abhalten können, zu Silvester Bürgerkrieg zu spielen.

Wie schon im Januar 2022 und im Januar 2024 sind nun wieder energiegeladene Forderungen zu hören. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) kündigte etwa an: „Gewalttäter, die Polizei- und Einsatzkräfte angreifen, müssen die volle Härte des Gesetzes spüren.“ Dabei stellt sich die Frage, welcher einigermaßen informierte Bürger soll den markigen Sprüche eigentlich noch glauben?

Im Dezember 2024 wurde bekannt, dass noch immer Verfahren zu den Berliner Silvesterkrawallen vom Jahreswechsel 2022/2023 offen sind. Eingeleitet hatte die Staatsanwaltschaft 102 Verfahren. Die Justiz stellt 40 Verfahren ein, lediglich in 23 Verfahren gab es Urteile. Gefordert hatten Berliner Spitzenpolitiker seinerzeit, bei jugendlichen Tätern müsse die Strafe „auf dem Fuße folgen“.

In besonders extremen Kontrast dazu steht der Fall eines Feuerwehrmanns, der mit seinen Kollegen bei den Silvesterkrawallen 2022/23, also bereits vor zwei Jahren, durch falschen Alarm in einen Hinterhalt gelockt wurde und dann massiv mit Pyrotechnik beschossen wurde. Obwohl seinerzeit ein Tatverdächtiger festgenommen und identifiziert werden konnte, ist bislang kein Gerichtstermin zustande ge-

kommen. Verbittert stellt der Feuerwehrmann mittlerweile die Frage: „Ist das die Härte der Justiz, von der Innenministerin, Bürgermeister und der Landesbranddirektor sprechen?“ Zu Recht stellt er fest: „Die Täter lachen uns aus.“

Wenn der politische Wille da ist, kann der deutsche Rechtsstaat durchaus mit Konsequenz und Härte vorgehen. Deutlich zeigt sich dies bei den Strafverfahren, die wegen Beleidigung und übler Nachrede von im politischen Leben stehenden Personen geführt werden.

Eine Frage der Ehre

Über Jahrzehnte war es in der Bundesrepublik Konsens, dass Politiker aufgrund ihrer exponierten Stellung mehr an Beleidigung zugemutet werden darf als normalen Bürgern. Wie diese konnten sich Politiker auch bislang gegen Beleidigungen juristisch wehren. Mit der Begründung, Hass und Hetze gegen Politiker würden immer mehr zunehmen, hat sich die Politik vor einigen Jahren allerdings eine gesonderte Regelung zur Strafverfolgung geschaffen. Diese Fälle werden von einigen Staatsanwaltschaften auch mit erstaunlicher Hartnäckigkeit verfolgt. Dies wirft Fragen zum Gleichbehandlungsgrundsatz auf: Ist die Ehre eines Politikers mehr wert als die eines Feuerwehrmanns?

Verwundert muss man auch feststellen, mit welcher Konsequenz einige Staatsanwälte vorgehen, wenn es um die angebliche Beleidigung von Politikern geht. Da wird kaum ein Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt, da ziehen sich die Verfahren auch nicht jahrelang hin.

Die Zahl solcher Strafverfahren geht mittlerweile in die Tausende. Obwohl die Unverletzlichkeit der Wohnung im Grundgesetz unter ganz besonderen Schutz gestellt wurde, ist es mittlerweile übliches Vorgehen von einigen Staatsanwaltschaften, bei Beleidigungen von Politikern Durchsuchungsbeschlüsse zu beantragen. Namhafte Juristen bezweifeln, ob dies verhältnismäßig ist. Keine Zweifel bestehen daran, dass solche Hausdurchsuchungen auch eine allgemeine Wirkung auf die Meinungsfreiheit im Land haben.

Jeder Fall bindet bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten obendrein personelle Ressourcen. Besser eingesetzt wären diese oftmals, um beispielsweise jugendlichen Intensivtätern und organisierter Kriminalität zu zeigen, dass es in Deutschland doch noch einen funktionierenden Rechtsstaat gibt.

ANALYSE

Wer glaubt die Sprüche noch?

Wie aus der Zeit gefallen

Caspar von Schrenck-Notzing: Der Doyen des deutschen Nachkriegskonservatismus hat eine Kriminalerzählung hinterlassen

VON ANSGAR LANGE

Caspar von Schrenck-Notzing (1927–2009) gilt als Doyen des bundesrepublikanischen Konservatismus. In seinem Nachruf auf ihn hat der frühere Chefredakteur der Tageszeitung „Die Welt“, Herbert Kremp, festgehalten: „Er galt als konservativer Literat, hätte aber in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien als geachteter Zeitgeistkritiker auftreten können, der überall gedruckt worden wäre.“

In hiesigen Breitengraden galten aber schon immer etwas andere, strengere Gesetze in puncto Meinungsfreiheit als in der übrigen westlichen Welt. So war Schrencks publizistische Tätigkeit vor allem auf die von ihm ins Leben gerufene und herausgegebene Zeitschrift „Criticón“ (1970–1998) beschränkt. Dieses intellektuelle Periodikum wurde neben Schrenck-Notzing vor allem von dem Schweizer Armin Mohler und anderen Autoren geprägt, die in der konservativen, konservativ-liberalen und rechten Publizistik Rang und Namen hatten. Vom internationalen Niveau her gesehen – der Herausgeber bot auch zahlreichen anglo-amerikanischen Autoren eine Publikationsmöglichkeit – hat „Criticón“ seitdem wohl keinen vergleichbaren Nachfolger gefunden.

Im Seewald-Verlag brachte der Enkel des Parapsychologen Albert Freiherr von Schrenck-Notzing und des Heimatschriftstellers Ludwig Ganghofer einige Bücher heraus. Mit am bekanntesten dürfte das Werk „Charakterwäsche“ (1965) sein, in dem der Autor die amerikanische Besatzungspolitik und ihre Folgen kritisch beleuchtet. Im Gegensatz zu anderen konservativen oder rechten Intellektuellen pflegte der Sohn des Rennstallbesitzers und Kommandeurs des Heeresrennstalls, Gustav von Schrenck-Notzing, keinen vulgär-Antiamerikanismus. Er nahm konservative Strömungen und Einflüsse aus den Vereinigten Staaten auf und kritisierte zugleich die offizielle US-Regierungspolitik gegenüber der Bundesrepublik.



Die „Schwere Reiterei“ steht in Schrenck-Notzings Kriminalerzählung im Fokus der Handlung: Deutsche Kürassierpatrouille in den Karpaten und in Russisch-Polen im Ersten Weltkrieg
Bild: pa/SZ Photo

In seinem Buch „Zukunftsmacher“ (1968) sezierte der Publizist den Siegeszug der neuen Linken in Deutschland. Und in der schmalen Schrift „Honoratiorendämmerung“ (1973) ging er mit der CDU ins Gericht. Schrenck hat sich aber immer bemüht, auch konservative Kreise innerhalb der Union zu erreichen. Alexander Gauland, damals noch fest im hessischen CDU-Milieu verortet, steuerte zahlreiche Beiträge vor allem über britische Geschichte und Literatur für „Criticón“ bei.

Wer sich für Schrencks Œuvre interessiert, dem sei vor allem der Band „Konservative Publizistik“ empfohlen, der seine Textbeiträge aus den Jahren 1961 bis 2008 umfasst und der von der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung zwei Jahre nach dem Tod des zuletzt zum Ka-

tholizismus konvertierten Publizisten herausgegeben wurde.

Und nun ein Krimi? Wie passt das zusammen? Im Wiener Karolinger Verlag ist jüngst eine zu Lebzeiten unveröffentlichte und unvollendete Kriminalerzählung Schrencks erschienen, die samt Vor- und Nachwort nur rund 100 Seiten umfasst. Der klassische Krimileser wird bei der Lektüre wohl kaum auf seine Kosten kommen. Dafür ist die Erzählung zu sehr fragmentarisch. Auch mangelt es ihr an Spannung. Derjenige, der die kulturpessimistische Feder des Autors und sein literarisches Können schätzt und vielleicht auch noch die eine oder andere „Criticón“-Ausgabe auf dem heimischen Dachboden hat, kommt jedoch auf seine Kosten.

Der Herausgeber Alexander Eiber war einst im Parteivorstand der CSU – inzwi-

schen ist der 1993 in Bayern geborene Journalist nicht mehr Mitglied der weiß-blauen Staatspartei – und forscht seit einigen Jahren zum Leben und Denken von Caspar von Schrenck-Notzing. Im Gegensatz zu den sehr wendigen Machtpolitikern Horst Seehofer und Markus Söder, für die Eiber einst im Strategiestab der CSU tätig war, dürfte das politische Denken Schrencks über ein höheres Maß an Kontinuität und Berechenbarkeit verfügen.

Zehn schöne schwarz-weiße Abbildungen liefern einen Einblick in die Lebenswelt von Schrenck am Starnberger See. Sein Vater Gustav diente im Ersten Weltkrieg als Schwerer Reiter (daher der Titel) beim Münchner Garderegiment Prinz Carl von Bayern. In seinem Vorwort, das die Erzählung einordnet, wertet

Eiber die Novelle weniger als Kriminalerzählung, sondern eher als „autobiographischen Schlüsselroman“. So erlange der Leser „Zugang zu wesentlichen Teilen der Biographie des Publizisten, politischen Schriftstellers und Intellektuellen Caspar von Schrenck-Notzing“. In der Figur des radelnden Ruheständlers Tryphon Karbunkel erkennt Eiber Schrenck wieder, der niemals einen Führerschein besaß und die Erzählung wohl um die Jahrtausendwende begonnen haben muss.

In seinem kurzen Nachwort zeichnet der Herausgeber den intellektuellen Lebensweg Schrencks nach, der wie sein früh verstorbener Vater immer auf Distanz zum NS-Regime geblieben war. Und auch in der Nachkriegszeit passte er sich nicht an und legte Wert auf Eigenständigkeit, die er sich ökonomisch auch leisten konnte. Nach verschiedenen Anläufen und Buchpublikationen entstand mit „Criticón“ „der Kristallisationspunkt einer heterogenen rechten Intelligenz“ (Alexander Eiber), wobei dort zum Beispiel auch christlich geprägte Konservative veröffentlicht werden konnten. Die Zeitschrift war sein Lebenswerk. In seinen späteren Jahren rief er noch das Rezensionsorgan „Unsere Agenda“ ins Leben, so wie auch „Criticón“ ursprünglich als ein solches geplant war.

Caspar von Schrenck-Notzing wurde am 23. Juni 1927 in München in eines der ältesten Patriziergeschlechter der Stadt geboren. Zeit seines Lebens war das Distanz-Halten seine hervorstechende Eigenschaft. Und auch seine Kriminalerzählung „Schwere Wetter, schwere Reiter“ wirkt wie aus der Zeit gefallen.

● Caspar von Schrenck-Notzing: **Schwere Wetter, schwere Reiter. Kriminalerzählung**, Herausgegeben von Alexander Eiber. Karolinger Verlag, Wien und Leipzig 2024, gebunden, 102 Seiten, 19 Euro.



HOCHSCHULKULTUR

Unwürdiges Theater

Die Entweihung einer nach einer jüdischstämmigen Frauenrechtlerin benannten Berliner Hochschule

Seit 1968 haben Hochschulbesetzungen und Störungen des Universitätsbetriebs Tradition, vor allem durch sogenannte K-Gruppen. Inzwischen werden die Hörsäle von ganz anderen Gruppen zweckentfremdet. In Berlin haben im vergangenen Jahr pro-palästinensische Aktivist:innen bereits die Humboldt- und die Freie Universität besetzt. Im neuen Jahr bot die ganz im Osten der Stadt in Hellersdorf beheimatete Alice-Salomon-Hochschule die Kulisse eines unwürdigen Polit-Schauspiels.

Dieses Mal schwenkten die Israel-Gegner über mehrere Tage hinweg ihre Palästinenserfahnen im Audimax und befestigten ein „Free Palestine“-Banner am Gebäude. Der Gipfel aber war, dass eine Büste der Namensgeberin dieser Bildungseinrichtung mit einer Kufiya, einem Palästinensertuch, bedeckt wurde. Die Frauenrechtlerin Alice Salomon gründete diese Bildungseinrichtung im Jahr 1908 als Soziale Frauenschule im Stadtteil

Schöneberg. Wegen ihrer jüdischen Herkunft emigrierte sie 1937 in die USA.

Der eigentliche Skandal ist, dass Rektorin Bettina Völter weder etwas gegen die Schändung noch gegen die Besetzung

unternahm. Als die Polizei anrückte, ließ sie diese vor der Tür stehen mit der Begründung: „Ich bin die Präsidentin der Hochschule. Ich habe Hausrecht. Ich habe Sie nicht gerufen.“ Wenn das Recht auf

freie Meinungsäußerung nur einer Seite eingeräumt wird, dann ist es um die Hochschulkultur hierzulande schlecht bestellt. Jüdische Student:innen werden sich genau überlegen müssen, einen Fuß in diese akademische Einrichtung zu setzen, obwohl diese nach einer jüdischstämmigen Sozialreformerin benannt ist. Alice Salomon konvertierte später zum Christentum.

Schon 2018 löste die Alice-Salomon-Hochschule eine Protestwelle aus, als ein am Gebäude aufgemaltes Gedicht des Lyrikers Eugen Gomringer wegen angeblichen Sexismus entfernt und durch eine andere Aufschrift ersetzt wurde. Diese Selbstzensur sah viele als einen Angriff auf die Kunstfreiheit. Dass sich die Hochschule die Freiheit nimmt, ausgerechnet jenen Fürsprechern einer Volksgruppe aus dem Nahen Osten, die nicht gerade als Vorkämpfer für die Frauenrechte steht, ein Forum zu geben, ist ebenso inkonsequent wie absurd. Harald Tews



Freiraum für Aktivist:innen: Pro-palästinensische Banner an der Alice-Salomon-Hochschule

● MELDUNG

Geldsegen für Preußenstiftung

Berlin – Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) kann auf eine deutliche Erhöhung der Fördermittel hoffen. So haben sich Bund und Länder auf ein neues Finanzierungsabkommen geeinigt, wonach die Beiträge zur Finanzierung der SPK ab 2026 um insgesamt zwölf Millionen Euro erhöht werden sollen. Der Bund allein wird davon neun Millionen Euro tragen. Das Finanzierungsabkommen ist Teil des umfangreichen Reformprozesses, mit dem die Preußenstiftung modernisiert werden soll. Unter dem Dach der SPK stehen die wichtigsten musealen Kultureinrichtungen Berlins wie die Staatlichen Museen zu Berlin mit der Museumsinsel und dem Kulturforum sowie auch die Staatsbibliothek zu Berlin oder das Geheime Staatsarchiv. Nach der Reform sollen diese Einrichtungen eine größere Selbstständigkeit erhalten. tws

NATIONALE VOLKSARMEE

Wie die DDR die Flucht über die Ostsee verhinderte

Von den Grenztruppen war die rund 2500 Mann starke 6. Grenzbrigade mit ihrem Stabsquartier in Rostock für die Küste zuständig

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Sicherung der 378 Kilometer langen Seegrenze der Sowjetischen Besatzungszone oblag zunächst der UdSSR. Diese übertrug die Überwachung der Ostseeküste und der vorgelagerten Dreimeilenzone der nunmehrigen DDR im Januar 1950 an die Grenzpolizei des Landes Mecklenburg, die sich nachfolgend „Grenzbereitschaft Küste“ nannte. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhielt sie 29 alte Kontrollboote unterschiedlichen Typs.

Im Mai 1952 begann die besagte Grenzereinheit mit der verschärften Absperrung der gesamten Ostseeküste sowie der landseitigen Grenze zur Bundesrepublik Deutschland zwischen Travemünde und Dassow. Dreieinhalb Jahre später, am 1. Dezember 1955, unterzeichneten die UdSSR und die DDR einen Staatsvertrag, der dem deutschen „Arbeiter- und Bauernstaat“ die uneingeschränkte Verantwortung für den Schutz seiner Seegrenze einräumte. Infolgedessen entstand am 14. August 1957 auf Weisung des DDR-Innenministers Generalleutnant Karl Maron die 6. Grenzbrigade, deren Stab in Rostock lag. Dem folgte am 1. November 1961 die direkte operative Unterstellung dieses Verbandes, dem nun etwa 2500 Mann angehörten, unter das Kommando des Chefs der DDR-Volksmarine, Konteradmiral Heinz Neukirchen. Außerdem kam es am 1. Januar 1962 zu einer nochmaligen Umbenennung in 6. Grenzbrigade Küste (6. GBK).

Zirka 6000 versuchten die Flucht

Die juristische Grundlage für deren Tätigkeit bildete ab dem 19. März 1964 die neue Grenzordnung der DDR. Dabei wurde zwischen der land- und der seeseitigen Grenzsicherung unterschieden. Landseitig kontrollierte die 6. GBK eine fünf Kilometer breite Grenzzone zwischen Pötenitz am Dassow-See im Westen und Altwarp am Oderhaff im Osten, die zwar kein Sperrgebiet war, in der aber diverse Meldepflichten und Auflagen für Bewohner und Touristen galten. Dazu kam ein 500 Meter



Als See-Grenzbeobachtungsturm (BT 11) gehörte er zu einer Reihe von ehemals 27 Türmen dieser Art an der Ostseeküste der DDR: Ostsee-Grenzturm Börgerende Foto: Pcpnik

tiefer Schutzstreifen von Rosenhagen bei Pötenitz bis Steinbeck bei Klütz. Diesen durften außer den diensthabenden Grenzposten nur noch ausgewählte Personen betreten, zu denen neben Mitarbeitern der Land- und Forstwirtschaft diverse SED-Kader sowie hohe Offiziere der 6. GBK und der Volksmarine gehörten, die hier gerne ihre feuchtfröhlichen „Admiralsjagden“ abhielten. Außerdem entstand zwischen der Halbinsel Priwall bei Pötenitz und dem Fischerdorf Brook eine 13 Kilometer lange und 3,5 Meter hohe Sperrmauer, welche „Grenzverletzer“ daran hindern sollte, an das Pötenitzer Wieck oder die Ostseeküste zu gelangen.

Zur weiteren landseitigen Absperrung der Seegrenze patrouillierten bewaffnete Postenpaare am Strand. Diese kamen aus

den acht Grenzkompanien von Brook bis Bansin. Andere Grenzschützer dienten in den zwölf Technischen Beobachtungskompanien, die insgesamt 24 Radaranlagen betrieben, die eine lückenlose Erfassung aller Überwasserziele in der südwestlichen Ostsee bis hinauf nach Fehmarn und Gedser erlaubten. Außerdem gab es noch 38 Beobachtungstürme, zu meist vom Typ BT-11, entlang der Küste, an deren Fuß nachts regelmäßig mobile Lichtbogen-Flak-Scheinwerfer sowjetischer Bauart auf SIL-130-Lkws Position bezogen und das Gelände im Umkreis von 18 Kilometern ausleuchteten.

Auf See befanden sich ständig vier der insgesamt 18 verfügbaren Vorpostenschiffe der Grenzschiiffabteilungen Saßnitz und Warnemünde. Meist kreuzten sie im

Bereich der Lübecker Bucht und vor Kühlungsborn und Graal-Müritz sowie zwischen Darßer Ort und Kap Arkona. Dabei handelte es sich um ausgemusterte Minensucher der Kondor-Klasse, die eine Geschwindigkeit von 20 Knoten erreichten und zwei 25-mm-Zwillings-Geschütze 2M-3 besaßen. Damit waren sie den Bundesgrenzschutzbooten der Neustadt-Klasse in jeder Hinsicht unterlegen. Deshalb war ein Nachfolgemodell geplant, wurde jedoch nie gebaut.

Außerdem standen permanent sechs kleinere Grenzboote vom Typ GB-23 „Bremse“ in den Zufahrten zu den Seehäfen von Wismar und Stralsund sowie im Libben und im Greifswalder Bodden. Diese gehörten zur 3. Grenzbootgruppe Barhöft und zur 6. Grenzbootgruppe Tar-

newitz. Im Sommer erfolgten zudem noch morgendliche Aufklärungsflüge über See, bei denen Maschinen des Marinehubschraubergeschwaders 18 „Kurt Bartel“ in Parow bei Stralsund vom sowjetischen Modell Mil Mi-8 und Mi-14 zum Einsatz kamen.

Mindestens 189 ertranken

Dieser enorme Aufwand führte dazu, dass rund acht Zehntel der schätzungsweise 6000 DDR-Bewohner, die schwimmend oder mit Hilfe von Luftmatratzen, Schlauchbooten und ähnlichem über die Ostsee in den Westen zu gelangen versuchten, gefasst wurden. Mindestens 189 Menschen ertranken bei einem Fluchtversuch. Das waren mehr, als an der Berliner Mauer starben. Einer der Flüchtlinge, die es nicht schafften, war der Obermaat Bodo Strehlow, der am 5. August 1979 das Grenzschiiff G-424 „Graal-Müritz“ entführen wollte und dafür eine lebenslange Haftstrafe erhielt, die erst Ende 1989 aufgehoben wurde. Letztlich blieb die einzige gelungene Fahnenflucht von Angehörigen der 6. GBK über See die der Mitglieder der Besatzung der G-423 „Pasewalk“, die sich am 24. August 1961 von Wismar nach Travemünde absetzten.

Mit der deutschen Vereinigung endete die Geschichte der 6. Grenzbrigade Küste, die bereits im Frühjahr 1990 aus dem Verband der Volksmarine herausgelöst worden war. Ihre hoheitsrechtlichen Aufgaben übernahm am 3. Oktober 1990 der Bundesgrenzschutz. Dieser nutzte drei der Grenzschiiffe bis zu ihrer Außerdienststellung in den Jahren 1995/96 weiter. Dahingegen verkaufte die Bundesrepublik die „Altentrepow“, die „Demmin“, die „Malchin“ und die „Templin“ an Tunesien, während die „Ueckermünde“ und die „Pasewalk“ nach Malta gingen. Dort wurde die „Ueckermünde“ 2007 versenkt und bildet seitdem eine Unterwasserattraktion für Tauchsportler.

● **Dr. Wolfgang Kaufmann** gehörte von 1976 bis 1978 erst als Matrose und dann als Obermatrose dem Stab des Grenzbataillons 4 in Tarnewitz an.

POLITISCHE GEWALT

Das erste dokumentierte tödliche Attentat mit einer Feuerwaffe

Mittels einer Arkebuse tötete James Hamilton of Bothwellhaugh am 23. Januar 1570 Schottlands Regenten aus dem Hinterhalt

James Stewart war der 1. Earl of Moray und seit der Abdankung seiner Halbschwester Maria Stuart als Königin von Schottland im Jahre 1567 Regent des Landes für deren 1566 geborenen Sohn Jakob VI. Am 23. Januar 1570 wurde Stewart bei einem Ritt durch die Stadt Linlithgow, zu jener Zeit Wohnsitz und eine der Hauptresidenzen der schottischen Könige, aus dem Hinterhalt ermordet. Das Besondere daran: Der Attentäter, James Hamilton of Bothwellhaugh, verwendete für seine Aktion keine Hieb- oder Stichwaffe, sondern eine Arkebuse.

Bei dieser frühen Feuerwaffe handelte es sich um eine Weiterentwicklung der schweren Hakenbüchse (Vorderlader) mit dem wesentlichen Unterschied, dass sie wegen ihres geringeren Gewichts als Handfeuerwaffe benutzt werden konnte. Vor 455 Jahren fand also erstmals in der Menschheitsgeschichte ein politisch motivierter Mord mittels einer Schusswaffe statt.

Die Hintergründe für diese Tat reichen einige Jahre zurück. Im Februar 1567

erlag der Ehemann der schottischen Königin Maria I. (Stuart) einem Anschlag. Als dessen Drahtzieher galt James Hepburn, 4. Earl of Bothwell, 1. Duke of Ork-

ney und Lord of Shetland, von dem es hieß, dass er schon seit geraumer Zeit der Liebhaber der Königin gewesen sei. Die Königin selbst wurde der Komplizen-

schaft verdächtigt. Der Verdacht schien sich zu bestätigen, als sie nur drei Monate nach der Tat James Hepburn heiratete – und zwar nach protestantischem Ritus, weil der nunmehrige Prinzgemahl im Gegensatz zu ihr dieses Glaubens war.

Das erzürnte nicht nur den Vatikan, sondern auch die katholischen Fürsten Europas und die schottischen Lords, deren Truppen Maria Stuart gefangen setzten. Man stellte sie vor die Wahl zwischen Bothwell und der Krone. Sie lehnte es ab, sich von Bothwell zu trennen, und wurde deshalb am 24. Juni 1567 gezwungen, zugunsten ihres Sohnes abzudanken, während ihr Ehemann nach Skandinavien floh.

Ihr Sohn war gerade einmal ein Jahr alt, als er als Jakob VI. zum König ausgerufen wurde. Für ihn übernahm Maria Starts Halbbruder James Stewart, 1. Earl of Moray, die Regentschaft. Dieser war 1531 aus einer illegitimen Beziehung zwischen Maria Stuarts Vater, Jakob V., und dessen Mätresse Lady Margaret Erskine-Douglas hervorgegangen und einer der

führenden Köpfe des schottischen Protestantismus. Das verärgerte die katholischen Anhänger der abgedankten Königin, die ihren Kampf mit den Protestanten fortsetzten, der bald zum Teil bürgerkriegsähnliche Ausmaße annahm.

In der Folge entstand aus einer Gruppe Königstreuer heraus der Plan zur Ermordung des Regenten. Den Auftrag erteilte vermutlich John Hamilton, Erzbischof von Saint Andrews und führender Kopf der Gegenreformation im Lande. Die Ausführung besorgte dann ein Neffe von ihm, James Hamilton of Bothwellhaugh.

Am besagten 23. Januar 1570 lauerte dieser James Hamilton im Schutze des Hauses seines Onkels, das an der Hauptstraße von Linlithgow lag, dem vorbeireisenden Earl of Moray auf und schoss dann mit besagter Arkebuse auf ihn. Das Opfer wurde schwer verwundet und erlag nur kurz darauf seinen Verletzungen. Der Attentäter konnte fliehen und ging ins Exil auf den Kontinent, während man seinen Onkel im Jahr darauf öffentlich hinrichtete. Wolfgang Reith



James Hamilton of Bothwellhaugh vor seinem Attentat: Illustration aus dem Jahre 1835



Auch einstige „Kraft durch Freude“-Schiffe wurden eingesetzt: Flucht aus Ostpreußen über die Ostsee vor 80 Jahren

Foto: ullstein bild - ullstein bild

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als der ehemalige Großadmiral und Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine Karl Dönitz am 6. Januar 1981 auf dem Waldfriedhof Aumühle östlich von Hamburg zur letzten Ruhe gebettet wurde, befanden sich unter den rund 5000 erschienenen Trauergästen auch viele Vertriebene aus Ostpreußen. Dies resultierte aus dem Umstand, dass Dönitz das Verdienst zukam, in den letzten Wochen und Monaten des Zweiten Weltkrieges für die Evakuierung von rund zweieinhalb Millionen Menschen aus Ost- und Westpreußen sowie Pommern gesorgt zu haben. Dafür hatte ihn bereits sechs Jahre vorher die Landsmannschaft Ostpreußen mit ihrer höchsten Auszeichnung, dem Preußenschild, geehrt.

Der Befehl zur Verschiffung der Zivilbevölkerung beziehungsweise verwundeter Wehrmachtssoldaten erging am 21. Januar 1945 vermittels des Kennwortes „Hannibal“. Die konkrete Gesamtleitung der Operation, die bis in den letzten Kriegsmonat lief und die größte maritime Rettungsaktion aller Zeiten darstellte, lag in den Händen zweier Offiziere. Das waren Generaladmiral Oskar Kummetz, der Chef des Marineoberkommandos Ostsee, und Konteradmiral Conrad Engelhardt, der Leiter der Abteilung Seetransporte der Wehrmacht.

Den Auslöser für Dönitz' Entscheidung, insgesamt 672 Passagierschiffe und Frachter sowie 409 Einheiten der Kriegsmarine auszuschicken, um mit deren Hilfe 1,42 Millionen Frauen, Kinder und alte Menschen sowie mehrere hunderttausend Verwundete nach Westen zu transportieren, bildete der Umstand, dass die ersten Panzerspitzen der Roten Armee bis ans Frische Haff vorgestoßen waren. Denn dadurch blieb für die Flucht auf dem Landweg nur noch die ebenso schmale wie exponierte Frische Nehrung übrig.

Untergang der „Wilhelm Gustloff“

Die Evakuierungsaktion begann am 25. Januar 1945 mit dem Auslaufen der großen Passagierdampfer „Robert Ley“, „Pretoria“, „Ubena“, „Duala“, „General San Martin“ und „Der Deutsche“, die bis dahin als Wohnschiffe für die Unterseeboots-Lehrdivisionen gedient hatten, aus dem Hafen von Pillau mit 25.000 Flüchtlingen und Verwundeten an Bord. Einige Tage später folgten weitere Dampfer und Kriegsschiffe, darunter der Leichte Kreuzer „Emden“, der nicht nur bedrängte Menschen mitführ-

te, sondern auch den Sarg mit dem Leichnam des früheren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg aus dem Tannenberg-Denkmal bei Hohenstein (siehe PAZ vom 10. Januar).

Allerdings erreichten nicht alle Rettungsschiffe ihre Zielhäfen in der Mitte und dem Westen Deutschlands. Verantwortlich hierfür war zum einen eine Minenoffensive der Royal Air Force und zum anderen der Einsatz sowjetischer U-Boote und Bomber. Die britischen Flugzeuge warfen bis Ende März 1945 bei 720 Einsätzen 3220 Seeminen in die Ostsee, auf die insgesamt 67 Schiffe liefen und anschließend untergingen, darunter das große Lazarettsschiff „Berlin“ und der Passagierdampfer „Hamburg“.

Am dramatischsten waren allerdings die Verluste durch Torpedos der U-Boote S-13 und L-3. Das von deutschen Konstrukteuren entwickelte S-13 unter dem Kommando des später wegen seiner Trunksucht entlassenen Kapitäns 3. Ranges Alexander Marinesko versenkte am 30. Januar 1945 das vormalige Kreuzfahrtschiff „Wilhelm Gustloff“. Die größte Seefahrtstragödie der Geschichte kostete wahrscheinlich bis zu 9300 Menschen das Leben. Elf Tage später versenkte das U-Boot das Lazarettsschiff „Steuben“. Das Ergebnis dieses Untergangs waren 4200 Tote. Die dritte höchst verlustreiche Versenkung erfolgte am 16. April, als das Garde-U-Boot L-3 des Kapitäns 3. Ranges Wladimir Konowalow vor Rixhöft auf den Flüchtlingstransporter „Goya“ stieß. Dieser brach nach zwei Torpedotreffern auseinander und riss um die 7000 Zivilisten und Verwundete in den Tod.

Rachsüchtige rote Kriegssieger

Sowohl Marinesko als auch Konowalow erhielten für ihre Taten die höchste Auszeichnung der UdSSR, die Ernennung zum „Helden der Sowjetunion“. Damit wurde unter anderem honoriert, dass sie sich durch den starken Geleitschutz durch Schiffe der 9. und 10. Sicherungs-

UNTERNEHMEN HANNIBAL

Gefährliche Flucht über die Ostsee

Nach der Einkesselung Ostpreußens durch die Rote Armee begann vor 80 Jahren die Evakuierung über See mit allem, was schwimmen konnte

division unter Fregattenkapitän Adalbert von Blanc und Konteradmiral Hans Büttow nicht abschrecken ließen.

Insgesamt gingen im Verlauf des Unternehmens Hannibal 245 der eingesetz-

ten 1081 Schiffe verloren. Bei 190 der Versenkungen konnten alle Schiffbrüchigen gerettet werden. Die übrigen Untergänge kosteten rund 35.000 Deutsche das Leben. Dass der Anteil derer, die während der Flucht übers Meer starben, mit 1,5 Prozent, gemessen an der Gefährlichkeit des Unternehmens, relativ niedrig lag, illustriert eindrucksvoll, mit wie viel seemannischer Meisterschaft die Kriegsmarine damals operierte.

Ein typisches Beispiel hierfür sind die Husarenstücke der Kommandanten von rund 50 deutschen U-Booten von U 56 bis U 3529, die zusammen rund 1500 Flüchtlinge, darunter auch Säuglinge, an Bord der ohnehin schon extrem beengten Stahlröhren nahmen und diese unversehrt nach Westen brachten, was bis heute als Wunder gilt.

Die Verwundeten- und Flüchtlingstransporte über die Ostsee wurden so lange als möglich betrieben. Die Evakuierungen aus Pillau endeten mit der Eroberung des Hafens durch die 39. sowjetische Armee unter Generalleutnant Iwan Ljudnikow am 25. April 1945. Noch länger währte die Rettungsaktion in Hela. Dort liefen in der Nacht zum 8. Mai die Frachter „Wesenberg“ und „Paloma“ sowie das Seebäderschiff „Rugard“ aus, die 7230 Personen an Bord hatten. Und selbst am 9. Mai machte sich um 1 Uhr noch der kleine Dampfer „Hoffnung“ auf den Weg. Er landete am 14. Mai 145 Menschen aus Ostdeutschland im schleswig-holsteinischen Flensburg an.

Der tiefsitzende Groll darüber, dass die Kriegsmarine die Rote Armee mit dem Unternehmen Hannibal militärisch düpiert hatte, führte während des Nürnberger Prozesses zur Forderung nach der Todesstrafe für Dönitz vonseiten der rachsüchtigen russischen Ankläger. Allerdings erhielt der vormalige Großadmiral zum Ärger Moskaus mit zehn Jahren Haft eine geringere Strafe, weil die Briten und Amerikaner seinen Fall in deutlich anderem Licht sahen.

Die große Evakuierung

1,42

Millionen Frauen, Kinder und alte Menschen wurden evakuiert.

Hinzu kamen Hunderttausende Verwundete.

1081

Schiffe kamen zum Einsatz. Davon waren 672 Passagierschiffe und 409 Einheiten der Kriegsmarine.

245

dieser Schiffe gingen verloren.

35.000

Deutsche überlebten die Untergänge ihrer Schiffe nicht.

3220

Seeminen warfen britische Kriegsschiffe bei 720 Einsätzen bis Ende März 1945 in die Ostsee im Rahmen einer Minenoffensive der RAF.

67

Schiffe liefen auf diese Minen und gingen anschließend unter.

GOGGOMOBIL

Das Ding aus Dingolfing

Häufig führt die Motorisierung einer Gesellschaft über motorisierte Zweiräder zu Autos, die dann mit wachsendem Wohlstand größer werden. Am Anfang steht das Bedürfnis, selbstbestimmt und unabhängig schnell von einem Ort zum anderen zu kommen. Wenn der Wohlstand zunimmt, folgt dem häufig der Wunsch, dabei die Familie mitnehmen zu können und es während der Fahrt warm und trocken zu haben. So war es auch in der Bundesrepublik. Die Hans Glas GmbH trug dem Rechnung.

Das 1883 im niederbayerischen Pilsting bei Dingolfing von Hans Glas als Landmaschinenfabrik gegründete Familienunternehmen brachte 1951 den Goggo-Roller heraus. Seinen Namen verdankte der meistgekaufte Motorroller der Republik dem jüngsten Enkelkind des Firmengründers, das den Kosenamen „Goggo“, „Goggi“ oder „Goggo“ trug. „Goggo“ heißt auf Bayerisch so viel wie Gockel oder Hahn. 1956 wurde die Produktion eingestellt, nachdem der Übergang zum Automobilbau gelungen war.

Der Automobilbau begann beim bisherigen Landmaschinen- und Motorrollerhersteller vor 70 Jahren. Am 19. Januar 1955 lief der erste Kleinstwagen bei Glas vom Band. Das Lastenheft, die Anforderungen an dieses Produkt sind legendär. „Schaut's, dass ihr irgendein Fahrzeug herbringt, wo vier Personen Platz haben, und es darf nicht mehr kosten wie ein Motorrad mit Seitenwagen und Bekleidung“, zitiert Hans Glas' Sohn Andreas seinen



Goggomobil

Vater. Zu der Frage, wie das Unternehmen diese 3000 D-Mark verwenden soll, sind durch einen ehemaligen Mitarbeiter die folgenden Vorgaben des Firmenchefs an seine Ingenieure überliefert: „Ihr habt tausend Mark für Material, tausend Mark für die Produktion, und die letzten Tausend will ich verdienen.“ Das gerne mal als „Floh mit Auspuff“ oder „Hustendrops auf Rädern“ charakterisierte Gefährt trug analog zum Goggo-Roller den Produktnamen „Goggomobil“.

Anfänglich gab es das Fahrzeug nur mit einem Motor von 250 Kubikzentimetern Hubraum. Der brachte nur zehn Kilowatt Leistung, doch hatte die Winzigkeit des Motors den Vorteil, dass zum Führen des Wagens der eigentlich für Zweiradfahrer gedachte Führerschein der Klasse 4 ausreichte. Ab 1957 standen dann auch Motoren mit dreihundert und vierhundert Kubikzentimetern zur Verfügung, die immerhin bis zu 15 Kilowatt leisteten.

Außer größeren Motoren gab es ab 1957 auch teurere Karosserien zusätzlich im Angebot. Zur Standardlimousine Goggomobil T kam das schicke Coupé Goggomobil TS und der nicht zuletzt von der Bundespost genutzte Transporter Goggomobil TL. Insgesamt 284.491 gebaute Exemplare machten das Goggomobil zum erfolgreichsten Kleinstauto weltweit. Der wachsende Wohlstand ließ jedoch nach der Zweirad- auch die Kleinstwagenwelt abebben. 1969 wurde die Produktion eingestellt. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Kampf gegen kritische Stimmen und oppositionelle Medien kommen in den Demokratien des Westens mittlerweile immer härtere Bandagen zum Einsatz. Eines der neuesten Instrumente, um unliebsame Meinungen möglichst wirksam zu unterdrücken, ist das sogenannte De-Banking. Dieser Begriff steht für die Kündigung der Bankkonten von Personen, Unternehmen oder Organisationen aus politischen Gründen.

In der Bundesrepublik ereignete sich der erste derartige Fall im Jahre 2000. Damals traf es die Partei Die Republikaner. Ein Jahr später kündigte die Postbank dann auch ihre Geschäftsbeziehungen zur konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Weitere Leidtragende des De-Banking aus dem als „rechts“ bezeichneten Spektrum waren seit 2018 beispielsweise die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung, die Publizisten Ken Jebsen alias Kayvan Soufi-Siavash, Boris Reitschuster, Alexander Wallasch und Hadmut Danisch sowie die alternativen Medien „Apolut“, „Manova“, „Fassadenkratzer“ und „Compact-Magazin“.

Darüber hinaus wurden aber auch Exponenten der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) und Kritiker der Corona-Maßnahmen wie Bodo Schiffmann, Markus Haintz, Anselm Lenz und Gunnar Kaiser sowie die Produktionsfirma Ovalmedia und der Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie zum Opfer des De-Banking.

Spendenaufkommen bricht ein

Nach Recherchen des Online-Magazins „Multipolar“ gab es allein seit 2020 um die 40 Kündigungen von Konten, die augenscheinlich politisch motiviert waren, wobei die Zahl von Jahr zu Jahr gewachsen sei. Für die Betroffenen waren die Entscheidungen der Banken in jedem Falle wirtschaftlich fatal. Durch die Schließung und Neueröffnung von Konten sowie die notwendigen organisatorischen Maßnahmen entstanden erhebliche Kosten. Zudem ging das Spendenaufkommen um bis zu 50 Prozent zurück, weil viele bisherige Unterstützer es versäumten, neue Daueraufträge einzurichten.

Angesichts dessen, dass der ebenso lautlose wie effektive Kampf gegen abweichende Meinungen mithilfe der Banken eine ständige Intensivierung zu erfahren scheint, stellen Kritiker die Frage, ob hier eine konzertierte und gesteuerte Aktion abläuft. Dabei lautet die Antwort letztlich „Jein“, denn oftmals agieren die Geldinstitute völlig aus eigenem Antrieb. Der Hauptgrund dafür könnte in der Angst vor einer Rufschädigung liegen. Die Bankvorstände, welche sich gegenüber den Verwaltungs- und Aufsichtsräten sowie der Öffentlichkeit und der Gesamtheit der



Wenn nichts mehr geht: Kontosperrungen sind zur politischen Waffe geworden

Bild: picture alliance/CHROMORANGE/Michael Bihlmayer

MEINUNGSFREIHEIT

Wie politischen Abweichlern der finanzielle Hahn zuge dreht wird

„De-Banking“ als Waffe gegen Oppositionelle: Kontokündigungen ziehen kritischen Stimmen regelrecht den Boden unter den Füßen weg – Die Bundesregierung schaut zu

Kunden verantworten müssen, fürchten möglicherweise Schmähkritik in den Medien, wenn sie Geschäfte mit als rechts- oder linksextrem stigmatisierten Kunden oder „Verschwörungstheoretikern“ machen. Dazu kommt das vitale Interesse, sich gegenüber den staatlichen Kontrollinstanzen nicht zu exponieren.

Immerhin kann die dem Bundesfinanzministerium unterstehende Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) einer Bank teure Auflagen erteilen, wenn sie zu der Ansicht gelangt, dass das Geldinstitut „Reputationsrisiken“ eingegangen sei. Wobei für eine solche Bewertung negative Berichte in den konventionellen oder sozialen Medien ausreichen können. Daran anknüpfend befürchten die Führungspersonen in Banken möglicherweise Zweifel an ihrer beruflichen Eignung gemäß den Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht. Hierfür genügen ebenfalls schon Verdächtigungen im Hinblick auf wie auch immer geartete

Kontakte zu „Extremisten“. Insofern verfügen politische Aktivisten und Medien über die Möglichkeit, Banken unter Druck zu setzen. Und das tun sie tatsächlich in reichlichem Maße, wobei es sich stets um Protagonisten aufseiten der Linken handelt.

„Einmalig in Demokratien“

Besonders stark in Erscheinung traten hier „Die Tageszeitung“ („taz“) und „Der Tagesspiegel“ sowie das wegen seiner fehlerbehafteten „Enthüllungen“ berühmte, staatlich geförderte Medienunternehmen Correctiv. Davon zeugt etwa der Correctiv-Artikel vom 11. Dezember 2023 unter dem Titel „Neues von der Volksbank, der die Extremisten trauen“. In diesem Fall war die Volksbank Pirna gemeint, welche auf die Denunziationen hin schließlich das Konto des Online-Magazins „Apolut“ kündigte. Gleichzeitig spielt der Verfassungsschutz eine wichtige Rolle im System des De-Bankings. So durch-

forsten Mitarbeiter der Commerzbank, die sich teilweise im Staatsbesitz befindet und seit 2009 Konten aus politischen Gründen kündigt, laut dem Wochenmagazin „Focus“ regelmäßig die Verfassungsschutzberichte, „um mutmaßliche Verfassungsfeinde zu identifizieren“.

Außerdem wären da noch die Finanzermittlungen seitens des deutschen Inlandsgeheimdienstes wegen angeblich „volksverhetzender und gewaltorientierter Bestrebungen“. Diese wirken wie eine indirekte Aufforderung an die Adresse der Banken, die in Verdacht geratenen Kunden schärfstens unter die Lupe zu nehmen und gegebenenfalls Kündigungen auszusprechen.

Geht es nach Innenministerin Nancy Faeser, sollen die Bankauskünfte an den Verfassungsschutz noch weiter „entbürokratisiert“ werden. Dann würde bereits der Umstand ausreichen, dass der Kontoinhaber zu einer „gesellschaftlichen Einflussnahme“ fähig sei, was auf Medien

natürlich stets zutrifft. Mit Blick auf all dies warnte der frühere Finanzminister von Mecklenburg-Vorpommern, Mathias Brodtkorb (SPD): Der Verfassungsschutz „verfolgt Menschen, bevor sie eine Straftat begangen haben, das macht kein anderer Inlandsgeheimdienst in westlichen Demokratien“.

Dass das De-Banking durchaus im Regierungsinteresse liegen könnte, ergibt sich zudem daraus, dass die Bundesregierung keinerlei Bereitschaft zeigt, diese hochproblematische Praxis wahrzunehmen, geschweige denn zu unterbinden. Vielmehr erklärte die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth (Grüne): „Uns ist das Phänomen von Kontokündigungen bei ... Medien nicht bekannt.“ Und das Finanzministerium meinte kurz und bündig, geschäftspolitische Entscheidungen lägen „im freien Ermessen“ der Kreditinstitute. So bleibt den Betroffenen letztlich nur der Klageweg.

MEDIEN

Richter weisen Angriff auf die Pressefreiheit in die Schranken

Der Fall „Compact“: Die Kündigung des Kontos durch eine Sparkasse war rechtswidrig, urteilt das OVG Sachsen-Anhalt

Im April 2024 kündigte die Mittelbrandenburgische Sparkasse der Compact-Magazin GmbH, welche eine Publikation gleichen Namens herausgibt, das Geschäftskonto. Vier Monate später erließ Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein Verbot der Gesellschaft, dessen Vollzug jedoch am 14. August vom Bundesverwaltungsgericht weitestgehend außer Kraft gesetzt wurde.

Dennoch verweigerte die am neuen Geschäftssitz der Compact-Magazin GmbH ansässige Sparkasse Burgenlandkreis die Einrichtung eines Girokontos für das Medienunternehmen. Deswegen reichte dieses vor dem Oberverwaltungs-

gericht Sachsen-Anhalt Klage gegen das Geldinstitut ein. Daraufhin gelangte das Gericht am 21. November 2024 zu dem Urteil, dass die Sparkasse dem Ansinnen der Compact-Magazin GmbH nachkommen müsse.

Dies begründeten die Magdeburger Richter folgendermaßen: Grundsätzlich seien Sparkassen dazu verpflichtet, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit geldwirtschaftlichen Leistungen sicherzustellen. Gleichzeitig habe die Klägerin ein Grundrecht auf Gleichbehandlung mit anderen Geschäftskunden beziehungsweise Medienunternehmen. Daran ändere auch die Beobachtung durch den Verfas-

sungsschutz nichts – zur Verwirkung von Grundrechten bedürfe es einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

Darüber hinaus, so das Gericht, „ist die Sparkasse im Bereich der staatlichen Daseinsvorsorge“ tätig, also „Teil der vollziehenden Gewalt“ und schon „insoweit unmittelbar an die Grundrechte gebunden“. Das gelte trotz der privatrechtlichen Natur von Girokontoverträgen, wie der Bundesgerichtshof bereits im März 2003 geurteilt habe. Konkret ergebe sich der Anspruch auf Gleichbehandlung, wenn die Sparkasse Geschäftsbeziehungen zu anderen Institutionen ähnlicher Art unterhalte, was hier ganz klar der Fall sei.

Ebenso stelle das bisherige staatliche Vorgehen gegen die Compact-Magazin GmbH kein tragfähiges Differenzierungskriterium dar, welches einer Gleichbehandlung am Ende doch noch im Wege stehen könnte. In diesem Punkt wurde das Gericht besonders deutlich: Es liege nicht im Ermessen des Geldinstitutes, selbst nach Gründen für eine Ungleichbehandlung des Medienunternehmens zu suchen, wenn kein offizielles Verbot aufgrund einer zweifelsfrei bestätigten Verfassungsfeindlichkeit vorliege.

Und zu guter Letzt könne die Sparkasse Burgenland der Compact-Magazin GmbH das Girokonto auch nicht unter

Verweis auf das Geldwäschegesetz verweigern. Nach aktueller Lage der Dinge gebe es keinerlei belastbare Belege dafür, dass die Klägerin die Sparkasse Burgenlandkreis daran hindern werde, ihren Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit der Überwachung und Meldung von finanziellen Transaktionen nachzukommen.

Mit dieser glasklaren Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Magdeburg sind die Medien wie Privatpersonen hierzulande nun vor willkürlicher Kontoverweigerung oder -kündigung zumindest vonseiten der Sparkassen geschützt – solange keine höhere Instanz eine anderslautende Entscheidung trifft. W.K.



KÖNIGSBERGER TIERGARTEN

Der steinige Weg zu einem modernen Zoo

Erfolge und Herausforderungen – Viel hat sich in den vergangenen Jahren getan, doch für manche Großprojekte fehlt das Geld

VON CARSTEN KALLWEIT

Der Königsberger Tiergarten ist einer der beliebtesten Orte der Stadt. Jedes Jahr wird er von Hunderttausenden Menschen besucht: nicht nur von Touristen, sondern auch von Einheimischen. In den letzten Jahren hat der Zoo mehrere Großprojekte zum Bau neuer und zur Renovierung alter Gehege geplant. Aufgrund von Finanzierungsproblemen mussten viele davon jedoch aufgeschoben werden.

Der Besucherverkehr im Zoo steigt seit Jahren kontinuierlich. Ein Glück im Unglück: Die Corona-Pandemie führte zu einem starken Anstieg der (Binnen-)Touristenzahlen in der Region. Schon zuvor hat die Zoodirektion einen ganz klaren Zusammenhang zwischen Investitionen in die Entwicklung des Tiergartens und den Besucherzahlen festgestellt. Und eine der wohl einfachsten und richtigsten Entscheidungen, die zum ersten deutlichen Anstieg der Besucherzahlen führte, wurde bereits 2012 von der damals neuen Direktorin Svetlana Sokolowa getroffen: Alle Gehege wurden repariert und die maroden Gehege neu gestrichen. Danach war das frustrierende Gefühl der Zerrüttung verschwunden und innerhalb von ein paar Jahren stieg die Besucherzahl um fast 100.000 Personen.

Darauf folgten einige große Neueröffnungen wie das Tropenhaus (früher ein Affenhaus) und das Haus für Tropenvögel. Und jedes Mal brachte dies einen neuen Zustrom von Besuchern mit sich. Vor 15 Jahren war der Tiergarten im Winter zu zehn Prozent von Touristen und zu 90 Prozent von Einheimischen besucht worden. Im Sommer lag damals der Touristenanteil bei 30 Prozent. In den letzten Jahren haben sich diese Anteile völlig verändert. Derzeit machen Touristen bis zu 70 Prozent der Besucher aus, gleichzeitig kommen aber auch viele Stammgäste aus der Stadt und ihrer Umgebung.

Derzeit besuchen über 600.000 Menschen den Zoo jedes Jahr. Er ist neben der Kurischen Nehrung und dem Museum der Weltmeere eine der drei meistbesuchten Attraktionen der Region. Der allgemeine Anstieg der Touristenströme in der Regi-



Besonderheit des Königsberger Tiergartens: Viele Objekte stammen noch aus deutscher Zeit wie das Bärengehege und der Springbrunnen. Sie stehen unter Denkmalschutz Bilder: Shutterstock

on hatte somit natürliche Auswirkungen auch auf die hiesigen Besucherzahlen.

Das Gelände des Königsberger Tiergartens ist 16 Hektar groß. Hier gibt es nicht so viele Tiere wie im Moskauer oder Berliner Zoo. Als die Direktion des Tiergartens im Jahr 2012 ein neues Konzept zur Weiterentwicklung des Zoos erarbeitete, stand die Frage nach der künftigen Nutzung der begrünten Flächen im Mittelpunkt. Will man mehr Tiere, müsste man mehr Gehege bauen. Wenn man weitere Gehege baut, müssten die Grünflächen im Tiergarten weichen.

Einzigartig und schützenswert

Dies ist erstens deshalb nicht möglich, weil es sich beim Königsberger Tiergarten um ein Kulturdenkmal und ein besonders geschütztes Naturgebiet handelt. Deshalb muss jede Rodung gut begründet sein. Zweitens sprechen sich sowohl externe Experten als auch die Bürger der Stadt für den Erhalt dieser Oase der Ruhe in der Innenstadt aus. Aus diesem Grund gibt es auch heute noch im Zoo relativ große Pufferzonen zwischen den Gehegen. Daher steht der Zoo vor einer sehr schwierigen Aufgabe: die Entwicklung des Geländes so zu planen, dass sich die Besucher wohl

fühlen und es gleichzeitig viel zu präsentieren gibt. Denn im Zoo geht es in erster Linie um Tiere.

Der Königsberger Tiergarten ist einer von drei historischen Zoos in der Russischen Föderation. Die ältesten sind die von Moskau (1864), St. Petersburg (1865) und Königsberg (1896). Alle anderen Zoos im Land wurden in der Sowjetzeit gebaut. Das heißt, sie unterscheiden sich in ihrem Stil völlig von denen des 19. Jahrhunderts. In der Regel handelt es sich um eine recht vereinfachte minimalistische Variante der Gestaltung.

Auf dem Gelände des Königsberger Zoos befinden sich neben einem Museum, das an die Geschichte bis 1945 erinnert, elf geschützte Kulturdenkmäler und Bauwerke aus der Vorkriegszeit, darunter ein Springbrunnen, das Gesellschaftshaus, das Bärenhaus, ein Gehege für Flossenfüßer und die zentrale Fußgängerbrücke. Das heißt, landesweit ist der Zoo absolut einzigartig.

Der Zoo verfügt über genügend Geld für den laufenden Unterhalt (Nebenkosten, Tierfutter, Medikamente, Gehälter und kleinere Reparaturen). Etwa ein Drittel der Kosten deckt ein zweckgebundener Zuschuss in Höhe von umgerechnet

etwa einer Million Euro von der Königsberger Stadtverwaltung, und zwei Drittel, also umgerechnet etwa zwei Millionen Euro, verdient der Zoo selbst. Das reicht aber nur für den laufenden Unterhalt. Die Kosten großer Investitionen können enorme Summen betragen. Beispielsweise kostet ein neues Bärenhaus mehr als drei Millionen Euro und der Wiederaufbau einer Anlage für Robben wird auf rund sechs Millionen Euro geschätzt.

Unterhalt verursacht hohe Kosten

Der Zoo ist aber auch eine der Hauptattraktionen für Touristen, insbesondere für Familien. Der Zoobesuch beeinflusst die Entscheidung eines Touristen über die Dauer seines Aufenthalts in der Region. Ein solcher Besuch beträgt mindestens einen halben Tag. Und das bringt der gesamten Region zusätzliche Einnahmen – für Hotels, Verpflegung in Gastronomiebetrieben und den Kauf von Souvenirs.

Fast ein Zehntel seines Jahresbudgets gibt der Zoo für den Einkauf von Tierfutter aus. Dabei wird sehr gutes Futter für den Zoo eingekauft, zum Beispiel auch Honig, Blütenpollen, Garnelen. Im Allgemeinen werden einige der Lebensmittel, mit denen Tiere im Zoo gefüttert werden,

von Otto Normal-Bürgern nur für den Feiertagstisch gekauft.

Der Zoo hat einen relativ großen Personalbestand, nämlich rund 150 Mitarbeiter. Davon sind 60 Personen reines Zoofachpersonal, das sich um die Betreuung der Tiere kümmert. Viel Geld geht für Wasser in Schwimmbecken drauf. Wegen fehlender Mittel kann sich der Zoo die Installation von Wasseraufbereitungssystemen derzeit nicht leisten. Wenn das neue Robben-Projekt jedoch umgesetzt wird, verfügt er über ein Kreislauf-Wasseraufbereitungssystem, das nur einmal im Jahr frisches Wasser benötigt. Auch für Strom zahlt der Zoo einen hohen Betrag, da ein großer Teil noch immer mit Strom beheizt wird. Außerdem kommen viele Speziallampen für Tiere zum Einsatz.

Hoher Aufwand für den Erhalt

Der Aufwand ist daher groß – der Zoo hat ein beträchtliches Gelände, rund 70 Gebäude und Bauwerke, fast dreitausend Bewohner unterschiedlichster Art: kriechend, kletternd, fliegend und springend.

Eine große Herausforderung für den Zoo sind seine alten Teiche. In der Nähe des Großen Teichs befindet sich ein Brunnen aus deutscher Zeit. Das Wasser aus dem Brunnen floss früher in den Großen Teich, von dort in den Doppelteich, dann weiter und wurde letztendlich in den naheliegenden Bach abgeleitet. Aus veterinärmedizinischer Sicht ist dies nicht mehr möglich. Das Einleiten von Wasser in einen Bach ohne Kläranlage ist verboten. Der Große Teich ist nicht tief, im Sommer bilden sich darin krankmachende Bakterien und Algen. Die Teichufer aus Beton sind verfallen, was nicht ganz ungefährlich ist. Die Zoodirektion möchte dieses Objekt unbedingt mit modernen Methoden rekonstruieren lassen.

Im vergangenen Jahr wurden viele historische Skulpturen im Tiergarten restauriert. Je länger sie ungepflegt blieben, desto schlimmer war ihr Zustand. Fast alle Skulpturen wurden inzwischen fachgerecht restauriert. Restaurierungsbedürftig sind lediglich die Skulptur des Orang-Utans von Arthur Steiner aus dem Jahr 1931 und das 1930 von Georg Fugh geschaffene Denkmal für Walther von der Vogelweide geblieben.

ALLENSTEIN

Das strafende Auge des großen Bruders

Die neuartige Ampelanlage „RedLight-System“ registriert mit Kameras Rotlichtverstöße und zu schnelles Fahren

Allenstein ist eine von immer mehr Städten in der Republik Polen, die auf das sogenannte RedLight-System setzen. Neben der Geschwindigkeitsmessung können die Geräte Verstöße wie das Überfahren einer roten Ampel erfassen. Das System funktioniert mit hochpräzisen Kameras. Einige dokumentieren die Position des Fahrzeugs und die Haltelinie, während andere die Ampelphasen und die Einfahrt in die Kreuzung überwachen. Die aufgenommenen Fotos und Videos werden automatisch an eine zentrale Stelle gesendet, wo sie von Mitarbeitern der Verkehrsleitzentrale geprüft werden.

Die einzige derartige Anlage in Allenstein befindet sich an der Kreuzung Sikors-



Wegen Kameras gemieden: Kreuzung bei der „Ermländischen Galerie“ Bild: D.K.

kiego-Allee/Synów-Pulku- und Tuwima-Straße, die im südlichen Stadtteil ein neuralgischer Verkehrsknotenpunkt ist. Die Statistik zeigt, dass die Kontrollrichtung sehr lukrativ ist: In den ersten drei Quartalen des letzten Jahres wurden 2000 Rotlichtverstöße registriert. Die verhängten Bußgelder summierten sich auf umgerechnet 234.000 Euro.

In den ersten Monaten nach der Einführung waren die Einnahmen am höchsten – ein deutliches Zeichen für den Lerneffekt bei den Verkehrsteilnehmern. Ein Rotlichtverstoß wird in Polen mit knapp 120 Euro Bußgeld geahndet, doch schlimmer sind die 15 Strafpunkte, die dafür vergeben werden. Zum Vergleich: In Deutsch-

land verliert man den Führerschein bei acht Punkten in der Flensburger Verkehrsünderkartei, während in Polen 24 Punkte die Grenze darstellen. Interessanterweise hat dieses Überwachungssystem in Allenstein eine so abschreckende Wirkung, dass viele die Kreuzung meiden. Statt die vielbefahrene Strecke zu nutzen, wählen sie längere Umwege durch Wohngebiete wie Nagórki, um den gelben Kameras an der Kreuzung beim Einkaufszentrum „Ermländische Galerie“ zu entgehen. Dieses Beispiel zeigt, wie Überwachungstechnologien nicht nur die Sicherheit, sondern auch das Verhalten im Straßenverkehr beeinflussen können – manchmal mit unerwarteten Konsequenzen. Dawid Kazanski

Wir gratulieren...

**ZUM 108. GEBURTSTAG**

Scharnowski, Werner, aus Pfaffenheim, Kreis Ortelsburg, am 22. Januar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Bartuleit, Ernst, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Faerber, Anna-Elise, geb. Possekel, aus Ebenrode, am 18. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Dreipelcher, Horst Dr. med., aus Lyck, am 19. Januar
Mäder, Gerda, geb. Janzik, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

Mekwinski, Hildegard, geb. Lissek, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar

Pfeiffer, Irene, aus Osterode und Lötzen, am 19. Januar

Rohde, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 19. Januar

Stoll, Willy, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dembeck, Helmut, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 21. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ehlers, Ingrid, geb. General, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

Kohn, Heinz, aus Wehlau, am 22. Januar

Lang, Waltraut, geb. Zahlmann, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Pelludat, Christel, geb. Kalex, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar

Pusch, Gerda, geb. Polenz, aus Weischkitten, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Acksel, Irmgard, geb. Kowalzik, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 20. Januar

Baatz, Anneliese, geb. Schenk, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Bialowons, Rudolf, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar

Gayk, Maria, geb. Gygk, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 18. Januar

Graf, Irene, geb. Klimach, aus Paterswalde Süd, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Kleinschmitt, Manfred, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 20. Januar

Poerschke, Paul-Gerhard, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 23. Januar

Rathje, Hildegard, geb. Janzik, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

Sagitzi, Erika, geb. Sagitzi, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Strasdeit, Heinz, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

Warda, Edith, geb. Diederich, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 21/22, am 19. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Cordes; Irmgard, geb. Kohn, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Hipel, Günter, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 18. Januar

Knischewski, Dagobert, aus Lyck, Danziger Straße 11, am 23. Januar

Koch, Erna, geb. Karohs, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 17. Januar

Mund, Helene, geb. Tonnius, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

Prigge, Maria, geb. Modregger, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 19. Januar

Trimpop, Ruth, geb. Schwill, aus Georgenthal, Kreis Mohrunen, am 19. Januar

Warda, Bruno, aus Lyck, am 21. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Begett, Herbert, aus Fischhausen, am 21. Januar

Berg, Gerhard, aus Eisselbitten, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

Haedelt, Eva, geb. Waaga, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Januar

Kellmann, Antonie, geb. Piwelk, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 20. Januar

Leiteritz, Ruth, geb. Wölk, aus Linkenau, Kreis Mohrunen, am 20. Januar

Pilath, Heinz, aus Ortelsburg, am 20. Januar

Reichardt, Irmgard, geb. Rogait, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

Sandau, Reinhard, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

Scharmberg, Käthe, geb. Lappe, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 18. Januar

Tenzler, Inge, geb. Radek, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 18. Januar

Viohl, Gerlinde, geb. Krause, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 22. Januar

Wickert, Renate, geb. Buchholz, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

Wiemann, Elfriede, aus Neidenburg, am 18. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Czwella, Heinz, aus Klenzkau, Kreis Neidenburg, am 23. Januar

Genz, Rosalie, geb. Zelinski, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, und Neuhausen-Trausitten, Kreis Fischhausen, am 17. Januar

Hegemann, Klara, geb. Geiser, Kreisgemeinschaft Wehlau

Niebage, Hildegard, geb. Allenbacher, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Januar

Sobotka, Horst, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 17. Januar

Wenzel, Erna, geb. Biallas, aus Soffen, Kreis Lyck, am 21. Januar

Zimmer, Johann, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brodda, Heinz, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 21. Januar

Buchholz, Elfriede, geb. Derda, aus Goldenau-Katrinfelde, Kreis Lyck, am 17. Januar

Feldmann, Edeltraut, geb. Kamutzki, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 18. Januar

ANZEIGE

Plidder pladder - Regenschirm

Hochwertiger
Stockschirm
mit
Automatikfunktion,
100 cm
Durchmesser,
Kunststoffgriff und
Stahlstock,
Gewicht: 340 g

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@ostpreussen.de

Je
30,- Euro
incl. Porto und
Verpackung

Frank, Christel, geb. Wysotzki, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 19. Januar

Germershausen, Dorothea, geb. Holstein, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. Januar

Horn, Bruno, aus Keipern, Kreis Lyck, am 23. Januar

Jeckstadt, Ingeborg, geb. Kudies, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 22. Januar

Ragnitz, Willi, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 18. Januar

Weyh, Traute, geb. Kappeller, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

Wittke, Siegfried, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 20. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ananias, Helmut, aus Vickenau, Kreis Neidenburg, am 20. Januar

Böhm, Horst, aus Lyck, am 21. Januar

Borg, Irene, geb. Kraft, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Brüggmann, Irmgard, geb. Neumann, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Büchner, Helga, geb. Faber, aus Babenten, Kreis Sensburg, am 23. Januar

Hornickel, Lydia, geb. Przykopp, aus Borken, Kreis Treuburg, am 22. Januar

Jondral, Werner, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. Januar

Kirsch, Helga, geb. Rosinski, aus Rostken, Kreis Lyck, am 17. Januar

Lubert, Gerda, geb. Jortzik, aus Langsee, Kreis Lyck, am 18. Januar

Meschkauskiene, Charlotte, Stanschus, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Januar

Prange, Ulrich, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Spickschen, Ingolf, aus Woydieten, Kreis Fischhausen, am 20. Januar

Thieme, Helga, geb. Bogumil, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 20. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bethke, Dieter, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Januar

Beutler, Werner, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 20. Januar

Fischer, Margret, geb. Rohmann, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar

Friedrich, Erika, geb. Sanio, aus Gollen, Kreis Lyck, am 20. Januar

Hoffmann, Ruth, geb. Petereit, aus Coadjuthen, Kreis Heydekrug, am 21. Januar

Jaquet, Dieter, aus Neidenburg, am 22. Januar

Klein, Erika, geb. Glatkowski, aus Neidenburg, am 19. Januar

Kudies, Horst, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 17. Januar

Meier, Irmtraut, geb. Sobotka, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 21. Januar

Pfaff, Renate, aus Königsberg, am 10. Dezember

Ruppenstein, Christel, geb. Barteit, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

Ryk, Ulrich, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 23. Januar

Seiler, Helga, geb. Reuter, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 18. Januar

Spehr, Gisela, geb. Gobin, aus Ebenrode, am 17. Januar

Tolksdorf, Arnold, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 22. Januar

Zimare, Rosemarie, geb. Lemke, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 17. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Krafft-Ebing, Gabriele, geb. Sradnick, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 22. Januar

Zusendungen für die Ausgabe 5/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 5/2025 (Erstverkaufstag 31. Januar) **bis spätestens Dienstag, den 21. Januar**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

15. bis 16. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

25. bis 27. April: Kulturseminar in Helmstedt

26. bis 27. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrien

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof Hof

Vorsitzender Christian Joachim begrüßte alle herzlich und freute sich, dass so viele Mitglieder erschienen waren. Er wünschte viel Glück und Gesundheit im neuen Jahr und gratulierte den Geburtstagskindern der vergangenen Wochen. Anschließend ließ er das Jahr 2024 Revue passieren. Die Themen reichten von Immanuel Kant über Agnes Miegel bis zu Martin Luther und seinem Einfluss auf Ostpreußen. Sie widmeten sich der Eisenbahn und der Volksabstimmung 1920. Aber auch jahreszeitliche Themen wie Muttertag und Advent durften nicht fehlen. Besonders beliebt waren die Treffen, bei denen gemeinsam gegessen wurde. Im Februar gab es Königsberger Klopse. Am Tag der Heimat im Oktober wärmten sich die Hofer Ostpreußen mit ihren Gästen bei Schnitzel und Kartoffelsalat auf. Im Jahr 2025 wird über die ost- und westpreußischen Grenzen hinausgeschaut.

In den Vorträgen wird es um die anderen Vertreibungsgebiete (Schlesien, Sudetenland, Pommern und Siebenbürgen) gehen. Zweite Vorsitzende Jutta Starosta versicherte, dass auch die bewährten Themen wie Muttertag, Advent und das gemeinsame Essen nicht vergessen werden. Außerdem plant der Bund der Vertriebenen verschiedene Aktionen im Museum Bayerisches Vogtland. Die Ausstellung „Ungehört – die Geschichte der Frauen“ richtet ihren Blick auf Erfahrungen und Schicksale, Verluste, Erfolge und Leistungen von Frauen in den

Jahren der Flucht, Vertreibung und Integration. Sie wird von Mai bis September zu sehen sein. Christian Joachim schloss mit der Bitte, der Landsmannschaft treu zu bleiben und konstatierte, dass die Gruppe sehr stolz auf ihre Aktivitäten und den regen Besuch sein könne.

Dem Kassenbericht von Elisabeth von Lossow folgte der Kassenprüfbericht durch Gert Oehler, der ihr eine übersichtliche Kassenführung und dem Vorstand den verantwortungsvollen Umgang mit den Vereinsgeldern bescheinigte. Die Entlastung des Vorstandes erfolgte einstimmig. Dieser wird auch im kommenden Jahr in bewährter Weise weiterarbeiten. Jutta Starosta berichtete danach von den Aktivitäten der ostpreußischen Volkstanzgruppe, die Auftritte, Fortbildungen und Fahrten absolvierte. Anschließend stellte sie die Jahreslosung 2025 „Prüft alles und behaltet das Gute!“ und ihre Gedanken dazu vor. Nach ein paar organisatorischen Hinweisen und der Begrüßung eines neuen Mitgliedes endete der offizielle Teil mit der Geschichte von den Glückbohnen.

Das nächste Treffen findet am 08. Februar bereits um 13 Uhr statt. Es gibt Königsberger Klopse und allerlei Interessantes rund um die Esskultur in der alten Heimat. Um Anmeldung wird gebeten.

**Die PAZ
zum Probelesen
Vier Wochen gratis
Telefon (040) 41400842**

Nürnberg - Dienstag, den 28. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1. Ende der U1. (Langwasser gegenüber)
Ein Reisebericht über Westpreußen und die Marienburg mit Gunnar Adolphi.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Martin Schröder, Ostpreuße und Patriot, verstorben mit 100 Jahren

Ein wahrhafter Ostpreuße und deutscher Patriot ist von uns gegangen: Martin Schröder, geboren am 10. November 1924, verstarb am 20. Dezember 2024, nur wenige Wochen nach seinem 100. Geburtstag. An seinem Geburtstag, den er im Kreis seiner Familie mit vielen Freunden und Bekannten feierte, verließ ihn der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft. Mit großer Freude empfing Martin Schröder diese Ehrung, doch nur wenige Wochen später versagten seine Kräfte.

Martin Schröder wurde in Sargen, im Kirchspiel Tiefensee (Kreis Heiligenbeil), geboren. Königsberg war von dort kaum 50 Kilometer entfernt. Mit 54 ha war der Schrödersche Hof der kleinste von fünf Höfen in Sargen, doch der wirtschaftlich wertvollste. Vater Albert wird als arbeitsam und allen technischen Neuerungen aufgeschlossen beschrieben. Die Erziehung von Martin und seiner fünf Geschwister erfolgte in preußisch-protestantischem Geist. Auch in seinem Vornamen sah er einen Bezug zu dem Reformator, der mit der Aussage „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemandem untertan“ sein Denken und Handeln beeinflusst habe. 1942 wurde Martins Vater von den Nationalsozialisten ermordet, was ihn prägte

und bestimmend war für seine kritische Sicht auf alle -ismen, auf den Nationalsozialismus und den Kommunismus, aber auch für seine Zweifel an der Vertriebenenpolitik in Deutschland, an der Geschichtswissenschaft und an den Medien. Hierzu und zu politischen Geschehnissen äußerte sich Martin Schröder in zahlreichen Leserbriefen und Buchveröffentlichungen.

Ende 1942 wurde Martin Schröder als Soldat eingezogen und zunächst an der Ostfront eingesetzt. Im Spätsommer 1944 fand er sich als Soldat in Würzburg wieder, wo er in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet. Erst im Januar 1948 wurde er entlassen. Im gleichen Jahr lernte er seine spätere Frau Hildchen (Hildegard) kennen, die ebenfalls aus Ostpreußen stammte. 1952 entschlossen sich beide, in die USA auszuwandern, kehrten aber schon 1955 nach Deutschland zurück. Hier bewährte sich Martin Schröder erfolgreich in verschiedenen, meist selbständigen, Berufen. Zwei Töchter und ein Sohn wurden den Eltern geboren. Nach der Verrentung Martin Schröders folgte nicht etwa ein Ruhestand, sondern ein neuer Schaffensschub. Nun wurde aus einem bislang geschäftlich und privat agierenden Menschen ein Aktivist im besten Sinne. Er begann Bücher zu schreiben, war an Buchprojekten Dritter mit Aufsätzen oder Gedichten beteiligt und wandte sich bis ins hohe Alter mit einer Vielzahl von Leserbriefen und Petitionen an oberste und obere staatliche Stellen. Er, der politische Mensch, hatte eine Meinung, vertrat diese vehement, war streitbar und scheute keinen Konflikt. Obwohl in lebenslanger Opposition zum NS-Regime stehend, trieb ihn gleichwohl sein Leiden an der Ungerechtigkeit des öffentlichen Blicks auf die Hitlerzeit zum Einspruch: „Seit Ende des Zweiten Weltkriegs lassen wir uns unsere

Geschichte diktieren und verlieren dadurch unsere Alltagsfreiheit. Dabei sind die Siegermächte alles andere als sanft mit dem deutschen Volk umgegangen. Im Ausland darf man dies zur Sprache bringen. Auch wir müssen lernen, unsere Vergangenheit differenzierter zu betrachten: „Was heute noch gilt, ist bloß die halbe Wahrheit“ (aus seiner Schrift „Von Halbwahrheiten zum Patienten Deutschland“). Mögen seine Worte einst in Erfüllung gehen und mögen jene, die ihn kannten und schätzten, sein Engagement fortsetzen. Ruhe in Frieden, Martin Schröder.

Wilhelm Kreuer



Sachsen-Anhalt

Vorsitzender: Michael Gründling, Dorotheenstraße 1, 06108 Halle, Tel. privat (0172) 3566475

Der langjährige stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe und Landesobmann der Westpreußen, Pfarrer i.R. Siegmund Bartsch und seine ostpreußische Ehefrau Hanna geborene Aust waren am 31. Dezember 2024 - 70 Jahre verheiratet. Zu diesem seltenen Jubiläum der Gnadenhochzeit fand am 4. Januar in der Naumburger Marienkirche ein Gottesdienst statt. Glückwünsche kamen vom Landesbischof, vom Ministerpräsidenten und vom Bundespräsidenten. Siegmund

**PAZ
wirkt!**

Bartsch, jetzt 94 Jahre alt, war lange Jahre Pfarrer in Poserna bei Weißenfels. Er hat viele Beiträge über seine westpreußische Heimat und seine Heimatstadt Danzig veröffentlicht. Die Grüße und Wünsche der Landesgruppe überbrachte Udo Nistripke.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Einladung zum Preußentag

Kiel - Die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Schleswig-Holstein lädt zu ihrem traditionellen Preußentag am Sonntag, den 19. Januar ein.

Der Preußentag findet in Kiel im „Haus der Heimat Kiel“, Wilhelmminenstraße 47-49 statt. Beginn 10. Uhr

Programm:

TOP 1 Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Dieter Wenskat
TOP 2 Vortrag: Der Ehrenvorsitzende Edmund Ferner referiert über das Flüchtlingsdrama mit der *Wilhelm Gustloff* 1944/45

TOP 3 Vortrag: Die deutsche Geschichte im Geschichtsunterricht heute, Studienrätin Verena Eckloff

Mittagspause

TOP 4 Preußischer Humor mit Greta Heykena an der Klampfe

TOP 5 Vortrag: Eine interaktive Reise durch das heutige Ostpreußen Spurensuche auf Zuruf mit Bertram Graw

Kaffeepause

TOP 6 Allgemeine Frage und Sprechstunde

Umlage für Mittag und Kaffeetafel 21,00€

Gäste sind herzlich Willkommen

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket**



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGEN


Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@dom-kom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Am-selstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Martin Schröder verstorben

Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil trauert um Landsmann Martin Schröder, der am 20. Dezember 2024 verstarb.

Am 10. November 2024 konnte er noch mit rund einhundert Familienangehörigen und Freunden seinen 100. Geburtstag feiern. Von Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen,

bekam er an seinem Ehrentag das Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen.

Martin Schröder wurde in Sargen, Kirchspiel Tiefensee, geboren. Seine Eltern waren Albert Schröder und Berta, geb. Paschke. Er wuchs mit fünf Geschwistern auf dem elterlichen Hof auf. Die Familie hatte einen großen

Hof mit insgesamt 55 Hektar und betrieb Landwirtschaft in allen Bereichen. Der Familienzusammenhalt war gut und eng.

In mehreren Büchern, zuletzt in seinem Buch „Lebenserinnerungen eines Ostpreußen mit 98“ berichtete er über sein Leben in Ostpreußen und machte seine persönlichen Erinnerungen als Zeitzeuge der Auswirkungen zweier Weltkriege zugänglich. Dafür sind ihm nachfolgende Generationen dankbar.

Nun hat sich ein erfülltes, immer eng mit Ostpreußen verbundenes, Leben vollendet.

Wir trauern um Martin Schröder und werden ihn in wertschätzender Erinnerung behalten.

Viola Reyentanz
Kreisvertreterin


Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de

Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Nachricht für die „Neidenburger“ und Freunde der Kreisgemeinschaft.

Wir hoffen, dass Sie den Weihnachtsheimatbrief ausgiebig studiert haben und sich damit gut unterrichtet gefühlt haben. Bei

Bedarf sind noch einige Exemplare erhältlich. Wir arbeiten schon fleißig am Pfingstheimatbrief, der auch wieder recht ansprechend gestaltet wird. Vergessen Sie nicht „Mitglied in der Kreisgemeinschaft Neidenburg zu werden, da Sie dann den Heimatbrief automatisch, kostenlos zugesandt bekommen.

Weiterhin möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Eine Busreise vom 14. bis 22. Juni nach Neidenburg geplant wird. Übernachtet wird wieder im schönen Hotel Gawra in Wikno (Wickenau), direkt am Omulefsee.

Zusteigemöglichkeiten sind nach Absprache möglich. Da noch einige Plätze frei sind, bieten wir die Reise an dieser Stelle noch einmal an. Die Preise können erst nach Feststehen der Teilnehmerzahl errechnet werden.

Mit herzlichen Grüßen im neuen Jahre, Ihr

Kreisvertreter Ulrich Pokraka

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Der richtige Weg,
anderen vom
Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu
geben, ist eine
Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

**Dora Kiefer**

geb. Glagau

* 14.08.1923 in Bergau/Samland
† 02.12.2024 in Lehnitz/Brandenburg

Ein Leben in vier deutschen Regionen:
Ostpreußen bis 1945,
Niedersachsen, Bonn und dann Brandenburg.

**Sohn Jochen mit Silvia
die Enkel Monika, Ursula Heike, Sonja,
Ulrike mit Lukas
und den Urenkeln Fynn und Sofia**

Wir sind einen langen Weg gegangen,
durch Glück und auch durch Leid.
Was wir auch angefangen, wir waren stets zu zweit.
Nun bist du fortgegangen, zurück bleib ich allein,
jedoch in meinem Herzen, wirst du immer bei mir sein.

Ingeborg Rach

geb. Ortlepp

* 7. Juni 1930 † 21. Dezember 2024

In liebevoller Erinnerung nehmen wir Abschied

**Hans Rach
Karin Rach mit Paulina
Birgit Reuther geb. Rach und Thomas
mit Laura und Marc-Leo
Frank und Nicole Rach
mit Daniel, Denise und Kyra**

Trauerhaus Rach c/o Bayer Bestattungshaus,
41564 Kaarst-Büttgen, Driescher Straße 11

Die Trauerfeier und Beisetzung haben im Familienkreis auf dem Friedhof in Büttgen stattgefunden.

Kulturzentrum Ostpreußen

Die Ausstellung **Steinzeugen – Fotografien mittelalterlicher Architektur zwischen Danzig und Königsberg** läuft vom 14. Januar bis zum 30. März.

Das neue Jahr beginnt im Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, mit einer Ausstellung zu steinernen Zeugen zwischen Danzig

und Königsberg. Die Fotografien des Kunsthistorikers Christof Herrmann dokumentieren die Spuren, die die Ereignisse und Begebenheiten der zurückliegenden Jahrhunderte auf der materiellen Oberfläche der Bau- und Denkmäler im Preußenland hinterlassen haben.


STEINZEUGEN / NIEMI ŚWIADKOWIE

FOTOGRAFIE MITTELALTERLICHER ARCHITEKTUR ZWISCHEN DANZIG UND KÖNIGSBERG / FOTOGRAFIE ARCHITEKTURY ŚREDNIOWIECZNEJ MIĘDZY GDAŃSKIEM I KRÓLEWCEM.

EINE AUSSTELLUNG VON CHRISTOFER HERRMANN UND DER KULTURSTIFTUNG DER DEUTSCHEN VERTRIEBENEN.

14. JANUAR 2025 – 30. MÄRZ 2025

IM KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN IM DEUTSCHORDENSSCHLOSS ELLINGEN

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN
SCHLOSSSTR. 9
91792 ELLINGEN/BAY.

ÖFFNUNGSZEITEN:
DIENSTAG – SONNTAG
10-12 UND 13-16 UHR
TELEFON 09141 86440

Aufruf der Beauftragten der Länder für deutsche Heimatvertriebene und (Spät-)Aussiedler - 2025: Achtzig Jahre Flucht und Vertreibung

Vor fast fünf Jahren, im Frühjahr 2020, haben wir, die Beauftragten der Länder für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler, gemeinsam des 75. Jahrestages des Kriegsendes gedacht und dabei an die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten erinnert. Angesichts der seinerzeit grassierenden Corona-Pandemie war es leider nicht möglich, diesen Anlass so zu begehen, wie es ihm angemessen gewesen wäre. Umso wichtiger ist es, im kommenden Jahr 2025 das Schicksal der von Flucht, Vertreibung und Deportation Betroffenen zu würdigen, sich ihres Leidens zu erinnern und Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen.

Dabei dürfen wir nie vergessen, dass die Vertreibung und Deportation von vielen Millionen Deutschen und Angehöriger anderer Völker aus ihrer Heimat zum Anfang des zweiten Weltkrieges und nach dem Zweiten Weltkrieg eine Vorgeschichte hatten: Schließlich war das nationalsozialistische Deutschland verantwortlich für einen, vor allem im östlichen Europa, mit äußerster Brutalität geführten Eroberungs- und Vernichtungskrieg und den Völkermord an den europäischen Juden. Die Erinnerung daran und der Imperativ des „Nie wieder“ sind un-

verzichtbarer Bestandteil unserer Gedenkkultur und nationalen Identität. Sie impliziert zugleich aber auch die Verantwortung und den Auftrag, sich stets für Frieden in Freiheit, für Demokratie und Menschenwürde einzusetzen und Krieg, Völkermord und Vertreibungen zu bekämpfen.

Die Erinnerung an Flucht, Vertreibung vor achtzig Jahren und die bereits zeitlich davor vollzogene Deportation der Deutschen in Russland ist umso wichtiger, als Europa (und leider nicht nur Europa, denken wir z. B. an den Nahen Osten) heute wieder ein Kontinent ist, in dem Angriffskriege geführt, nationaler Hass geschürt und Menschen massakriert und vertrieben werden. Nach den vom Drang nach „ethnischer Säuberung“, nationalen und religiösem Hass befeuerten Kriegen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo in den neunziger Jahren sind es heute der russische Überfall auf die Ukraine mit seinen mittlerweile in die Hunderttausende gehenden Opfern und Millionen von Heimatvertriebenen, und die von der Weltöffentlichkeit weder zur Kenntnis genommene noch sanktionierte Vertreibung fast der gesamten armenischen Bevölkerung aus Berg-Karabach, die uns fassungslos machen.

Diese Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart belegen, welche Folgen es hat, wenn Vertreibung nicht geächtet, wenn ihre Geschichte nicht umfassend aufgearbeitet und im kollektiven Gedächtnis verankert wird. Das Jahr 2025 bietet nun die Chance, sich gemeinsam mit den noch lebenden Zeitzeugen der damaligen Ereignisse von Flucht, Vertreibung und Deportation zu erinnern. Wir gedenken der dabei und in Internierungs- und Arbeitslagern Getöteten, der Verwehrten, der zur Zwangsarbeit Verschleppten und der unzähligen Vergewaltigungsoffer. Viele der Gewaltexzessen, Not, Hunger, Kälte, Krankheiten und allgegenwärtiger Willkür Betroffenen blieben lebenslang traumatisiert, wobei gerade Frauen, Kinder, Alte und Kranke zu leiden hatten und haben. Diese Traumatisierung wirkt in Folgegenerationen nach. Wiewohl in ihrer neuen Heimat oft unwillkommen und diskriminiert, haben die Vertriebenen wesentlich zum Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg beigetragen. Aussiedler und Spätaussiedler trugen zur positiven Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere nach der Wiedervereinigung, bei. Besonders zu würdigen ist aber, dass die Vertriebe-

nen schon wenige Jahre nach Kriegsende den Völkern des östlichen Europas die Hand zur Versöhnung gereicht haben. Trotz ihres schweren Verlusts haben sie sich als Brückenbauer um die Einheit und Zukunft Europas verdient gemacht und setzen sich vereint mit Aussiedlern und Spätaussiedlern in der Gegenwart und Zukunft weiterhin dafür ein.

*Dr. Jens Baumann
Beauftragter für Vertriebene
und Spätaussiedler im Freistaat
Sachsen*

*Walter Gauks
Ansprechperson für Deutsche
aus Russland, Spätaussiedler
und Vertriebene*

*Heiko Hendriks
Beauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen für die Belange
von deutschen Heimatvertriebenen,
Aussiedlern und Spätaussiedlern*

*Andreas Hofmeister MdL
Beauftragter der Hessischen
Landesregierung für Heimatvertriebene
und Spätaussiedler*

*Dr. Petra Loibl MdL
Beauftragte der Bayerischen
Staatsregierung für Aussiedler
und Vertriebene*



Heimatkreisgemeinschaften



Jahresbilanz 2024 des Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler des Landes Baden-Württemberg

Der Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler des Landes Baden-Württemberg, Minister Thomas Strobl, blickt zurück auf das Jahr 2024 zurück und zuversichtlich in das Neue Jahr 2025.

„Die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa bestärkt uns, an dem gemeinsamen Ziel eines geeinten und friedlichen Europas festzuhalten und uns weiterhin dafür stark zu machen“, so der Stv. Ministerpräsident, Innenminister und Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler Thomas Strobl.

Das Jahr 2024 war ein ganz besonderes Jahr: Nicht nur die Bundesrepublik Deutschland feierte ihr 75-jähriges Bestehen, sondern auch einige landsmannschaftliche Vereinigungen. So wurden etwa im Jahr 1949 in Stuttgart die Landesgruppe Südwest der Siebenbürger Sachsen und die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn gegründet. Für den Landesbeauftragten Thomas Strobl stehen der frühe Auf- und Ausbau tragfähiger landsmannschaftlicher Organisationen sinnbildlich für die große Tatkraft, Zielstrebigkeit und den Gemeinschaftssinn der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgenommenen Vertriebenen und Flüchtlinge. „Ohne den Einsatz und die Leistungsbereitschaft der Heimatvertriebenen hätten wir in Baden-Württemberg nicht

das Wohlstandsniveau erreicht, das wir heute haben,“ ist Minister Thomas Strobl überzeugt.

Zu den weiteren Jubiläen, die im vergangenen Jahr gefeiert wurden, gehörten die 25-jährige Patenschaft des Landes Baden-Württemberg für die Landsmannschaft der Banater Schwaben und das 50-jährige Bestehen der in Stuttgart errichteten Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen.

Die Wiederöffnung des Hauses der Donauschwaben in Sindelfingen im März 2024 war ein weiterer Höhepunkt. In der überaus gelungenen Sanierung des Gebäudes sowie der inhaltlichen Neuausrichtung des Hauses für ein breiteres Publikum sieht der Innenminister eine „vielversprechende Investition in die Völkerverständigung, an der sich das Land mit rund 900.000 Euro beteiligte“.

Am Tag der Heimat im September 2024 dankte Minister Thomas Strobl dem Bund der Vertriebenen – Landesgruppe Baden-Württemberg und den Landsmannschaften für ihr ausdrückliches Bekenntnis zu Versöhnung und Frieden in einem geeinten Europa, das bis heute Grundlage ihrer täglichen Arbeit ist. Der unermüdliche Einsatz dieser Organisationen und ihrer Untergliederungen habe wesentlich dazu beigetragen, die EU-Osterweiterung erfolgreich voranzubringen. „An dem gemeinsamen

Ziel eines geeinten und friedlichen Europas wollen wir festhalten und uns weiterhin dafür stark machen“, so der Appell des Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler Thomas Strobl in seiner Festrede.

Beste Erinnerungen verbindet Thomas Strobl darüber hinaus mit der Verleihung der Hauptpreise des Schülerwettbewerbs „Nachbarn im Osten“, den das Innenministerium alljährlich gemeinsam mit dem Kultusministerium aus schreibt. Er lief es sich nicht nehmen, im Juli 2024 die Preise und Urkunden persönlich zu überreichen und mit den Preisträgerinnen und Preisträgern, deren Lehrerinnen und Lehrern und Eltern ins Gespräch zu kommen. Die prämierten Schülerarbeiten wurden über mehrere Wochen im Atrium des Innenministeriums ausgestellt.

Die Jahresbilanz lässt den Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler zuversichtlich in die Zukunft blicken: „Vor allem junge Menschen dafür zu gewinnen, sich mit den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten im östlichen Europa auseinanderzusetzen, halte ich für sehr wichtig. Jede Veranstaltung, jede Ausstellung und jedes Projekt zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, die das Innenministerium initiiert oder unterstützt, ist ein Baustein für unser gemeinsames europäisches Haus.“

ANZEIGE

Von Wilfried Schaudienst „Die große Intrige“

Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg und jetzt der Ukraine-Krieg haben ihre Wurzeln in den Ursachen und Folgen des Ersten Weltkrieges. Deutschland war 1919 gezwungen worden, zu erklären, dass es mit Österreich-Ungarn die alleinige Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges hat. Die Verbündeten Großbritannien, Frankreich und Russland sahen mit ihrer gewaltigen militärischen Übermacht nur in einem Krieg die Möglichkeit, die sensationelle Entwicklung Deutschlands zu stoppen. Das von Bismarck 1871 geschaffene Deutsche Reich musste wieder in Kleinstaaten zerschlagen werden, um die eigene Weltmachtstellung zu sichern. Da sie nicht als Aggressoren verurteilt werden wollten, musste Deutschland dazu gebracht werden, den Krieg zu erklären. Dies gelang mit einer groß angelegten Intrige, hervorgegangen aus dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger. Die 8. Auflage des Buches hat 267 Seiten, erhältlich für 15,90 €, portofrei. Bestellung unter: intrige@freenet.de



Ostpreussisches Landesmuseum

Dienstag, 21. Januar, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: Bilder von Ostpreußen. Der Fotograf Fritz Krauskopf, Vortrag mit Jan Rüttinger in der Reihe „Museum Erleben“. Das heutige Bild von Ostpreußen wurde vor allem durch die meisterhaften Fotografien von Fritz Krauskopf geprägt. Der Fotograf mit seinen Ateliers in Cranz und Königsberg hielt das Leben, die Natur und die Städte Ostpreußens bis Ende 1944 in unzähligen, zum Teil heute als ikonisch angesehenen Bildern fest. In seinem Vortrag gibt Jan Rüttinger Einblicke in die Tätigkeit von Fritz Krauskopf und stellt bedeutende Fotografien und deren Rezeption vor. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 22. Januar, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: Dorpat und die Grüne Kiste: eine deutschbaltische Familiengeschichte, Lesung mit der Autorin Sophie Pannitschka. „Was habe ich mit dem Schicksal meiner Großmutter zu tun?“ Mit dieser Frage be gibt sich Sophie Pannitschka auf eine Spurensuche, deren Ausgangspunkt ein Ring und eine grüne Kiste mit Dokumenten, Aufzeichnungen und Fotos sind. Nach und nach erschließt sich ihr die Geschichte ihrer Familie, einer renommierten Dorpater Fotografendynastie, die über drei Generationen hinweg die baltische Fotokunst geprägt hat. Besonders intensiv verfolgt sie den Lebensweg ihrer Großmutter Dagmar Schulz, welche Ende des 19. Jahrhunderts in Dorpat geboren wurde und die folgenschweren politischen und gesellschaftlichen Umbrüche des Ersten und Zweiten

Weltkriegs erlebte, bis sie 1947 in Stuttgart ein neues Leben begann. In der Lesung berichtet die Autorin von den Entdeckungen und Erfahrungen ihrer Reise in die Vergangenheit und erzählt, wie es ist, Antworten auf lang verschwiegene Fragen zu finden und manchmal auch unbeantwortete Fragen zurücklassen zu müssen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7,- Euro, ermäßigt 4,- Euro, Kinder und Jugendliche unter 19 Jahre frei, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonal puzzle.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

6x6 Diagonal puzzle grid with numbers 1-6 in the first column.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Dienstgrade. 1 asiatischer Halbesel, 2 Verschleiß, Abnutzung, 3 Lake, Salzlösung, 4 Viereck, 5 anfangs, vorab, 6 italienische Stadt an der Adria

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Kosmetikartikel.

1 Begriff beim Pharaospiel, 2 Bergmann; Ritterbegleiter, 3 Fußballbekleidung (Mehrzahl), 4 oxidiert, 5 gehässig (umgangssprachlich)

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of arrows around a central grid.

BEWEGTE HISTORIE

Preußisch mit Herz: das Fürstbistum Ermland

Jahrhundertlang ein Spielball unterschiedlichster Mächte und Interessen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Zuge der Eroberung des Preußenlandes durch den Deutschen Orden gründete der päpstliche Legat Wilhelm von Modena am 29. Juli 1243 vier Bistümer auf dem Gebiet des heutigen Ostpreußen, welche ab Januar 1246 dem Erzbistum Riga unterstanden und deren Namen auf alte preußische Landschafts- beziehungsweise Stammesbezeichnungen zurückgingen: Kulm, Pomesanien, Samland und Ermland.

Das letztere Bistum erstreckte sich von einem schmalen Küstenstreifen des Frischen Haffs bis zu den Masurischen Seen und besaß eine Gesamtfläche von 4249 Quadratkilometern. Auf dieser entstanden unter anderem die Städte Frauenburg, Braunsberg, Mehlsack, Wormditt, Guttstadt, Heilsberg, Bischofstein, Rößel, Seeburg, Bischofsburg, Wartenburg und Allenstein. Im Gegensatz zu den anderen Bistümern errang das Ermland nachfolgend eine Sonderstellung, die es letztlich bis ins 20. Jahrhundert hinein innehatte.

Dabei verlief der Start zunächst recht „holprig“, denn der erste Bischof des Ermlandes, Heinrich von Streitberg, konnte die Diözese aufgrund eines Konflikts zwischen dem Erzbischof von Riga und dem Hochmeister des Deutschen Ordens nicht in Besitz nehmen – das war erst seinem Nachfolger Anselm von Meißel im April 1251 vergönnt. Danach handelten Anselm und der Orden die genauen Grenzen zwischen dem Bistums- und Ordensland aus.

Vom Bischof zum Reichsfürsten

Auf Anselm folgte 1278 Heinrich Fleming, dem es mit viel Geschick gelang, das Ermland weitgehend der Herrschaft des Ordens zu entziehen. Dieser fungierte bald nur noch als Schutzmacht des Bistums nach außen. Im Jahre 1356 stiegen die ermländischen Bischöfe, welche ab 1350 in der Burg Heilsberg residierten, sogar



Der vom Papst zum Beauftragten für die Flüchtlinge ernannte Bischof Maximilian Kaller spricht zum Abschluss der Bischofskonferenz Ende August 1946 zu den katholischen Bischöfen und Flüchtlingen

Bild: picture-alliance/dpa/dpa DANA

aufgrund der Bestimmungen der Goldenen Bulle von Kaiser Karl IV. zu Reichsfürsten auf, während die Hochmeister des Deutschen Ordens diesen Titel erst ab 1530 führen durften.

Unter polnischer Krone

Eine Zeit lang profitierte die Bevölkerung des Ermlandes von der Herrschaft der Fürstbischöfe: „Unter dem Krummstab ist gut leben“, sagte man damals völlig zu Recht. Allerdings wurde das Bistum im 15. Jahrhundert während des Dreizehnjährigen Krieges und des Preußischen Pfaffenkrieges verwüstet, weil es in den ständigen Auseinandersetzungen zwischen dem Königreich Polen und dem Deutschen

Orden zwischen die Fronten geriet. Am Ende fiel das Ermland an das sogenannte Preußen Königlichen Anteils, welches die westlichen Landesteile des Deutschordensstaates umfasste, die nun der polnischen Krone unterstanden. Im Jahr 1512 erklärte Papst Julius II. das Fürstbistum aber zu einem exemten (ausgliederten) Bistum unter der direkten Aufsicht des Heiligen Stuhls.

Wirtschaftliche Isolation

Noch komplizierter wurde die politisch-religiöse Gemengelage 1525, als der 37. Ordenshochmeister Albrecht von Preußen den katholischen Deutschordensstaat in ein erbliches lutherisches Herzogtum

umwandelte. Seither bildete das Ermland eine katholische Insel im ansonsten protestantischen Ostpreußen. Daraus resultierte die weitgehende soziale und wirtschaftliche Isolation des Fürstbistums, welche jahrhundertlang fortbestand und erklärt, warum im Ermland die Uhren anders tickten als in den umliegenden Regionen. Wesentlichen Anteil hieran hatten die Jesuiten als hartnäckige Verfechter der Gegenreformation.

Eingliederung in Preußen

Die nächsten beiden Zäsuren erfolgten 1566 und 1773. Zuerst führte der Untergang des Erzbistums Riga zur Festigung der exemten Stellung des Bistums, dann

kam es im Rahmen der Ersten Polnischen Teilung zur Eingliederung des Ermlandes in das Königreich Preußen. Damit einherging die Säkularisierung des kirchlichen Landbesitzes zugunsten der Kriegs- und Domänenkammer in Königsberg. Gleichzeitig garantierte Friedrich der Große den Ermländern aber im Rahmen seiner berühmten Toleranzpolitik die weitere katholische Religionsausübung.

Schlesisch auf päpstlichen Befehl

Die so bewirkte Loyalität der Ermländer, zu denen auch relativ viele Polen gehörten, gegenüber Preußen zeigte sich noch 1920 bei der Volksabstimmung über die künftige nationale Zugehörigkeit des Fürstbistums. Sie votierten mit überwiegender Mehrheit für den Verbleib bei Ostpreußen. Zehn Jahre später verlor das Ermland auf Weisung von Papst Pius XI. seine exemte Stellung durch eine Zuordnung zum Erzbistum Breslau der Ostdeutschen Kirchenprovinz. Als neuer Bischof des Ermlandes fungierte nachfolgend Maximilian Kaller, der das Amt bis zum August 1945 bekleidete. Dann zwang der polnische Kardinalprimas August Hlond unter Berufung auf seine von Papst Pius XII. verliehenen Vollmachten Kaller zum Verzicht auf die Ausübung der bischöflichen Jurisdiktion.

Späte Würdigung

Anschließend avancierte der letzte deutsche Bischof des Ermlandes 1946 zum päpstlichen Sonderbeauftragten für die Heimatvertriebenen. Das nunmehr unter polnischer Verwaltung stehende Bistum wurde 1972 von Papst Paul VI. endgültig in die Kirchenordnung Polens integriert. Das Ermland kam nun zur Kirchenprovinz Warschau. Dem folgte aber erst 20 Jahre später der letzte und finale Schritt: Am 25. März 1992 wurde die Erhebung zum Erzbistum vollzogen durch Papst Johannes Paul II. in der Bulle „Totus Tuus Poloniae populus“.

VERSTORBEN MIT 100 JAHREN

Durch und durch ein echter Ostpreuße und aufrechter Patriot

Martin Schröder war Zeit seines Lebens ein streitbarer Mahner, die deutsche Vergangenheit im Ganzen zu betrachten

Ein wahrhafter Ostpreuße und deutscher Patriot ist von uns gegangen: Martin Schröder, geboren am 10. November 1924, verstarb am 20. Dezember 2024, nur wenige Wochen nach seinem 100. Geburtstag. An seinem Geburtstag, den er im Kreis seiner Familie mit vielen Freunden und Bekannten feierte, verlieh ihm der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft. Mit großer Freude und ebenso viel Stolz empfing Schröder diese Ehrung. Doch nur wenige Wochen später versagten seine Kräfte.

Schröder wurde in Sargen, im Kirchspiel Tiefensee, im Kreis Heiligenbeil, geboren. Königsberg ist von dort keine 50 Kilometer entfernt. Mit 54 Hektar Land war der Schrödersche Hof der kleinste von fünf Höfen in Sargen, doch der wirtschaftlich wertvollste. Vater Albert wurde allseits als arbeitsam und allen technischen Neuerungen gegenüber aufgeschlossen beschrieben.

Die Erziehung von Schröder und seinen fünf Geschwistern erfolgte im preußisch-protestantischen Geist. Auch in seinem Vornamen Martin sah er einen Bezug zu dem Reformator, der mit der Aussage „Ein Christenmensch ist ein

freier Herr über alle Dinge und niemandem Untertan“ sein Denken und Handeln beeinflusst habe.

Im Jahr 1942 wurde Schröders Vater von den Nationalsozialisten ermordet, was ihn nachhaltig prägte und fortan bestimmend war für seine kritische Sicht auf alle -ismen – auf den Nationalsozialismus und den Kommunismus, aber auch für seine Zweifel an der Vertriebenenpolitik in Deutschland, an der Geschichtswissenschaft und an den Medien. Hierzu und zu politischen Geschehnissen äußerte sich Schröder in zahlreichen Leserbriefen und Buchveröffentlichungen.

Ende 1942 wurde er als Soldat eingezogen und zunächst an der Ostfront eingesetzt. Im Spätsommer 1944 fand er sich als Soldat in Würzburg wieder, wo er in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet. Erst im Januar 1948 wurde er entlassen. Im gleichen Jahr lernte er seine spätere Frau Hildchen (Hildegard) kennen, die ebenfalls aus Ostpreußen stammte. 1952 entschlossen sich beide, in die USA auszuwandern, kehrten aber schon 1955 in die Bundesrepublik zurück.

Hier bewährte sich Schröder erfolgreich in verschiedenen meist selbstständigen Berufen. Zwei Töchter und ein Sohn



Glückliche Tage: Martin Schröder mit seiner Schwester Lena

Bild: privat

wurden den Eltern geboren. Nach der Verrentung Schröders folgte nicht etwa ein Ruhestand, sondern ein neuer Schaf-

fensschub. Nun wurde aus einem bislang geschäftlich und privat agierenden Menschen ein Aktivist im besten Sinne. Er be-

gann Bücher zu schreiben, war an Buchprojekten Dritter mit Aufsätzen oder Gedichten beteiligt und wandte sich bis ins hohe Alter mit einer Vielzahl von Leserbriefen und Petitionen an oberste und obere staatliche Stellen.

Er, der politische Mensch, hatte eine Meinung, vertrat diese vehement, war streitbar und scheute keinen Konflikt. Obwohl in lebenslanger Opposition zum NS-Regime stehend, trieb ihn gleichwohl sein Leiden an der Ungerechtigkeit des öffentlichen Blicks auf die Hitlerzeit zum Einspruch: „Seit Ende des Zweiten Weltkriegs lassen wir uns unsere Geschichte diktieren und verlieren dadurch unsere Alltagsfreiheit. Dabei sind die Siegermächte alles andere als sanft mit dem deutschen Volk umgegangen. Im Ausland darf man dies zur Sprache bringen. Auch wir müssen lernen, unsere Vergangenheit differenzierter zu betrachten: Was heute noch gilt, ist bloß die halbe Wahrheit“ (aus seiner Schrift „Von Halbwahrheiten zum Patienten Deutschland“).

Mögen seine Worte einst in Erfüllung gehen und mögen jene, die ihn kannten und schätzten, sein wertvolles Engagement weiter fortsetzen. Ruhe in Frieden, Martin Schröder. Wilhelm Kreuer

SCHIFFSGESCHICHTE

Eine wiederentdeckte Rarität

Ex-„Hindenburg“ – Zum 100. Jubiläum würde man gerne Gäste aus Stralsund in der Schweiz begrüßen

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Wer hätte das gedacht, dass die „Hindenburg“ aus Stralsund immer noch schwimmt. Bei einer Tour durch die Schweiz wurde sie kürzlich wiederentdeckt: ein 21,60 Meter langes, 4,42 Meter breites und 1,35 Meter tief gehendes 34-Tonnen-Motorschiff. Es wurde 1925 unter der Bau-Nummer 480, angetrieben von einem Leipziger DWM-Diesel von 50 PS für acht Knoten, zu einem Preis von 20.000 Mark für Carl Schröder junior auf der Stralsunder Werft von Georg Schuldt gebaut.

Sie lag dort, wo die Königliche und spätere Staatswerft Stralsund, der VEB Schiffs- und Reparaturwerft und seit der Wende die Strahlwerft an der Ziegelstraße ihre Anlagen hatten. Heute im Schatten der Rügenbrücke fristet sie ein beschäftigungsloses Dasein.



In Stralsund vom Stapel gelaufen: Das kleine Ausflugsschiff MS „Hindenburg“

In Stralsund wurde das Fahrgastschiff auf den Namen „Hindenburg“ getauft, musste dann aber nach Schwerin überführt werden. Das ging nur über die Ostsee. Am 8. Mai 1925 war die See so ruhig, dass man den Sprung – mit Zwischenstationen in Warnemünde und Travemünde – wagen konnte. Über die Trave und den Elbe-Lübeck-Kanal wurde elbaufwärts Dömitz angesteuert, auf der Müritz-Elde-

Wasserstraße und dem Störkanal schließlich am 23. Mai der Schweriner See.

Auf Anhieb schiffsverliebt

Während der Kriegszeit 1940 bis 1945 wurde das Schiff stillgelegt. 1946 passte der Name „Hindenburg“ – den trug der letzte Reichspräsident – nicht mehr in die politische Landschaft. Fortan hieß der schneeweiße Ausflugsdampfer „Schwerin“ (III). Bis 1949 mit der Gründung der DDR neue Herren das Sagen hatten. Weil man dem „großen Bruder“ im Osten einen Gefallen tun wollte, wurde auch „Schwerin“ am 9. September 1950 gekippt. „Sowjetfreundschaft“ prangte nun am Steven.

Bis zur deutschen Einheit, dann war auch dieser ungeliebte Schiffsname obsolet geworden. „Mecklenburg“ sollte es dann sein. Passte ja auch zum neuen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern mit Regierungssitz im Schweriner Schloss in Sichtweite. Schon in den 1980er Jahren kam beim VEB Weiße Flotte die Überlegung auf, das Schiff als technisches Denkmal zu erhalten.

Doch der Oldie blieb in Fahrt. Bis sich 2012 ein Käufer aus Baden-Württemberg für das kleine, solide Schiffchen interessierte. Natürlich war das wieder mit einem Namenswechsel verbunden: „Liselotte von der Pfalz“ hieß die alte „Hindenburg“ nun. Auf eigenem Kiel mit neuem 130 Kilowatt-Deutz-Diesel und Bugstrahlruder dampfte die badische Crew mit zwölf bis 14 Kilometer pro Stunde hunderte Kilometer quer durch Deutschland bis zum Neckar. „Heidelberg“ prangte als neuer Heimathafen am Heck.

2016 schließlich entdeckte Beat Schär von der Schweizer Reederei Olagomio AG (www.olagomio.ch) den Oldtimer – seine Frau verliebte sich auf Anhieb in den „Dampfer“ – und kaufte ihn ihr. Neues Einsatzgebiet: Murten-, Neuenburger- und Bielersee, die zu den Jura-Seen nahe



Als MS „Murten“ auf dem Schweizer Murtensee unterwegs: Einst „Hindenburg“, „Schwerin“, „Sowjetfreundschaft“, „Mecklenburg“ und „Liselotte von der Pfalz“

der Schweizer Hauptstadt Bern gehören. Diesmal wurde der Rhein bis zum Ende seiner Schifffahrt hinter Basel befahren, den Rest erledigte dann ein Tieflader.

Unverwüstliche Qualität

Die „Liselotte“ wurde gründlich restauriert und fast wieder in ihren Originalzustand zurückversetzt. Nun hieß sie „Murten“, bekam damit auch den Ehrentitel „historisches Traditionsschiff“ und erfreut sich seitdem größter Beliebtheit beim Publikum. Der Salon bietet nur noch 30 Gästen Platz, war dafür aber sehr bequem. Unter dem Vordach achteten und vorn im Freien können jeweils 15 Gäste das faszinierende Gebirgs Panorama vom Wasser aus genießen. Durchgeführt werden vor allem Charterfahrten zu Jubiläen, Betriebsfesten, Hochzeiten und so weiter. Oder auch nur für eine Ausflugsfahrt auf den landschaftlich besonders reizvollen Jura-Seen. Die liegen in dem einst der Schweizer Eidgenossenschaft angeglie-

berten Fürstentum Neuenburg (Neuchâtel), das von 1707 bis 1806 und von 1814 bis 1857 von Preußens Königen in Personalunion regiert wurde. Dass ein „preussisches“ Schiff heute dort verkehren würde, das hätte wohl niemand gedacht. Ein Grund mehr, einmal mitzufahren.

100 Jahre alt wird es in diesem Jahr und ist noch voll im Saft. Ein besseres Attest kann man dem unverwüstlichen Stralsunder Schiff dank bester deutscher Stahl- und Schiffbauqualität nicht ausstellen. Die Geburtstagsvorbereitungen für Juni 2025 sind bei Familie Schär schon in vollem Gange. Ihr Haus liegt direkt am See. „Bei Nebel“, so Jeannine Schär, „hab ich das Gefühl, auf die Ostsee bei Stralsund hinauszublicken, weil man das andere Ufer nicht sieht.“ Als Fans der Sundstadt und Region wünschen sie sich nichts sehnlicher, wenn ein Stadtvertreter bei den Feierlichkeiten im September zum 100. Geburtstag auf MS „Murten“ auf dem Murtensee dabei wäre.

BRAUCHTUM

Das Knutfest auch in Pommern

Das Ende der Weihnachtszeit wird in Schweden, Norwegen und Finnland gefeiert

Vorpommern hat circa 200 Jahre zu Schweden gehört, und so manche Gebräuche des skandinavischen Landes haben sich auch daher in Vorpommern etabliert. Der alte schwedische Brauch des Knutfestes stammt eigentlich aus Dänemark und geht auf den Heiligen Knut zurück, der in der Zeit 1043 bis 1086 lebte. Er war König von Dänemark, wurde heilig gesprochen und gilt auch heute noch als Schutzpatron des Landes.

Zusammen mit Erik von Schweden und Olaf von Norwegen war er einer der großen Missionare Nordeuropas und einer der großen Könige. Bereits als Prinz hatte Knut, auch Kanut genannt, im Namen des Vaters eine erfolgreiche Macht- und Außenpolitik betrieben. Er hatte den England-Feldzug seines Onkels begleitet und die Kreuzzüge im Baltikum und gegen die heidnischen Wenden geleitet. 1080 folgte er seinem Bruder Harald III. als Knut IV. auf den Königsthron.

Stets gab er sich als ein die Kirche fördernder Herrscher zugunsten seines politischen Ziels, die Macht des Königs zu stärken. Im Widerspruch zu seinen Vorgängern brach er deshalb mit dem Papst in Rom. Damit begab er sich aber in die Abhängigkeit des deutschen Erzbistums in Hamburg. Auf Ersuchen seines Bruders

Erik Ejegod wurde er am 19. April 1101 von Papst Paschalis II. heilig gesprochen. Sein Leben endete schrecklich, er wurde erschlagen und in der Sankt-Knuds-Kathedrale zu Odense auf Fünen begraben, wo auch heute noch sein Skelett in einem gläsernen Sarg zu sehen ist.

Knut verlängerte Weihnachtszeit

Ihm wird auch die Verlängerung der Weihnachtszeit in Skandinavien zuge-

sprochen, die eigentlich in christlicher Tradition die zwölf Tage zwischen Weihnachten und Heilige Drei Könige umfasst. König Knut soll aber angeordnet haben, dass das dänische Weihnachten 20 Tage andauern soll und demnach erst am 13. Januar endet. Eine andere Version schreibt ihm zu, dass ihm als frommer Christ das Weihnachtsfest von hoher Bedeutung war, und die Zeit vom ersten Weihnachtsfeiertag bis zum 6. Januar

nicht lange genug sei und so ließ er einfach Weihnachten auf insgesamt 20 Tage verlängern. In Dänemark hat das Knutfest am 13. Januar keine Bedeutung.

Die alte schwedische Tradition besagt, dass am 13. Januar die Weihnachtsbäume abgeschmückt werden, sehr zur Freude der Kinder. Denn sie durften die dann noch daran hängenden Süßigkeiten abpflücken und behalten. Heute werden extra für die Kinder kleine Beutel mit Süßigkeiten angehängt. Dann wurden die Bäume eingesammelt und bei einem gemeinsamen Dorffest verbrannt.

Im Großen und Ganzen hat sich an der Vorgehensweise seit alter Zeit nichts geändert, und die Weihnachtszeit endet hier somit nach 20 Tagen. Das gilt für die skandinavischen Länder Schweden, Norwegen und Finnland.

Knutfest in Stralsund

In der Hansestadt Stralsund begeht man ebenfalls das Knutfest, und so frönte man am 11. Januar dieses Jahres im Stralsunder Strandbad der schwedischen Tradition. Die abgeschmückten Bäume wurden verbrannt, und bei Glühwein und Bratwurst vom Grill ließ man es sich gut gehen. Ein Fest, das noch mal Licht in die dunkle Zeit bringt. *Brigitte Stramm*



So könnte es in einem schwedischen Dorf ausgesehen haben: Das Knutfest beendet die Weihnachtszeit mit dem Verbrennen der Weihnachtsbäume

MELDUNGEN

Sanierungen, Kino und Gebetwoche

Stettin – Nach fünfzehn Jahren und 155 Einsätzen beim Fußballklub Pogon Stettin wechselte der 34-jährige Verteidiger Benedikt Zech im Januar wieder zurück zu seinem alten Verein SCR Altach. Dieser steht auf Platz 12. der österreichischen Bundesliga und muss gerettet werden. *TS*

Penkun – Die Sanierung des Penkuner Schlosses scheint gesichert. Nachdem bereits Anfang Dezember 2024 Fördermittelzusagen in Höhe von fast eine Millionen Euro durch die Schweriner Landesregierung kamen, wurden diese nun durch 300.000 Euro für Nebengebäude ergänzt. *TS*

Stettin – Am 13. Januar war im ältesten Kino der Welt, dem „Pionier 1907“ (ehemals „Helios Welt-Kino-Theater“), die Premiere des Films „Das Stoewer Imperium“. Weitere Aufführungen sind im Herbert-Saal der Pommerschen Bibliothek (22. Januar) und Delta-Club (24. Januar) geplant. *TS*

Heringsdorf – Wie kürzlich bekannt wurde, wird es 2025 auch eine Flugverbindung zwischen dem Airport Kassel und dem Flughafen Heringsdorf geben. Ab dem 3. Mai startet die Dornier 328 immer um 15 Uhr am Sonnabend an die pommersche Ostseeküste. Reisezeit: eine Stunde. *TS*

Swinemünde – In Vorpommern ist der Winter wieder eingeleitet. Bis zum Sonntag hüllte sich aber nicht nur die Landschaft in Weiß, auch die Wasserstände erhöhten sich bis Mittag. Der Swinemünder Jachthafen wurde überschwemmt, Sandsäcke wurden gestapelt, Pumpen aktiviert. *TS*

Sassnitz – Ein Tanker mit 90.000 Tonnen russischem Öl ist vor der Insel Rügen havariert. Die auf Reede liegende manövrierunfähige „Eventin“ mit einer Crew von 24 Seeleuten wurde zunächst von Schleppern auf Position gehalten. Bis Redaktionsschluss bestand keine Umweltgefahr. *TS*

Labes – In Hinterpommern waren am 12. Januar Tausende ohne Strom: Wie bekannt wurde, waren etwa 22.000 Kunden von dem Energieausfall betroffen. Freileitungen waren unter Schneelast und gestürzten Bäumen abgerissen. Schwerpunkte waren Köslin, Bublitz und Baldenburg. *TS*

Greifswald – Reinhard Karl von Hirschheydt und der „Ueckermünder Turnvater“ Rudi Herbert Werner Roloff wurden in Schwerin für das Wirken im Landkreis und bei den Johannitern beziehungsweise für den Einsatz in Ueckermünde mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. *TS*

Schwarz Damerkow – 2,34 Millionen Euro stehen zur Rekonstruktion von Denkmälern im Bereich Bütow bereit. Etwa 180.000 Euro sollen für die Kirche von Jassen eingesetzt werden. Das Fachwerkgebäude mit Rohrdach gilt als eine der ältesten Kirchen der Region. *TS*

Anklam – „Miteinander Hoffnung leben“ lautet das Motto der diesjährigen Allianz-Gebetswoche, bei der sich Christen verschiedener Kirchen und Gemeinden treffen. Die vom 13. bis 19. Januar stattfindende Allianz-Gebetswoche wurde erstmals 1846 in London mit 900 Christen initiiert. *TS*

„Ein Staat ist umso besser, je weniger Gesetze er hat“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Es mag pathetisch klingen, aber nach Heinrich Heine ‚sind gerade in dunkler Zeit vernünftige Menschen mit Augen wie klare Sterne besonders nötig‘“

Josef Draxinger,
Vohburg/Donau



Ausgabe Nr. 1

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VERLEUGNETE GESCHICHTE ZU: VERGANGENHEIT, DIE NICHT VERGEHT (NR. 1)

PAZ-Chefredakteur René Nehring hat mit seinem grundsätzlichen und bedeutenden Text: „Vergangenheit, die nicht vergeht“ gezeigt, dass seine Zeitung die einzige Zeitung ist, die mit Überzeugung eine „Zeitung für Deutschland“ genannt werden kann. Warum? Weil für Herrn Nehring nicht allein das Hitler-Regime im Fokus seiner Geschichtsbetrachtung steht, sondern die gesamte deutsche Geschichte, und er die ungeheuerlichen Verbrechen der „Sieger“ von 1944/45 – die „Jahrhundertkatastrophe von Flucht und Vertreibung“ und den Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung im Reich, der auch ein Genozid genannt werden kann – nicht verschweigt, sondern klar benennt.

Deshalb kann Nehring die Frage stellen, „Heilt Zeit wirklich alte Wunden?“ und kann man die „Langzeitfolgen eines historischen Verlustes“ ohne die Lügen und bewussten Fälschungen der deutschen Politik und der deutschen Geschichtswissenschaft (siehe das deutsch-polnische Geschichtsbuch: „Europa – Unsere Geschichte“ oder die Abschaffung der ostdeutschen Lehrstühle an den Universitäten durch die „Ampel“ beziehungsweise Kulturstaatsministerin Claudia Roth) darstellen?

Der Autor weist auch zu Recht darauf hin, dass die deutsche Politik und die deutsche Geschichtswissenschaft „auf den Faktor Zeit gesetzt haben“, um die Erinnerung an den deutschen Osten im Laufe der Zeit zu tilgen. Das heißt auch: Es geht der deutschen Politik und der deutschen Geschichtswissenschaft um eine Umdeutung der deutschen Geschichte mit dem NS-Regime von 1933 bis 1945 im Mittelpunkt.

Das ist aber eine Fälschung unserer Geschichte, denn „das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen“, so die Überzeugung des US-amerikanischen Literaturnobelpreisträgers William Faulkner (1897–1962). Mit anderen

Worten: Der deutsche Staat und die deutsche Gesellschaft verleugnen die ostdeutsche Geschichte und damit einen wesentlichen Teil der eigenen Geschichte.

Das zweite Menschheitsverbrechen 1944/45, die Vertreibung der Ostdeutschen, der Genozid an ihnen und die Annexion ihrer Heimat und der Versuch, die ostdeutsche Geschichte aus der Erinnerung unserer Nation zu vertreiben, sind immer noch das Fanal eines ungeheuerlichen historischen Verbrechens, das unser Land „eben immer noch“ umtreibt und nicht zur Ruhe kommen lässt.

Klaus Fleischmann, Kaarst

FALSCHER ADRESSAT ZU: STAAT REIF FÜR EINE SCHLANKHEITSKUR (NR. 1) UND: LETZTE WACHSTUMSBRANCHE EUROPAS: BÜROKRATIE (NR. 1)

Bei Bürokratie denken die meisten Menschen an Behörden sowie an die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Der Begriff ist negativ besetzt, Probleme werden den Bediensteten angelastet. Nach meiner Erfahrung haben viele Politiker, Journalisten und Sozialwissenschaftler wenig bis keine Ahnung von der öffentlichen Verwaltung. Die öffentliche Diskussion hantiert mit den sprachlichen Versatzstücken, die einer beim anderen abschreibt. Erkenntnisse kommen dabei nicht zustande.

Wenn es Probleme mit der „Bürokratie“, sprich der öffentlichen Verwaltung gibt, liegen sie am wenigsten bei deren Bediensteten. Diese machen nach meiner jahrzehntelangen Erfahrung ihre Arbeit auf der Basis einer soliden Ausbildung sorgfältig und mit Engagement. Die öffentlich meist laienhaft diskutierten Probleme der herabgesetzten Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung haben zwei ganz andere Ursachen, die beide von den jeweils regierenden Politikern und nicht von den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes zu verantworten sind.

Die erste und bisher fast ausschließlich diskutierte Ursache ist die ins Unvor-

stellbare gewachsene Zahl der Gesetze und Verordnungen, die sich auf inzwischen mehr als 96.000 beläuft. Das geht schon ins Krankhafte. Welcher Beamte, welcher Bürger, welches Gericht soll damit fertigwerden? Ich glaube, es war der Freiherr vom Stein, der sagte, ein Staat ist umso besser, je weniger Gesetze er hat.

Die Überzahl der Vorschriften kommt einmal durch Entgegenkommen der Vorschriftenproduzenten (Politiker und EU-beziehungsweise Ministerialbeamte) gegenüber den Wünschen der unzähligen Interessengruppen zustande, die Sonderregelungen zu ihrem Wohl auf Kosten von anderen fordern, und zum anderen durch den persönlichen Ehrgeiz von Ideologen, die ohne ausreichende Kenntnis der Wirklichkeit sich die Welt par ordre de Mufti nach ihren Träumen gestalten wollen.

Die Interessen der Bürger an einer hilfreichen Verwaltung und nach klaren und jedermann verständlichen Regeln stehen sicher nicht im Vordergrund. Dabei sind die Bürger in der Demokratie als Souverän die Chefs und alle Vorschriftenproduzenten, die sich als Herren über das Volk aufspielen, nur deren Bedienstete.

Die andere, mindestens genauso wichtige und nie diskutierte Ursache ist die weitverbreitete (in der schwäbischen Mundart, d. Red.) *Vetterleswirtschaft* regierender Politiker, welche die leitenden Posten in ihren Behörden mit Parteifreunden ohne ausreichende Qualifikation (Ausbildung, Berufserfahrung, Rechtskenntnisse, Leitungserfahrung) und ohne nachprüfbares öffentliches Auswahlverfahren besetzen. Es handelt sich um die Besoldungsstufen mit den höchsten Gehältern und Pensionen (bis ans Lebensende) der Staatssekretäre beziehungsweise Amtsleiter, der Abteilungsleiter sowie der Referats- beziehungsweise Dezernatsgruppenleiter.

Soweit sie den fachlichen Ansprüchen nicht genügen, fallen sie als notwendiges Bindeglied zwischen politischer Leitung und Fachbeamtschaft aus. Die Informationen von oben nach unten und von unten nach oben bleiben stecken oder wer-

den verfälscht weitergegeben, Entscheidungen werden monatelang verzögert oder gar nicht getroffen, die Behörde kommt ihren Aufgaben nicht mehr nach, kann nicht mehr realitätsnah kommunizieren und bietet ein jämmerliches Bild.

Bei normalem Tagesgeschehen fällt das nicht so auf, aber bei jedem aus dem Rahmen fallenden Ereignis wird die Hilflosigkeit der Amtsspitze nach außen deutlich. Diese ist nur von den selbst eingestellten Parteifreunden umgeben, die mit den fachlichen Informationen der Bediensteten nichts anzufangen wissen. Die Ereignisse werden rein politisch bewertet, die Sach- und Rechtslage ist uninteressant bis schädlich.

Angela Merkel ebenso wie Horst Seehofer hatten Beamte wegen der pflichtgemäß dargestellten Sach- und Rechtslage des Amtes entlassen. Das wirkt in der gesamten Verwaltung in Deutschland. Es geht bei diesem Personal nicht um die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe, sondern um die Ablenkung der Verantwortung und um die soweit noch möglich vorteilhafte öffentliche Darstellung ihrer Person.

Das derzeitige politische Personal in Regierungsämtern kann, will und wird aus naheliegenden Gründen an den über Jahrzehnte von ihm eingeführten Verhältnissen nichts ändern. Alle noch einzurichtenden Untersuchungsausschüsse und alle noch einzuholenden Gutachten dürfen nichts ändern.

Deutschland geht weiter den Bach hinab, bis die Zustände so fürchterlich sind, dass die Wähler (falls es dann noch Wahlen gibt) diese politische Klasse abwählen. Etwas kann der Bürger (und der mutige Journalist oder Wissenschaftler) aber doch tun: Man kann sich systematisch einzelne Staatssekretäre und Ministerialdirigenten herausuchen und über ihre berufliche Ausbildung und Erfahrung, Rechtskenntnis und Leitungserfahrung und über eindeutig ihnen zuzurechnende Arbeitsergebnisse öffentlich berichten. Das könnte die Augen der Wähler öffnen.

Ulrich Thurmman, Staatssekretär a.D., Walluf

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

SEEFAHRT

Immer der seemännischen Nase nach

Ohne Kompass und Satellitennavigation – Eine Schiffscrew erprobt die Steuermannskünste der polynesischen Seefahrer

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Einst durchquerten die Seefahrer der Inselgruppen von Melanesien, Mikronesien und Polynesien mit ihren hochseegängigen Kanus den pazifischen Ozean zielgerichtet ohne Karten und Navigationsgeräte. Die einzigen Hilfsmittel bei ihrer unglaublich präzisen Navigation waren Sternenkunde und permanente Naturbeobachtungen. Auf den kaum 20 Meter langen Doppelrumpfkanus wurden auf engstem Raum Menschen, Tiere und Nutzpflanzen über die unendlichen Weiten des Ozeans transportiert, um ferne Inseln zu erreichen und dort zu siedeln.

In den 1960er Jahren aber war die uralte Südseefahrt fast in Vergessenheit geraten. Um den Verlust des einzigartigen kulturellen Erbes abzuwenden, wurde 1973 auf Hawaii die Polynesian Voyaging Society (PVS, Polynesische Seefahrtsgesellschaft) gegründet, eine Vereinigung zur Bewahrung der traditionellen polynesischen Seefahrtsmethoden. Durch die Initiative der engagierten Mitarbeiter konnte die polynesische Navigation gerettet und revitalisiert werden.

Seit 2017 lehrt die 38-jährige Kapitänin Lehua Kamalu in Hawaiis Hauptstadt Honolulu im Auftrag der PVS die „non-instrumental Navigation“. Mit dem nachgebauten Doppelrumpfkano „Höküle'a“ kreuzte sie mit Segelschülern und einer wechselnden Crew zwischen den Anrainerstaaten des Pazifiks, ohne dabei moderne Satellitennavigation und optische Geräte zu gebrauchen.

Als der französische Entdecker Louis Antoine de Bougainville (1729–1811) auf seiner Weltumsegelung 1768 Tahiti und weitere südpazifische Inseln erforschte, stellte er erstaunt fest, dass die einheimischen Seefahrer mit ihren Katamaranen ohne jegliche navigatorischen Hilfsmittel erfolgreich weit entfernte Archipele ansteuerten.

1769 fiel dem englischen Südseentdecker und Kartographen James Cook (1728–1779) auf, dass er sich mit den Maori auf Neuseeland verständigen konnte, weil diese denselben Dialekt sprachen wie



Begrüßung auf Polynesisch: Die „Höküle'a“ nach ihrer Ankunft in der Bucht von Kailua auf der Hawaii-Insel O'ahu Bild: pa/AP Photo

der tahitianische Seefahrer, der ihm dabei half, die benachbarten Inseln zu erkunden. Daher kannte Cook die religiösen Gebräuche der Maori-Siedler und war in der Lage, Kontakte zu den Häuptlingen zu knüpfen und der Mannschaft seines Schiffes zu erklären, welche Sitten und Gebräuche des indigenen Volkes sicherheits- halber zu beachten waren.

Mit Händen und Armen kalibriert

Die Wegfindung in den unendlichen Weiten des Pazifiks gelang den polynesischen Seefahrern allein durch überliefertes astronomisches Wissen, das Lesen der Wellen und die Deutung von Vogelflug und Wolkenbildung. Die Navigatoren kalibrierten mit Händen und Armen, um die Höhe von mehr als 100 Sternen über dem Horizont zu ermitteln, dank derer sie zielgenau Kurs hielten. Ausgehend von Taiwan und den Philippinen begann die Ent-

deckung und Besiedlung der Archipele des westlichen Pazifiks mit Hilfe der Navigation nach den Sternen vor rund 3500 Jahren. Erst seit unserer Zeitrechnung setzte von Westen nach Osten die Erschließung und Besiedlung der tausende Kilometer voneinander entfernten Inselgruppen des Polynesischen Dreiecks ein, dessen Eckpunkte von den Hawaii-Inseln, Neuseeland und der Osterinsel gebildet werden. Ohne Unterbrechung wurde der kostbare Wissensschatz in den Familien der Navigatoren von Generation zu Generation durch hartes und langes Gedächtnistraining weitergegeben.

Einer der letzten Meisternavigatoren namens Mau Pialug war Anfang der 1970er Jahre bereit, sein Wissen mit den Mitgliedern der PVS zu teilen. Geboren und aufgewachsen auf der kleinen mikronesischen Insel Satawal, durchbrach er damit das Verbot der Weitergabe dieser archai-

schen Geheimnisse an nicht Eingeweihte. Nach seiner Anweisung und mithilfe von Zeichnungen, die während der ersten Südseeexpedition von James Cook entstanden waren, wurde der 19 Meter lange, mit Kriebsscherensegeln getakelte Katamaran „Höküle'a“ erbaut, allerdings mit überwiegend modernen Materialien.

Bei einer ersten experimentellen Seereise von Hawaii nach Tahiti auf der „Höküle'a“ bewährte sich bereits die beinahe untergegangene Methode der polynesischen Seefahrt. Damit war der Nachweis erbracht, dass die Ureinwohner der Südsee mit ihrer Navigationskunst tatsächlich den Pazifikraum erschlossen haben. Heute weiß man, dass auf diese Weise sogar ein ausgedehnter Handel betrieben wurde, der es ermöglichte, Produkte, Wissen und Techniken zwischen den Archipelen auszutauschen. Von 2014 bis 2017 wurde mit einem Nachbau der

„Höküle'a“ und dem Schwesterschiff „Hikianalia“ unter dem Kommando des Kapitäns Bruce Blankenfeld erfolgreich eine Weltreise über 40.000 Seemeilen mit Stopps in 23 Ländern und Hoheitsgebieten durchgeführt.

Zurück zu den Wurzeln

In allen angesteuerten Häfen wurde die insgesamt fast 300-köpfige Mannschaft, deren Mitglieder jeweils über verschiedene Etappen an Bord waren, von der einheimischen Bevölkerung begeistert empfangen. Als die „Höküle'a“ in ihren Heimathafen Honolulu zurückkehrte, wurde das Traditionsboot von einigen Tausend Zuschauern mit Fahnen, Gesängen und dem alten hawaiianischen Speerwurf-Ritus Kāli'i begrüßt.

Kapitän Blankenfeld gehörte schon auf der ersten Fahrt der Vorgänger-„Höküle'a“ zur damaligen 15-köpfigen Crew. Als Präsident eines traditionellen hawaiianischen Ruderclubs ist er seit 1990 mit der PVS assoziiert. Zusammen mit deren Präsidenten Nainoa Thompson war er seit 1990 mit von der Partie auf zahlreichen, erfolgreich durchgeführten Seereisen zu den Archipelen des Pazifiks und entlang der Pazifischen Feuerplatte.

Unterdessen waren die Meisternavigatoren Thompson und Blankenfeld, beide indigener Abstammung, 30 Jahre lang mit der Vorbereitung des großen Abenteuers einer Weltreise auf der Replica-„Höküle'a“ ohne den Gebrauch von Navigationsinstrumenten beschäftigt. Wer die spirituelle Seite der Orientierung auf offenem Meer ohne GPS und optische Geräte erfasst hat, erhält auf Hawaii im Rahmen eines Initiationsrituals die Auszeichnung „Pwo“. Diese gilt als eine Ehrung dafür, dass man den Anschluss an seine polynesischen Wurzeln gefunden hat.

Mit ihrer Arbeit wollen Thompson und Blankenfeld die überwiegend von Indigenen getragene „Zurück zu den Wurzeln“-Bewegung in den Nationalstaaten Ozeaniens und den ozeanischen Anrainerstaaten stärken. Auch wollen sie die Menschen ermutigen, den Umgang mit natürlichen Ressourcen wieder aufleben zu lassen.

POLARLICHTER

Das Land des leuchtenden Himmels

Die Aurora australis in Neuseeland – Auch auf der südlichen Erdhalbkugel lassen sich Leuchterscheinungen am Nachthimmel erleben

Im vergangenen Jahr war in Deutschland ein seltenes Himmelsereignis zu beobachten: Bis weit nach Thüringen und Sachsen-Anhalt hinein konnte man in klaren Nächten das Polarlicht bewundern, das sonst nur über Island, Nordskandinavien, Kanada oder Alaska auftritt.

Ungewöhnlich starke Sonnenwinde sorgten dafür, dass dieses auch unter dem Namen Aurora borealis bekannte Himmelsereignis, bei dem der Sonnenwind energiegeladene Teile im Magnetfeld der oberen Erdatmosphäre mit rosa, rotem, grünem und sogar violetter Licht zum Leuchten bringt, sogar weit südlich der Nordpolarregion zu sehen war. Gerade in den Polarnächten der Wintermonate, wenn nördlich des Polarkreises die Sonne nicht aufgeht, bieten sich ideale Beobachtungsmöglichkeiten.

Doch auch am anderen Ende der Erde gibt es ein Polarlicht. Am Südpol bezeichnet man es als Aurora australis, wobei man es in Australien nur ganz im Süden, etwa in Melbourne, beobachten kann.

Dort wäre es in dieser Jahreszeit besser zu sehen als am Südpol, wo es wegen der Mitternachtssonne noch den ganzen Tag hell ist. Erst zur Tagundnachtgleiche im März sind die Nächte ausreichend dunkel zum Betrachten der Aurora australis.

Dazu muss man dann aber nicht unbedingt zur Antarktis reisen. Auch in Neuseeland bieten sich in wolkenlosen Nächten ideale Möglichkeiten, das südliche Polarlicht zu bewundern. Obwohl in der südlichen Hemisphäre von März bis September die beste Zeit ist, um Polarlichter zu sehen, lassen sie sich ganzjährig beobachten, vor allem wenn die Sonnenaktivität hoch ist. Die NASA hat noch bis Ende 2025 starke Sonnenaktivität vorhergesagt, weshalb Polarlicht-Jäger und Amateur-Astronomen genauso begeistert sein werden wie die Einheimischen.

Wenn die magnetischen Pole der Erde in einem rechten Winkel zur Strömungsrichtung des Sonnenwinds stehen, wird der sogenannte Äquinoktium-Effekt verstärkt. Gemeint ist damit die geomagneti-

sche Aktivität während den Tagundnachtgleichen im März und September. Und je stärker die Sonnenwinde, desto spektakulärer die Himmelsshow.

Um astrale Ereignisse beobachten zu können, ist es wichtig, möglichst keine Lichtverschmutzung zu haben – und das ist in Neuseeland sehr häufig der Fall.

Wenn weder das Mondlicht noch eine Bewölkung stören, dann ist die Aurora australis sogar auf der Nordinsel Neuseelands auf Great Barrier Island zu erleben – und zu fotografieren, weil es fernab von zivilisatorischen Lichtquellen liegt und sich damit ein kristallklarer Blick in den Nachthimmel bietet.

Ganz im Süden der Nordinsel ist die Küste des Wairarapa ein perfekter Beobachtungsort, weil sie sowohl nach Süden als auch Osten ausgerichtet ist. Auch der Blick auf die Milchstraße ist atemberaubend von hier. Vor dem Hintergrund schneebedeckter Berge bietet die Südinsel Neuseelands jedoch die perfekten Bedingungen für Himmelsbeobachtungen. Zu nennen wären hier die Küste der Catlins oder – ganz im Süden – Stewart Island, die in der Maori-Sprache der Ureinwohner Rakiura heißt, was so viel wie „Land des leuchtenden Himmels“ bedeutet. Wer hier einmal das Polarlicht erlebt hat, der wird ein wahrhaft kosmisches Gefühl mit nach Hause tragen. H. Tews



Wie Lichter eines fremden Raumschiffes: Aurora australis über Stewart Island/Rakiura

● FÜR SIE GELESEN

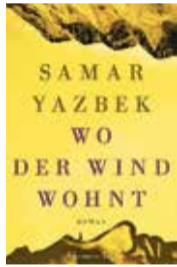
Leise Stimme eines Syrers

Ali erwacht auf einem Felsplateau. Zunächst muss er sich orientieren. Er spürt, dass etwas nicht stimmt. Was er wahrnimmt, ist eine abgetrennte Hand, und er bemerkt eine Verletzung an seinem Bein. Nur bruchstückhaft erinnert er sich an einen Raketeneinschlag.

Durch die Blätter eines Baumes über ihm hindurch sieht er die Sonne. Erinnerungen an sein Baumhaus, in dem Ali, der seiner Familie als Sonderling und Träumer galt, stundenlang aufhielt, kehren allmählich in sein Gedächtnis zurück. Stundenlang konnte er dem Schauspiel der Wolken zusehen, den Wind riechen und sich an den kleinen Schönheiten der Natur erfreuen. Vor ihm erstehen Bilder von seinem Zuhause und vom Leben vor dem Krieg.

Der Roman „Wo der Wind wohnt“ der syrischen Autorin Samar Yazbek, hüllt den grausamen Krieg ihrer Heimat in einen poetischen Sprachstil ein.

MRK



Samar Yazbek: „Wo der Wind wohnt“, Union Verlag, Zürich 2024, gebunden, 191 Seiten, 22 Euro

RATGEBER DER WOCHE



Digitaler Handel

Die Verkaufspraktiken der modernen Welt haben sich verändert – weg vom persönlichen Einkauf in Läden vor Ort hin zum Bestellen im Internet. „Digitales Verkaufen für dummies“ gibt Orientierung bei den unüberschaubaren Möglichkeiten

Digital heißt das Zauberwort unserer modernen Welt. Wie sehr die neuen Medien auch in der Verkaufsbranche Einzug gehalten haben, zeigen die Vertriebsexperten Oliver Büchel und Matthias Schäfer in ihrem Ratgeber „Digitales Verkaufen für dummies“, mit dem sie sich

an verschiedene Berufsgruppen in Vertrieb und Marketing, aber auch an Soloselbstständige sowie Auszubildende und Studenten wenden sowie alles Notwendige für Einsteiger und Fortgeschrittene anschaulich und verständlich erklären.

Manuela Rosenthal-Kappi



Oliver Büchel/Matthias Schäfer: „Digitales Verkaufen für dummies“, Wiley Verlag, Weinheim 2024, broschiert, 239 Seiten, 18 Euro

AUTOBIOGRAPHIE

Aus dem Leben eines unbeugsamen Politikers

Posthum erschien Alexej Nawalnyjs Buch „Der Patriot. Meine Geschichte“ – Stets humorvoll schildert der tragische Held, der für seine Überzeugungen Haft und Folter in Kauf nahm, seinen Kampf gegen das Putin-Regime

VON GRIGORIJ RUZEWIZKI

Am 22. Oktober 2024 wurde das Buch „Patriot“ in 36 Ländern und 26 Sprachen gleichzeitig veröffentlicht. Es ist eine posthume Autobiographie des russischen Oppositionspolitikers, Journalisten, des Gründers und Leiters der Antikorruptionsstiftung Alexej Nawalnyj (1981–2024), mit deren Niederschrift er 2020 nach dem Giftanschlag auf ihn begonnen hat.

Auf über 500 Seiten offenbart sich die charismatische Persönlichkeit des Autors, seine Offenheit gegenüber dem Leser sowie die leichte Sprache des Erzählers. Selbst auf den Seiten, auf denen er die Tage und Stunden beschreibt, die er in den Zellen der Gefängnisse verbrachte, sowie ihre unmenschliche Atmosphäre, zeugen von seinem Vertrauen in die Zukunft.

Nawalnyj schreibt warmherzig über seine Kindheit und Jugend, seine Eltern. Das Zuhause, die Familie, Hunderte von gelesenen Büchern russischer und ausländischer Klassiker formten den Jungen zu einem Kämpfer.

Zwischen den Zeilen formuliert der Autor Analogien, indem er über den sowjetischen Krieg in Afghanistan (die Kreml-Propaganda nannte den Einmarsch in dieses Land die Erfüllung einer internationalen Pflicht, bei dem etwa 14.000 Tausend russische Soldaten und Offiziere starben) und den Ukrainekrieg schreibt, in dem die Zahl der Opfer, Militärs und Zivilisten auf beiden Seiten insgesamt mehr als eine Million Menschen überschritten hat (Sta-

tistik vom Dezember 2024). Das Buch in Form eines Essays ist gleichzeitig eine persönliche Erinnerung sowie eine politische und wirtschaftliche Analyse der russischen Gesellschaft über 30 Jahre hinweg. Ein autobiographischer Essay, aber gleichzeitig ist es auch eine Biographie des Landes.

Nawalnyj zeichnet ein Porträt von Boris Jelzin, dem der Rezensent eher nur ein wenig zustimmen kann. Sowohl Nawalnyj als auch Jelzin waren vielschichtige Persönlichkeiten, es gibt zwangsläufig unterschiedliche Meinungen über ihre Worte und Taten. Nawalnyj erklärt, dass jeder, der auf Jelzins Seite stand, absolut jeder, ein Dieb sei, der Russland bestohlen habe. Er beharrt jedoch nicht auf seinen Schlussfolgerungen – er respektiert den Leser und überlässt ihm die Entscheidung.

Auf jeder Seite kommt Nawalnyjs Optimismus zum Vorschein: Er macht Witze, zeigt Humor, sogar bei Gerichtsverhandlungen, und er hat Dutzende von Prozessen als Angeklagter hinter sich. Nawalnyj war sich sicher, dass Tausende Menschen zu ihm aufschauten, dass er eine öffentliche Person war, und dass er deshalb kämpfen und die Opposition anführen musste.

Dabei half ihm die Tatsache, dass er im Laufe der Jahre zu Gott gekommen war. „Der Glaube vereinfacht das Leben, er verkompliziert es nicht,“ so sein Credo. Während seiner Zeit im Gefängnis lernte Nawalnyj die Bergpredigt in vier Sprachen: Russisch, Englisch, Französisch und

Latein. Sicherlich werden Tausende von Lesern in der ganzen Welt etwas von ihm lernen. Er spricht zum Beispiel von Zeichen, von Signalen, die zu ihm kamen.

Wiederholt organisierte Nawalnyj Hungerstreiks und schien sich an jede Minute dieser quälenden Stunden zu erinnern. Die Gefängnisverwaltung servierte ihm extra frisches Brathähnchen zum Mittagessen ... eine besondere Form der Misshandlung an einem hungernden Mann.

Auf mehreren Seiten schreibt Nawalnyj über seine Ehefrau Julia und das Glück eines Mannes, der seine zweite Hälfte gefunden hat. Am Tag nach dem Tod ihres Mannes erklärte sie, dass sie die Arbeit ihres Mannes fortsetzen werde. „Patriot“ ist eines der Ergebnisse der Arbeit von Julia Nawalnaja und ihrem Team: Nawalnyj ist tot, aber die Anti-Korruptions-Stiftung ist weiter aktiv. Mit dieser, offen gesagt, unerwarteten Veröffentlichung des Buches hat die Witwe auch ein Stück weit an sich selbst erinnert.

Die Zeit wird vergehen, und dieses ehrliche Buch wird zu einem Lehrbuch in russischen Schulen werden: Das Land wird ins 21. Jahrhundert zurückkehren.



Alexej Nawalnyj: „Patriot. Meine Geschichte“, S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 2024, gebunden, 560 Seiten, 28 Euro

BELLETRISTIK

Schaffenskrise eines Cineasten

Stefan Meetschen erzählt in „Gespenster wie wir“ die Suche eines Filmmachers und Journalisten nach seinen Wurzeln und neuem beruflichen Erfolg

VON ANSGAR LANGE

Es war das erste Mal seit dem Tod des Vaters, dass er wieder in der Stadt war.“ Mit diesem Satz beginnt Stefan Meetschens anspruchsvoller, aber leicht zu lesender Roman „Gespenster wie wir“. Der Protagonist Albert Simon, der einige Ähnlichkeiten mit dem Autor aufweist, besucht das Grab seiner Eltern in Duisburg. Er arbeitet an seinem dritten Spielfilm mit dem etwas sperrigen Titel „Transmutation“. Dieser soll die Flucht der Mutter aus der Nähe von Danzig ins Ruhrgebiet beschreiben.

Im „Pott“ besucht er auch seine betagte Tante Renate, die er aufgrund ihres Aussehens plastisch als „Jeanne Moreau der Wursttheke“ beschreibt. Im Laufe der Geschichte wird ihm diese von sich eingenommene, eher schlichte Frau ein beträchtliches Erbe hinterlassen, mit dem er seinen Spielfilm realisieren kann.

Der Inhalt des an sich schmalen Romans lässt sich nicht leicht auf den Punkt bringen. Meetschen, der ungefähr im Alter von Albert Simon ist und abwechselnd in Deutschland und Polen als Journalist und Autor lebt, bringt vielleicht zu viele Themen unter. Albert Simon befindet sich in einer künstlerischen und persönlichen Krise. Seine großen Hoffnungen bezüglich einer künstlerischen Zukunft hat er verloren. Er muss sich mit Werbefilmen und Auftragsarbeiten über Wasser halten.

In der Ehe mit seiner Frau Agata kriselt es. Die junge, schöne und an Romy Schneider erinnernde Buchhändlerin Da-

ria erwartet ein Kind von ihm. Meetschen handelt Themen wie Flucht und Vertreibung, den Ukrainekrieg, Glaubensfragen, Homophobie, vermeintliche sexuelle Belästigung und mediale Hetzjagden, die Suche nach der eigenen Familiengeschichte und künstlerische Probleme ab.

Meetschen, der einige Jahre als Feuilleton-Chef der katholisch-konservativen „Tagespost“ aus Würzburg tätig war, ist ein Könnler, und so führt er die unterschiedlichen Fäden der Handlung immer wieder zusammen. Der Leser verliert nicht den Überblick. Aber eine Konzentration auf etwas weniger Themen hätte dem Buch gutgetan.

Simon ist eine sympathische Hauptfigur, weil sie teilweise gebrochen ist. Er ist kein Superheld, sondern ein Mann in den mittleren Jahren, mit dem „Mann“ sich identifizieren kann. Er zweifelt an sich und seinem Leben, doch er lässt sich nicht unterkriegen. Am Ende siegen – die Liebe und die Freiheit. Der dritte Spielfilm wird ein Erfolg. Zu schön, um wahr zu sein? Vielleicht. Aber es kann auch nicht schaden, einmal eine Geschichte zu lesen, die mit einem glücklichen Ende aufwartet.



Stefan Meetschen: „Gespenster wie wir“, Ruhland-Verlag, Frankfurt am Main 2024, gebunden, 236 Seiten, 24 Euro

WISSENSCHAFT

Jubilar mit Sorgenfalten

Das Geheime Staatsarchiv in Berlin – ein hundertjähriges Haus auf dem Weg in eine Digitalisierung ohne vor Ort präsente Nutzer?

VON WULF D. WAGNER

Kein Ort Berlins bewahrt mehr Geheimnisse, mehr Verborgenes. Man ahnt nie, was einem der Tag an Unbekanntem oder Wunderlichem, an wirklichen Menschen und wirklichem Leben, an Antworten und neuen Fragen einbringt, wenn man hier eintritt und – eine Akte aufschlägt. Und so wirbt jener geheimnisvolle Ort, das tatsächlich nach wie vor so genannte „Geheime Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz“, seit Ende März mit dem Spruch „Auch Geheime Archive sehnen sich nach Licht“ für eine kleine Ausstellung zum hundertjährigen Bestehen seines Hauses in Berlin-Dahlem und damit zugleich für sich selbst.

Doch gibt es hier wirklich ein Sehnen nach Licht? Heißt Licht nicht auch freie Erkenntnis, Wahrheit, Bildung? Locken die Geheimnisse unserer Archive wirklich noch? Wohl kaum, glaubt man einem geradezu erschütternd Archiv-fernen, jedoch zeitgeist- und universitätskonformen Interview im Jahresheft 2024 desselben Archivs. Von der „gesunkene[n] Attraktivität von Archivalien“ wird da gesprochen, „einschüchternd“ könne das Archiv auf Geschichtsstudenten wirken, „wie eine Behörde“. Man solle „nicht mehr einfach davon ausgehen, dass die Studierenden zum Archiv kommen“, das Archiv müsse – natürlich digital – zu diesen kommen.

Aber ob sich die Schätze desselben und damit der Reichtum der Geschichte wirklich mit einer „sehr individuellen Perspektive [der Studierenden] auf die Geschichte“ oder mit „vorbereitete[n] Sequenzen“ von Schlüsseldokumenten finden lassen? Stecken die Geheimnisse nicht vielmehr in den zusammengeschnürten staubigen Aktenbündeln des Geheimen Rats, in den dicken Amts- und Hausbüchern unter den Ostpreussischen Folianten (wie der Autor dieses Beitrags es während der Arbeit seinem Buch zur Königsberger Königstraße erfahren durfte) oder den gleichsam in Schuhkartons verborgenen lebensvollen Schriftstücken des Herzoglichen Briefarchivs und sind erst beim eigenen, auch mal mühsamen, doch immer spannenden stillen Durcharbeiten zu entdecken?

Der Geschichte dieses Ortes, vor allem der Geschichte der Rettung der gewaltigen Aktenberge aus Berlin und Königsberg durch den Zweiten Weltkrieg hindurch, widmet sich derzeit eine schön gestaltete Jubiläumsausstellung im Foyer und Flur vor dem Forschungssaal des Archivs. Schriftstücke, Fotos und Pläne laden in acht Glasvitrinen und auf langen, doch sehr lesenswerten Tafeln zum Kennenlernen des Hauses ein. Knapp wird dabei an Direktoren und Mitarbeiter erinnert, die das Archiv durch turbulente Zeiten führten. Ein hübscher Einfall ist der Grundriss, auf dem sie in ihren Zimmern verortet werden. Die Besucher kommen gerne, einzeln oder zu den engagierten Führungen, etwa durch die Kuratorin Constanze Krause.

Errichtung, Auslagerung und Wiedereinrichtung

Jahrhundertlang waren die Archive im Berliner und im Königsberger Schloss untergebracht. Viele Akten wurden erst nach und nach im 19. Jahrhundert vom Staat der Forschung freigegeben, zuvor dienten sie der Verwaltung und waren oft tatsächlich geheim. Mehr und mehr traten erledigte Akten aus Behörden, aus Privatbesitz, aus Nachlässen hinzu. Immer enger wurde es in beiden Schlössern, immer notwendiger Neubauten hier wie



Seit 1924 Heimat preussischer Aktenbestände: Das Geheime Staatsarchiv in Berlin-Dahlem

Foto: GStA/Wikimedia

dort. Aus dem Berliner Schloss zog man 1874 in ein Provisorium, ein Lagerhaus nahe dem Alexanderplatz, mitten in den Lärm der Großstadt.

Endlich wurde 1914 durch den Architekten Eduard Fürstenau ein neubarocker Neubau entworfen, draußen vor der Stadt in Dahlem. Hier war bereits seit 1897 unter Kaiser Wilhelm II. mit dem Bau erster Einrichtungen eines neuen Wissenschaftsstandortes der Anfang gemacht worden, der dann vor allem seit der Teilung der Stadt mit der Freien Universität seinen Ausbau erfuhr. Der Archivbau, begonnen 1915, ruhte bald. Erster Weltkrieg, Baustoffmangel und Inflation mit explodierenden Kosten erschwerten die Fertigstellung des Haupthauses mit seinem riesigen Magazingebäude und der Direktorenvilla. Und so konnte der Forschungssaal erst vor hundert Jahren, im März 1924, seine Tür öffnen. In Königsberg dauerte es mit der Fertigstellung des dortigen hochmodernen Staatsarchivs noch bis 1929/30.

Welche Herausforderungen hatte und hat das Staatsarchiv in den folgenden hundert Jahren bis heute zu meistern? Kaum eröffnet musste sich das Archivpersonal mit Luftschutzfragen und Modernisierungen befassen. Mit Beginn des Dritten Reiches begannen Einschränkungen und Ausgrenzungen auch in der Forschung – die Ausstellung streift das Thema. Und dann forderte die angloamerikanische Bombardierung Berlins den vollen Einsatz bei der Auslagerung des Archivguts. Einiges ging bis nach Schloss Sonnenburg in der Neumark und musste beim Herannahen der Roten Armee wiederum Richtung Westen verlagert werden. Vor allem die in den Salzbergwerken Straßfurt und Schönebeck eingelagerten Bestände überstanden weitgehend unbeschadet den Krieg. Fotos dokumentieren die Bombenschäden am Dach des Hauses durch den alliierten Luftangriff vom August 1943. Schließlich verursachte bei der Besetzung Berlins 1945 durch die Rote Armee ein Brand im Magazin die Vernichtung nicht ausgelagerter Archivalien.

Bald nach Kriegsende setzte an den Auslagerungsorten die schwierige Bergung ein. Die Angst vor einer bewussten Vernichtung preussischer Akten im Zuge der alliierten Auflösung Preußens ging noch 1947 um. Die Aufteilung des Deutschen Reiches in Besatzungszonen ent-

schied über den Verbleib des Archivguts. Manches war in die Sowjetunion transportiert worden und kam größtenteils in den 1950er Jahren nach Sachsen-Anhalt. In Merseburg wurde eine Abteilung des Zentralen Staatsarchivs der DDR aufgebaut. Auch in West-Berlin wurde das Archiv alsbald mit wenigen Beständen neu eingerichtet, wobei nicht alle ehemaligen Mitarbeiter ins Archiv zurückkehren durften: Parteigenossen der NSDAP sollten nicht wieder angestellt werden.

Großes Glück im Unglück hatte das Königsberger Staatsarchiv. Vor allem seine so bedeutenden mittelalterlichen Bestände wie auch die herzogzeitlichen Akten waren noch bei Kriegsende in den Westen gelangt. In der Kaiserpfalz zu Goslar reihte sich Kiste an Kiste, türmten sich Aktenberge.

1957 wurde in der Bundesrepublik die Stiftung Preussischer Kulturbesitz gebildet, der seit 1963 nicht nur das Geheime Staatsarchiv in Berlin angehört, sondern unter deren Verwaltung auch die mittlerweile nach Göttingen verbrachten Königsberger Bestände kamen. Im „Staatlichen Archivlager Göttingen“ sind bis in die 1970er Jahre zahlreiche grundlegende Studien zur ostpreussischen Landesgeschichte etwa von Walther Hubatsch, Jürgen Petersohn oder Iselin Gundermann entstanden. Nach langen Differenzen

zwischen dem Land Niedersachsen und dem Bund wurden die Königsberger Bestände schließlich 1978/79 nach Dahlem gebracht.

Im Zuge der Deutschen Einheit von 1990 konnten endlich auch die Merseburger Akten – 25.000 laufende Meter – 1993/94 nach Berlin zurückkehren. Seither liegen die einst weit voneinander entfernt in Berlin und Königsberg, in Potsdam oder Gumbinnen entstandenen Schriftstücke nahe beieinander, ergänzen sich, auch mit vielen anderen Beständen wie dem Brandenburg-Preussischen Hausarchiv des Königshauses.

Auf dem Weg in die digitale Abwicklung?

Reichtum und Vielfalt der Bestände sind nicht Thema der Jubiläumsausstellung, werden aber durch einen bunten Stapel Verpackungsmaterial symbolisiert. Hingegen wird eine Vitrine einer schematischen Darstellung des „Digitalen Wandels“ geopfert. Nichts gegen Internetpräsenz und Aktendigitalisierung, aber ob dieser Wandel zu herausragenderen Forschungsergebnissen führen wird, ist noch nicht bewiesen.

Zu mehr Bürokratie und weniger Gespräch im Archiv führt er allemal schon jetzt. Ab wann auch zu mehr Kontrolle? Obgleich aus vermeintlichen Daten-

schutzgründen der EU die jahrzehntlang gepflegten Benutzerzettel in den Akten nicht mehr geführt werden dürfen, ja aus Akten entfernt werden, womit hilfreiche Dokumente der Wissenschaftsgeschichte verschwinden, soll der Benutzer jetzt von der Anmeldung bis zur Aktenbestellung und -ausgabe rundum digitalisiert werden – natürlich wird dies wiederum als „Chance“, „nutzerfreundlich“ und Fortschritt gepriesen. Erst heute wird so das Archiv zur anonymen „Behörde“. Und das stets griffbereite Smartphone führt sichtbar zu weniger Geduld mit den Akten. Doch laut genanntem Interview scheint erwartet zu werden, dass sich das Archiv auf derlei Konzentrationslosigkeit, schnell erhoffte Ergebnisse oder schlichte Faulheit etwa beim durchaus nicht so schwierigen Erlernen des Lesens der deutschen Schrift einzustellen habe.

Uns „alte“ Nutzer, die wir seit Jahrzehnten „unser“ Archiv kennen, verwundert da auch die letzte Vitrine: Mit Playmobilfiguren und Möblierungsplan wird ein neuer Forschungssaal vorgestellt. Sind das Wünsche oder wirkliche Planungen? Für wen? Wir schütteln den Kopf, vor allem weil bekannt ist, dass seit Jahren nicht genügend Magazinraum für Akten und für die beengte Bibliothek vorhanden ist. Schick soll der Forschungssaal werden. Wohl auch weniger Tische haben? Denkt man – wer? –, dass mit zunehmender Digitalisierung ein wirklicher Arbeitsraum kaum noch gebraucht wird? Seit 2020 werden die Plätze reduziert, der zweite Lesesaal ist geschlossen, der Aufenthaltsraum für Benutzer – einst ein Ort des Kennenlernens und intensiven Austauschs mit anderen im Archiv Forschenden – ist ebenfalls beseitigt. Wer auch immer hier seine Ideen zu Papier gebracht hat, mit langjährigen Nutzern kann er oder sie nicht gesprochen haben.

So sinnfrei also zwei der acht Ausstellungskästen sind, so reizend sind die Kästchen, die gleich im großen Treppenhause den Besucher anlocken: Hier wird zum Beispiel in einem Filmchen die Fertigung eines Aktenknotens erklärt, den man wohl auch nach Jahren nicht mit jener Perfektion ausführt, wie ihn die Mitarbeiter an der Aktenausgabe schnüren. Bis Ende 2027 soll die Ausstellung noch bleiben. Aufsätze zur Hausgeschichte kann, wer nicht nach Dahlem reist, in dem frei erhältlichen, abwechslungsreichen Jahresheft 3/2024 nachlesen.

Und vielleicht führt die Ausstellung manchen Besucher etwa zur eigenen Familien- oder Ortsforschung neugierig in den hellen Forschungssaal. Das Archiv ist nämlich gar nicht so geheim, es schüchtert nicht ein, es hat zahlreiche hilfsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und es braucht, das zeigen Ausstellung und Jahresheft, zugewandte freie Historiker, um das Geheime wirklich in ein ergebnisoffenes Licht zu führen – überall.

● **Dr. Wulf D. Wagner** ist Architekturhistoriker und Publizist. Zu seinen Arbeiten gehören eine zweibändige Geschichte des Königsberger Schlosses (Schnell & Steiner 2008 und 2011) sowie „Die Altertumsgesellschaft Prussia. Einblicke in ein Jahrhundert Geschichtsverein, Archäologie und Museumswesen in Ostpreußen (1844–1945)“ (Husum 2019). 2023 erschien „Die Königstraße in Königsberg i. Pr. Aus der Geschichte einzelner Grundstücke und ihrer Eigentümer vom späten 17. bis ins frühe 19. Jahrhundert“ (fibre Verlag). www.fibre-verlag.de

Die Jubiläumsausstellung im Geheimen Staatsarchiv ist während der normalen Öffnungszeiten des Hauses zugänglich.



Wird in Zeiten zunehmender Digitalisierung von den Nutzern immer weniger aufgesucht: Der große Forschungssaal im Geheimen Staatsarchiv

Foto: GStA/Wikimedia

● **AUFGESCHNAPPT**

Die massiven, auch gewalttätigen Ausschreitungen und Blockadeversuche gegen den AfD-Bundesparteitag im sächsischen Riesa gingen breit durch die Medien. Ein „Focus“-Reporter begleitete eine linke „Aktivistin“ bei den Unruhen, um hinter die Kulissen zu blicken. Die Frau gestand ihm ohne Hemmungen: Wenn die AfD bei der übernächsten Bundestagswahl nicht mehr dabei sein sollte, blockiere sie eben die CDU. Es sind Sätze wie diese, die Christdemokraten zum Nachdenken anregen sollten. Die CDU hat zuletzt in Thüringen gezeigt, dass sie bereit ist, mit buchstäblich jedem zu kooperieren, wenn es gegen die AfD geht. In dieser Mischung von Unbedingtheit des Kampfes und der Wahllosigkeit der Verbündeten gerät die Union aber fast zwangsläufig in die Gesellschaft von Kreisen, welchen es nicht nur um die AfD, sondern um die Zerstörung des gesamten bürgerlichen Lagers und damit letztlich um die Zerstörung der Demokratie an sich geht – was die „Aktivistin“ nicht einmal wirklich verheimlicht. **H.H.**

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Ulf Poschardt beleuchtet in der „Welt“ (8. Januar) das sich ausbreitende System verdeckter Zensur in Deutschland:

„Dass in Deutschland ideologische Kampforgane der Linken in Gestalt putziger NGOs bei dem Faktchecking eine Art Wahrheitsindustrie konstruieren, ist ebenso schauerlich wie gefährlich. Dass zweifelhafte Läden wie ‚Correctiv‘, ‚Volksverpetzer‘ oder in anderer Funktion auch die so genannte ‚Liberale Moderne‘ zu Richtern über wahr und falsch werden, ist bizarr.“

Oliver Stock zerlegt im Magazin „Business Punk“ (13. Januar) die neueste Idee des noch amtierenden grünen Wirtschaftsministers:

„Robert Habeck schlägt vor, Krankenkassenbeiträge auf Kapitaleinkünfte zu erheben. Er hält das für solidarisch. Das Gegenteil ist der Fall: Damit bestraft er all die, die versuchen, irgendwie privat fürs Alter vorzusorgen, weil die Rente sowieso nicht reicht ... Diejenigen, die wirklich so viel haben, dass sie eine höhere Belastung tragen könnten, sind bei Habecks Vorschlag fein raus. Sie liegen über der Bemessungsgrenze.“

Auch Philip Fabian ist empört über den Vorschlag von Habeck. In der „Bild“-Zeitung (14. Januar) schreibt er:

„Ja, geht’s denn noch? Seit Jahren erzählen uns Politiker, wir sollen möglichst viel Geld auf die hohe Kante legen – um fürs Alter vorzusorgen ... Von dem Geld, das auf Sparkonten, in Fonds und Depots fließt, wurden zuvor bereits Steuern und Sozialbeiträge bezahlt. Und jetzt soll nochmal etwas weggefressen werden? Das kann ja wohl nicht wahr sein!“

Der Politikwissenschaftler Philip Manow schlägt im Gespräch mit der „Berliner Zeitung“ (12. Januar) die Abschaffung des Verfassungsschutzes vor, den er eine „Gesinnungsgouvernante“ nennt:

„Ganz generell sollten wir uns klarer darüber werden, dass es in keiner anderen europäischen Demokratie eine ähnliche Institution mit ähnlicher finanzieller und personeller Ausstattung sowie ähnlich extensivem Auftrag gibt ... Ich denke, wir können – wie viele andere Länder auch – auf einen Verfassungsschutz, der politische Meinungsäußerungen, wie obzön sie im Einzelnen auch immer erscheinen mögen, umfangreich sammelt und kompiliert, sehr gut verzichten.“

● **WORT DER WOCHE**

„Wenn wir 150 Beamte der Europäischen Union haben, die eine Diskussion von Elon Musk und Frau Weidel beobachten sollen, dann haben wir ein Demokratieproblem.“

Wolfgang Kubicki, FDP-Politiker und Bundestagsvizepräsident, auf dem „Blankeneser Neujahrsempfang“ am 9. Januar

DER WOCHENRÜCKBLICK

Schuss nach hinten

Wie die „Unwort“-Kür einen ganz neuen Zweck erfüllt, und was das mit der Zeitenwende zu tun hat

VON HANS HECKEL

Wahrscheinlich haben Sie es auf Seite 5 bei Vera Lengsfeld schon gelesen: Das neue „Unwort des Jahres“ ist da! Seit mehr als 30 Jahren markiert eine Jury Wörter als unsäglich, um sie aus unserem Sprachgebrauch zu verbannen und damit unsere Debattenkultur sauber zu halten.

Anfangs hat das auch ganz gut funktioniert: War eine Vokabel als „Unwort“ verdammt, mochte man sie kaum mehr in den Mund nehmen. Allerdings tropfte mit der Zeit die Erkenntnis durch, dass die ach so objektiv daherkommende Auswahl eine ziemlich heftige Schlagseite aufwies, nämlich eine stramm linke.

Seitdem erfüllt die „Unwort“-Kür eine andere, bei den Autoren der Auswahl gänzlich unerwünschte Funktion: Sie macht genau die Themen öffentlich sichtbar, welche die grünlinke Wokeria auf keinen Fall diskutiert sehen möchte – und über die alle anderen daher unbedingt reden sollten.

„Unwort“ Nummer 1 für das Jahr 2024 ist „biodeutsch“, was schon ein wenig verwundert vor dem Hintergrund der ideologischen Einfärbung der Jury. Denn eingeführt wurde der Begriff 1996 von der linken „taz“. Er war als spöttisches Etikett für die eingeborene Bevölkerung unseres Landes gedacht – gewissermaßen die Talkshow-taugliche Version von „Kartoffel“.

Aber irgendwann in der Zwischenzeit muss das Wort seinem Schöpfer-Biotop unheimlich geworden sein. So heißt es zur Begründung der Verdammnis nun, „biodeutsch“ sei 2024 im öffentlichen Gebrauch und in den sozialen Medien (die schon wieder!) verstärkt verwendet worden, „um Menschen vor dem Hintergrund vermeintlich biologischer Abstammungskriterien einzuteilen, zu bewerten und zu diskriminieren“, was laut der Jury schreckliche Folgen hat, denn: „Die mit dem Gebrauch von biodeutsch einhergehende Unterteilung in angeblich ‚echte‘ Deutsche und in Deutsche zweiter Klasse ist eine Form von Alltagsrassismus.“

Zunächst stolpert man über die Anprangerung von „vermeintlich“ biologischen Abstammungskriterien. Dass ich der Sohn meiner Eltern bin, hat meinem bisherigen Bildungsstand zufolge schon etwas mit Biologie zu tun. Irre ich? Dann hätten wir ja schon einen heißen Kandidaten für das „Unwort“ des

Jahres 2025: „biologisch“. Aber darum geht es hier nicht.

Die Frage lautet: Warum setzt eine linke Jury die Wortschöpfung ihres eigenen Lagers auf den Index? Vermutlich deshalb: Besonders seit der jüngsten Reform des Einbürgerungsrechts mit der Inflation von Doppelstaatlern hat sich der Durchschnittsgermane angewöhnt, die bloße Staatsbürgerschaft nicht mehr automatisch mit Volkszugehörigkeit gleichzusetzen. Fast jeder hat schon den Satz gehört: „Ich habe zwar den deutschen Pass, bin aber Türke“ (oder sonst was anders).

Manchen Zeitgenossen beschleicht nach solchen Aussprüchen das Gefühl, dass mit der derzeitigen Einbürgerungspraxis etwas nicht stimmt. Er flüchtet sich in die einst hässlich gemeinte Unterscheidung zwischen „Biodeutschen“ und anderen Leuten mit deutschem Pass, um das eigene Volk überhaupt noch erkennen zu können. Das dumme Gefühl hinsichtlich der Einbürgerungspraxis soll uns aber abgezogen werden, damit die Illusion von der Integration per bürokratischem Federstrich nicht auffliegt. Deshalb das „Unwort“-Verdikt.

Was wir nicht diskutieren sollen

Als „Unwort“ Nummer 2 ging „Heizungsverbot“ durchs Ziel, weil es laut den Juroren „klimaschützende Maßnahmen diskreditieren“ soll. Die Wahrheit lautet, um sie im Jargon von Klimaminister Habeck auf den Punkt zu bringen: Selbstverständlich verbietet Ihnen niemand das Heizen! Sie werden es sich nur nicht mehr leisten können, wenn wir mit der grünen Transformation erst fertig sind ... Es versteht sich von selbst, dass gewisse Kreise auch dieses Thema lieber nicht diskutiert sehen wollen, also ebenfalls „Unwort“.

In einem Sondervotum nahmen zwei Jury-Mitglieder noch ein drittes Wort aufs Korn, den „importierten Antisemitismus“. Der Begriff werde vor allem in rechten Kreisen benutzt, um Muslime und Migranten auszugrenzen und vom „eigenen Antisemitismus abzulenken“. Zur Erinnerung: Die Kür gilt dem Jahr 2024, dem Jahr nach dem Pogrom vom 7. Oktober 2023 in der Negev-Wüste und den abgründigen Kundgebungen des Israel- und Judenhasses auf deutschen Straßen durch ... ach ja, besser nicht sagen.

Nicht zu vergessen ist auch das Schweigen und Schwurbeln weiter Teile der linken Kultur-Schickeria, die sich sonst keine Gelegenheit entgehen lässt, wenn es gilt, den

Die Deutschen wollen ihr eigenes Volk wenigstens noch erkennen können – sollen sie aber nicht!



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de